

Heft 200

Ausgabe 1 | 2014

ISSN 0170-4613

K 53 61

5,00 Euro



spw

Blockierte Anerkennung

Dem Integrationsdiskurs Zähne geben

Claudia Walther
Integration, Inklusion, Interkultur – oder
ganz was anderes?

Shazia Saleem
Deutschsein und Anderssein – Ein Plädoyer für
die Akzeptanz der Mehrfachzugehörigkeiten

Patrick Schreiner
Zur Funktion von Migration und rassistischer
Ausgrenzung am Arbeitsmarkt

Michael Wendl
Geldschöpfung und Finanzmärkte

Kurzum | von Uwe Kremer

Die SPD war ja durch die Bank ziemlich stolz auf ihren Mitgliederentscheid zur Koalitionsvereinbarung. Und auch jenen, die mit „Nein“ gestimmt hatten, wurde attestiert, sie hätten an einem ganz tollen Vorgang mitgewirkt. Es tut mir wirklich leid, dass ich das ganz anders sehe. Die Sache ist die: Ich hatte nicht nur mit „Nein“ gestimmt, weil ich vom Koalitionsvertrag wenig halte, sondern auch weil klar war, dass der Koalitionsvertrag eine Mehrheit finden wird.

Andernfalls hätte ich nämlich mit „Ja“ gestimmt. Unsere Parteiführung hatte ihr Schicksal so stark mit der Zustimmung zur Koalition verbunden, dass eine Niederlage unweigerlich zu einer Führungs- und damit auch zu einer Krise der gesamten Partei geführt hätte. Dies war aus meiner Sicht unter allen Umständen zu vermeiden. Denn nach vielen, vielen Jahren ständigen Vorsitzendengewechsels ist dringende personelle Kontinuität erforderlich und Sigmar Gabriel auch mit seiner Abkehr von der „Agenda-Ära“ die richtige Person.

In eine derartige Situation möchte ich aber nicht mehr gebracht werden, denn es gab keine wirkliche Alternative. Wenn eine eben gewählte Parteiführung ihr Schicksal daran hängt, dass ein von ihr ausgehandelter Koalitionsvertrag Zustimmung findet, dann ist das ihr gutes Recht, aber dann sind *derartige* Entschiede auch überflüssig.

Kurzum: Auf diese Art von Mitgliedermitwirkung kann ich gut und gerne verzichten.

Immerhin habe ich also „ehrlich“ abstimmen können. Das „Nein“ war Ausdruck meines Respekts vor den *Selbstfesselungskünsten unserer Partei*. Eine bekannte Variante der Selbstfesselung war der Ausschluss jeglichen Zusammengehens mit der „Linken“. Sie wurde noch einmal mit der Behauptung vorgeführt, ein gesetzlicher Mindestlohn sei nur mit einer



☞ Uwe Kremer ist Mitherausgeber der spw.

Foto: privat

Großen Koalition zu haben. Aber diese Attacke auf den gesunden Menschenverstand (angesichts der Mehrheit, die es im Bundestag für den Mindestlohn ja auch diesseits der Union geben würde) wiegt nicht so schwer wie die finanzpolitische Selbstfesselung:

Nachdem man sich schon vor einiger Zeit auf die Schuldenbremse eingelassen hatte, sind nunmehr auch Steuererhöhungen ausgeschlossen. Dies schränkt nicht nur den Spielraum für öffentliche Zukunftsinvestitionen auf ein geradezu lächerliches Maß ein. Vor diesem Hintergrund hält sich auch meine Freude über die Rentenbeschlüsse sehr in Grenzen, denn belastet werden die Sozialkassen (und damit Hochverdienste und Vermögen verschont). Und was hier für die „Generation 50 bzw. 60 plus“ ausgegeben wird um frühere Fehlentscheidungen zu korrigieren, steht nun einmal für gravierendere und generationenübergreifende Sozialreformen – insbesondere mit Blick auf Erwerbsminderungen und zunehmend un stetiger werdender Biografien – nicht mehr zur Verfügung. Das sozialpolitische Pulver ist schon verschossen, die Party schon vorbei: So schnell wurde noch kein Regierungsprogramm umgesetzt. Respekt. Aber was nun?

Leider lassen auch die Vorläufer des Europawahlkampfes noch nicht erkennen, inwieweit die selbst geknüpften Knoten gelockert werden. Was wir für Zukunftsinvestitionen und soziale Strukturreformen jedoch brauchen, ist **Kurzum:** eine im Wortsinn *entfesselte* Sozialdemokratie. ■

■ Meinung

Im Schatten der Zitadelle | Karl Kopp 4

Debatte:

Neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft gesucht

| Stefan Grönebaum 6

Perspektiven nur mit mehr Klarheit | Stephan Klecha 9

■ ■ Im Fokus: Blockierte Anerkennung – Dem Integrationsdiskurs Zähne geben

Einleitung zum Heftschwerpunkt | Thilo Scholle 11

Integration, Inklusion, Interkultur – oder ganz was anderes? Politische Narrative zum Thema Integration in Deutschland | Claudia Walther 16

Deutschsein und Anderssein – Ein Plädoyer für die Akzeptanz der Mehrfachzugehörigkeiten | Shazia Saleem 20

Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“ | Frank Nullmeier 26

Zur Funktion von Migration und rassistischer Ausgrenzung am Arbeitsmarkt | Patrick Schreiner 34

Integration braucht alle – Zuwanderung und Flüchtlingschutz zusammendenken | Susi Möbbeck 39

Betriebliche Mitbestimmung: Motor für Integration und Teilhabe | Manuela Maschke 44

MigrantInnen und politische Partizipation: Einschätzungen und Perspektiven | Aziz Bozkurt 49

■ ■ ■ Magazin

Stichwort Wirtschaftspolitik: Lohnpolitik und Binnennachfrage

| Arne Heise 54

Die aktuelle Zahl: 100 Milliarden | Brigitte Unger 57

Glosse: Ich bin schon da! | Robert von Olberg 58

Geldschöpfung und Finanzmärkte | Michael Wendl 59

Sammelrezension:

Mit Blick auf Marx | Thilo Scholle 64

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

DL 21 Aktuell 71

Morgen links leben – Einordnung des Juso-Bundeskongresses 2013

| Justus Moor 71

Meldungen: spw-Frühjahrstagung 11.-12. April 2014, Tagung zur Erinnerung an Horst Peter 21. - 22. März 2014, Für eine linke Reformperspektive – Diskussionsanstoß aus der SPD-Linken 73

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:
Niels Annen (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Oliver Kaczmarek (Kamen)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Uwe Meinhardt (Stuttgart)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susí Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Röspe (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Carsten Sieling (Bremen)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Spies (Marburg)
Michael Vester (Hannover)
Felix Welti (Lübeck)
Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhring
Kai Burmeister
Cordula Drautz
Ole Erdmann
Björn Hacker
Sebastian Jobelius
Lars Neumann
Katharina Oerder
Michael Reschke
Sarah Ryglewski
Thilo Scholle
Holger Schöneville
Till van Treeck

Heftschwerpunkt:

Thilo Scholle

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:

Stefan Stache
Telefon 0177 - 525 049 8
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Westfälische Str. 173, 44 309 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46,
IBAN: DE81 4401 0046 0032 443468,
BIC: PBNKDE33, USt.-ID-Nr.: DE 122946515

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Europa Euro 49,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-4613, K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2014.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto: fotolia.com © Friedberg
Bildnachweis: S.53 www.fotolia.com
© ferkelraggae.

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Februar 2014

Im Schatten der Zitadelle

von Karl Kopp

Die europäische Politik der Auslagerung von Flucht- und Migrationskontrolle auf Staaten jenseits der EU-Grenzen wirkt sich fatal auf Schutzsuchende aus. Sie beeinträchtigt außerdem die Gesellschaften der Transit- und Herkunftsländer erheblich. Das dokumentiert eine neue Studie von Brot für die Welt, medico international und PRO ASYL.

Die Studie „Im Schatten der Zitadelle. Der Einfluss des europäischen Migrationsregimes auf Drittstaaten“ enthält exemplarische Fallstudien aus dem Senegal, Mauretanien, Tunesien, der Türkei und der Republik Moldau. Sie belegen die fatalen Auswirkungen der EU-Migrationsabwehr in diesen Staaten. Mit den hohen Hürden für die Einreise unterbindet das europäische Grenz- und Visaregime nicht nur eine transnationale Mobilität. Sie hemmt darüber hinaus auch die soziale, politische und auch wirtschaftliche Dynamik sowohl in den Herkunfts- und Transitstaaten, als auch in der EU. Flüchtlinge und Schutzsuchende haben selbst unter hohen Risiken kaum mehr die Chance, europäisches Territorium zu erreichen.

Mehr als 360 ertrunkene Flüchtlinge in Lampedusa: diese Katastrophe hat am 3. Oktober 2013 das massenhafte Sterben an Europas Außengrenzen mit einem Schlag zurück in das öffentliche Bewusstsein gebracht. Die Zahl der Grenztoten Europas seit 1988 liegt damit bei weit über 19.000. Doch die Forderungen nach einer radikalen Neuausrichtung der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik verhallen nach nur wenigen Tagen medialer Bestürzung.

Frontex

Die 2004 geschaffene EU-Grenzagentur Frontex spielt bei der Aufrüstung der europäischen Außengrenzen und der Vorverla-



↳ Karl Kopp ist Europareferent von PRO ASYL und Vorstandsmitglied im europäischen Flüchtlingsrat ECRE.

Foto: PRO ASYL

gerung europäischer Grenzkontrollen eine zentrale Rolle. Frontex ist befugt, sogenannte Arbeitsabkommen mit Drittstaaten zu schließen. Bestandteil dieser Abkommen ist beispielsweise das Training von Grenzbeamten in den Drittstaaten zur Verbesserung der Kontrollkapazitäten. Mit dem Grenzüberwachungssystem Eurosur, das im Dezember 2013 operativ wurde, soll die Überwachung der europäischen Außengrenze und des „vorgrenzlichen Bereichs“ weiter perfektioniert werden. Flüchtlingsboote sollen insbesondere entlang der nordafrikanischen Küsten möglichst früh aufgespürt werden.

Visapolitik

Die zunehmende Homogenisierung von Kontrollpraktiken, Visavergabe und Einreisebestimmungen, verbunden mit einer Tendenz zur Erhöhung der Überwachung, führt insgesamt zu einer Immobilisierung der nicht ganz so Vermögenden, nicht ganz so hoch Qualifizierten. Die „Schwarze Liste“ der EU für visumpflichtige Staaten umfasst vor allem Afrika und Asien. Europa versucht, seine Schwarze Liste auch den Transitstaaten zu oktroyieren. Lediglich die Türkei fühlt sich stark genug, europäischen Interessen eine eigene Visapolitik entgegenzusetzen.

Zu Vasallenstaaten degradiert

In den Vereinbarungen zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten ist vom „Diskurs auf Augenhöhe“ und „geteilter Verantwor-

“ die Rede. Arme Staaten wie Moldau, deren Regierungen vom Wunsch getrieben werden, möglichst engen Anschluss an die Europäische Union zu bekommen, oder Tunesien, das sich in großer wirtschaftlicher Abhängigkeit von Europa sieht, werden in diesen Verhandlungen aber zu Vasallenstaaten degradiert. Für ihre Leistungen beider Migrationsbekämpfung werden ihnen nur vage Möglichkeiten in Aussicht gestellt. In den meisten Anrainer-, Herkunfts- und Transitstaaten investieren die Europäische Union und einige Mitgliedstaaten Geld vor allem in die Aufrüstung der Sicherheitsapparate.

Menschenrechte keine Priorität

Die Wahrung von Menschenrechten steht im Selbstverständnis der Europäischen Union ganz weit oben. In den Verhandlungen mit Drittstaaten aber werden Menschenrechte zu einem Lippenbekenntnis, wenn sie überhaupt Teil von Vereinbarungen werden. So wird in der Zusammenarbeit mit autoritären Regimen über Menschenrechtsverletzungen hinweggesehen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich in den betreffenden Ländern für Menschenrechte und Flüchtlingsschutz einsetzen, werden von der Europäischen Union nur selten und geringfügig unterstützt. In Mauretanien finanzierten die EU und Spanien zwischen 2005 und 2010 mit 20 Millionen Euro Projekte der Migrationssteuerung. Davon gingen lediglich 160.000 Euro über den UNHCR an zivilgesellschaftliche Organisationen im Flüchtlingsschutz.

„Regionalisierung der Flüchtlingsaufnahme“

Flüchtlinge sind die ersten Opfer der europäischen Abwehrpolitik. Schutzbedürftige Personen werden wie andere Migranten in Transitstaaten abgeblockt. Sie finden dort in der Regel keinen oder nur unzulänglichen Schutz vor. Die Erfahrungen aus den Flüchtlingskrisen in Libyen (2011) oder Syrien zeigen,

das Flüchtlinge um jeden Preis in der Krisenregion bleiben sollen.

Das am 16. Dezember 2013 unterzeichnete Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und der Türkei ist ein weiteres verheerendes Signal für den Flüchtlingsschutz. Das Land am Bosphorus hat mittlerweile über 700.000 syrische Flüchtlinge aufgenommen – die gesamte EU gerade einmal etwas mehr als 60.000. An Europas Grenzen werden systematisch und völkerrechtswidrig tausendfach Flüchtlinge – vor allem aus Syrien – in die Türkei zurückverfrachtet. Push backs nennt man diese menschenverachtenden Praktiken.

Menschenrechte einlösen!

Europa muss in der Flüchtlings- und Migrationspolitik seine Verpflichtung für die Menschenrechte tatsächlich und effektiv einlösen. Nur die Existenz legaler Fluchtwege kann das Massensterben beenden. Europa muss gefahrenfreie Wege für Flüchtlinge öffnen. Ihr Schutz darf nicht in Transiträume verschoben werden. Stattdessen müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer verbindlich Verantwortung für Schutzsuchende übernehmen. Das Sterben an den europäischen Außengrenzen muss aufhören und das gezielte Zurückdrängen in die sogenannten „Drittstaaten“ beendet werden. Um einen menschenrechtlichen Standard zu ermöglichen, müssen legale Einwanderungsmöglichkeiten für Migranten – nicht nur für Hochqualifizierte und Wohlhabende – nach Europa eröffnet werden. Dazu bedarf es aber nicht nur einer anderen Politik, sondern auch einer streitbaren und engagierten Zivilgesellschaft, die ihrerseits bereit ist, die neue europäische Mauer zu Fall zu bringen. ■

Debatte: Neue Balance zwischen Staat und Gesellschaft gesucht

von Stefan Grönebaum

Die SPD in der dritten großen Koalition

Zwei Tendenzen prägen die Lage der SPD seit ihrem kurzen Triumph von 1998: Einmal beschädigte sie mit ihren wirtschaftsfreundlichen, überhasteten und eher gegen eigene Funktionäre, Mitglieder, Wähler und Verbündete (Gewerkschaften) durchgesetzten „Reformen“ ihren Markenkern der sozialen Gerechtigkeit. Dadurch verlor sie massiv an Kompetenz und Glaubwürdigkeit, bei Wahlen und an Mitgliedern, 2005 die Regierungsführung und 2009 die Mitregierung. Die von Sigmar Gabriel 2009 ausgerufenen „Rückholaktion“ für 10 Millionen seit 1998 verlorene Wähler war nicht gerade von Erfolg gekennzeichnet.

Die in der Opposition mühsam verfolgten Korrekturen der eigenen Politik (Hartz IV, Mindestlohn, Rente mit 63 u.a.) reparierten das verlorene Vertrauen kaum: So waren im Frühjahr 2013 rund 60 Prozent der Arbeitnehmer der Meinung, dass die SPD ihre Interessen nicht vertrete. Auch im Wahlkampf stieg das Vertrauen in Kompetenz und Glaubwürdigkeit der SPD kaum an: In der zentralen Frage der Spar- und Europapolitik setzte sie Merkel keine erkennbare Alternative entgegen. Gabriels Versuch, im Frühjahr 2012 mit dem neuen französischen Präsidenten Hollande und der relativen rot-grünen Ländermehrheit um Hannelore Kraft eine Achse für mehr Wachstum und stärkere Besteuerung der Vermögenden zu schmieden, wurde von der SPD-Fraktionsspitze ausgebremst. Und die „Troika“ enthielt von Beginn an eine Unwucht: Wie glaubwürdig konnte die



☞ Stefan Grönebaum, geb. 1962, seit 30 Jahren in der SPD aktiv, u.a. in zwei rot-grünen Minderheitsregierungen.

Foto: SPD-Friedenau

SPD-Spitze mit ihrem nach links gerückten Programm zum Gerechtigkeitswahlkampf antreten, wenn zwei der „Troikaner“ dem Schröder-Lager angehörten?

Peer Steinbrücks Kandidatur, die dieser verkehrten Lage entsprang, war eher eine demoskopische als strategische Entscheidung: Es sollte der Kandidat mit den größten Chancen antreten. Dabei war die Kampagne ein Remake von 1998: Ein wirtschaftsfreundlicher Kandidat wurde v.a. von Medien und Wirtschaft gegen große Teile der Partei gehypt, auch um eine mögliche linke Mehrheit zu verhindern. Aber die Unterschiede zu 1998 blieben groß: Steinbrück war kein „Medienkanzler“, trat nicht wie Schröder aus der Opposition gegen den verbrauchten Amtsinhaber, sondern als „Ex-Schröderist“ und „Alphatier“ gegen die sachlich agierende, populäre Kanzlerin an. Nach seiner Kür musste sich der Kandidat auf die Partei zubewegen – was bisherige Unterstützer wie das „Handelsblatt“ in heftige Abwehrreaktionen trieb. Seine Patzer und der Verzicht, sich in der Europapolitik als Alternative zu präsentieren, beförderten einen verpfuschten Wahlkampf mit schwachem Ergebnis. Zudem ging die einseitige SPD-Kampagne am Befinden der Wählermehrheit vorbei, die sich in Europa auf einer „Insel der Seligen“ sah und „Mutti“ mehr zutraute, sie abzusichern. In der Folge beendete die Wahl im September 2013 den Anspruch der SPD, die Arbeitnehmerpartei zu sein: Merkel mobilisierte mehr davon.

Von der Volks- zur Büroleiterpartei

Das Wahldebakel 2013 konnte die Bundes-SPD dank kluger Koalitionsverhandlungen – der Deal „Reregulierung des Arbeitsmarkts gegen Verzicht auf Kurswechsel bei Steuern und Europa“ war wohl das Optimum – bei Beteiligung der Mitglieder ins Gute wenden. Sigmar Gabriel setzt darauf, dass die SPD nur regierend an Kompetenz und Vertrauen gewinnt: Da die Arbeitnehmer Merkel ökonomisch mehr zutrauten als den vor Ungleichheit mahnenden Genossen, übernahm er mit dem Wirtschafts- und Energieministerium den zentralen Posten, um die Wirtschaftskompetenz der Partei zu stärken.

Über das Arbeits- und Sozialministerium soll die Partei Arbeitnehmern Angebote machen, die es nahe legen, im ureigenen Interesse wieder SPD zu wählen (v.a. Mindestlöhne, Regulierung des Arbeitsmarktes). Etwas unklar blieb, wie die Partei der Bildungsaufsteiger die gewachsene Kluft zu ihren Kernwählern, die Gabriel als wichtigste Ursache für die Niederlage identifizierte, schließen soll. Regierungsseitig funktioniert jedenfalls das Konzept: Gabriel koordiniert die SPD-Ressorts, die gut vorlegen und als Motor der Koalition gesehen werden. Jedoch vergrößert diese richtige Strategie das Kernproblem der SPD: Seit Jahrzehnten kompensiert sie ihre wachsende politische Schwäche, ihren Verlust an sozialer Verankerung und Nähe „bei de’Leut“ mit staatlichen Mitteln: Nicht zufällig regiert sie seit 1998 fast ständig, sind die SPD-Mitgliederüberaltert und oft im öffentlichen Dienst. Aus der Partei des demokratischen Aufbruchs und der sozialen Modernisierung der 70er („Mehr Demokratie wagen“) wurde nach dem Scheitern der „Basta-Politik“ gerade bei modernen Arbeitnehmern und Frauen eine Partei älterer Willy-Wähler an der Basis und der Büroleiter und Amtsträger an der Spitze, die inzwischen auch die Parteitage dominieren: Nicht nur für Franz Walter agiert

die Parteispitze luftdicht abgeschlossen vom einfachen Volk: Man engagiert sich loyal, um Büroleiter zu werden, wird Büroleiter, um MdB, MdB um Staatssekretär zu werden und so weiter...

Nun hat sich die Partei emanzipiert von der Milieu- und Glaubensgemeinschaft der Nachkriegsjahre. Doch durch die wachsende Nähe zur (Staats-)Macht ist das Interesse an deren Erhalt so dominant geworden, dass viele Bürger (und Mitglieder) glauben: „Die sind wie alle, denken nur an sich und ihre Posten.“ Ohne Postdemokratie-Debatten zu bemühen, wird die staatsreue SPD davon eingeholt, dass sie zu wenig für Demokratie und eine mündige Bürgergesellschaft eingetreten ist.

Komplexes Projekt mit gouvernementaler Schlagseite

So ist Gabriels Vorhaben komplex: Die Deutschen haben „Merkel plus Betriebsrat“ gewählt und die SPD muss sich als kompetente Regierungspartei erweisen. Darüber hinaus – und das haben Gabriel und die Parteilinke mit ihren Öffnungspapieren bekräftigt – muss sie sich als Programmpartei mit eigenständigem Profil, Projekten und Machtoptionen beweisen. Es gilt – am besten abgesprochen –, Zukunftsziele (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) mit konkreten Projekten zu verbinden (Familienarbeit), Gemeinwohl gegen Lobbyinteressen zu vertreten (Energiepreise), Wort zu halten (Mindestlohn) sowie eine übergreifende Erzählung von gutem Leben und Arbeit anzubieten, die über Ressorthandeln hinaus Mehrheiten Projektionsräume anbietet. Es geht um mutige Kompromisse (z.B. kalte Progression gegen Spitzensteuersatz), glaubwürdiges Aufgreifen umkämpfter Themen – so werden Migranten längst akzeptiert, wenn man vorhandene Integrationsprobleme klar benennt, Integration aber stets als Aufgabe und Chance für

PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /
Chr. Reymann (Hg.)**

Syrien
Wie man einen säkularen Staat
zerstört und eine Gesellschaft
islamisiert

978-3-89438-521-7
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



Ch. Wiedemann

**Vom Versuch, nicht
weiß zu schreiben**

Oder: Wie Journalismus
unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (*Capital*)

Migranten, Flüchtlinge und Mehrheitsgesellschaft formuliert – und um breitere Koalitionen als mit Gewerkschaftern und Großbetrieben: Von prekären Jobbern über Bildungs-, Gesundheits- und soziale Dienstleister sowie Verbraucher bis hin zu Mittelstand und Industrie.

Zentral bleibt der Kampf für eine gerechtere Besteuerung der Vermögenden: So lange Arbeitnehmer die Ausnahmen für Selbstständige und Beamte bezahlen, ist öffentliche Infrastruktur kaum finanzierbar und bleibt die Wirtschaftsentwicklung abhängig von Exportkonjunkturen. So führt nichts an einer neuen Finanz- und Europapolitik vorbei: Eine weitere reine Absicherung des Merkel-Kurses hält den Juniorpartner SPD klein, der sich nicht nur innenpolitisch – wie in Thüringen – Alternativen öffnen muss, um offensiv zu werden. In der neuen bunten Bundesratswelt gilt es, den Kontakt zu erstarkten Grünen zu halten und sich von der Union nicht knebeln zu lassen. Auf Parteebene müssen ernsthafte Gespräche die Probleme möglicher Partner von morgen ausloten und eingrenzen.

In der Regierung läuft vieles richtig, in der Fraktionsspitze dominieren die Staatsschauspieler, die vor allem regieren wollen, Partei und -Linke wirken eher schwach: So lange die zur Regierungslinken gewandelte SPD-Linke sich mit Staatssekretärsposten sedieren lässt, statt gesellschaftlich und innerparteilich Agenden zu setzen, mag das zum Erhalt der Macht reichen. Dabei gilt es, gut zu regieren und politische und gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln. Zur Parlamentsmehrheit braucht es in großen Koalitionen weder viel Mut noch Engagement, für Diskurs-Mehrheiten schon. Gabriel will gut regieren und Basis und Bürger mitnehmen: Bei der Personalauswahl blieb er noch allein. An dem von ihm durchgesetzten Mitgliedervotum kommt niemand mehr vorbei und den nächsten Kandidat bestimmen die Mitglieder. Das ist ein Fortschritt. ■

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Debatte: Perspektiven nur mit mehr Klarheit

von Stephan Klecha

Im Spätherbst 2013 hat man eine SPD erleben können, wie sie lebendiger kaum sein könnte. Ob in den Regionalkonferenzen, den Arbeitsgemeinschaften, den Ortsvereinen oder den sozialen Netzwerken: Überall hat man vernommen, wie intensiv sich die Parteimitglieder mit dem Verhandlungsergebnis zur großen Koalition befasst haben. Die hohe Beteiligung beim Mitgliedervotum hat das überdeutlich unterstrichen. Die SPD hat dabei ihre Diskussionsbereitschaft wiederentdeckt, ein fast vergessenes Gut in dieser eigentlich so streitsamen Partei.

Das Für und Wider einer Großen Koalition hat der SPD die gründliche Analyse erspart, warum sie wieder ein so historisch schlechtes Bundestagswahlergebnis eingefahren hat. Dafür ist die Partei – zurecht – sogar ein bisschen stolz, dass sie ihre Souveränität gegen all die Antiparteienreflexe verteidigt hat, die im Staatsrecht oder in den Redaktionsstuben fröhlich rauf und runter dekliniert werden.

Doch wenn sich all die zwischenzeitliche Euphorie bei den Sozialdemokraten gelegt haben wird, wird sie sich rasch in den Mühen des Regierungsalltags wiederfinden und dabei vor allem registrieren, dass sie als Juniorpartner einer großen Koalition ein strategisches Problem hat. Ihre Profilierungsmöglichkeiten sind begrenzt: Nur drei Mal ist es in der Geschichte der Bundesrepublik am Ende gelungen, aus dieser Position heraus hinterher den Regierungschef zu stellen.

Wenn die SPD dieses Mal besser abschneiden will, muss sie nicht nur eine Wahlkampf- und Koalitionsstrategie für 2017 finden. Sie muss auch inhaltlich klären, welche große Erzählung sie anstoßen will, die über den Koalitionsvertrag hinausreicht. Wenn man die 150 Jahre sozialdemokratische Geschichte



↳ Dr. Stephan Klecha ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Uni Göttingen. Er lebt in Hannover.

Foto: privat

Revue passieren lässt, geht es nicht nur um pragmatisches Regierungshandeln, Gestalten oder um positive Veränderungen im Alltag der Menschen. Vielmehr bedurfte es stets der Wärme eines Lagerfeuers, das eine große Erzählung entzündete. Vielleicht ist das auch das größte Problem der SPD im Augenblick, denn es ist kaum jemand da, der dieses personifiziert. Steinmeier, Steinbrück, Oppermann, Scholz, mit Abstrichen auch schon Schröder waren beziehungsweise sind Technokraten der Macht. Solche Personen braucht man im Regierungsgeschäft zweifelsohne. Sie können auch die Anerkennung der Partei genießen, siehe Helmut Schmidt. Doch sie brauchen Personen an ihrer Seite, die intellektuell und habituell den Bogen von den Notwendigkeiten der Macht zu den Sehnsüchten der Utopie spannen können. Daran hat es in den vergangenen Jahrzehnten gefehlt. So führten die Männer an der Spitze der Partei sie erst in die Agenda 2010, dann in die Rente mit 67 und nun wieder aus all dem irgendwie heraus, dafür in eine grundsätzlich ungeliebte Koalition hinein. Nur wozu? Wohin? Mit welchem langfristigen Ziel?

Der Koalitionsvertrag bietet dazu keine Antworten. Über alle Politikfelder hinweg muss man konstatieren, dass es den Koalitionären nicht gelungen ist, Metabotschaften,

Leitmotive oder inspirierende Ideen zu benennen. Einerseits verliert sich das Werk im verständlichen Klein-Klein von durchaus komplizierten Detailregelungen, wie in der Gesundheitspolitik, in der Kleinigkeiten oftmals einen milliardenschweren Effekt haben. Andererseits neigt der Vertrag aber auch dazu, fehlende Ideen und Lösungsansätze in epischer Breiter und schönster Lyrik auszuschnürceln. Anders ausgedrückt, mit weniger als 185 Seiten hätte man auch nicht weniger geregelt.

Es gibt also im Koalitionsvertrag eine weit verbreitete Neigung, regelrecht zu schwafeln. Der Part, in dem es um die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft geht, sticht besonders heraus. Man kann ihn wie folgt zusammenfassen: „Befristete Verträge in der Wissenschaft gibt es halt, finden wir zwar blöd, können wir aber auch nicht ändern. Wird schon werden.“ Wie man aber stattdessen in knapp 900 Zeichen zum Ausdruck bringt, dass man wahrscheinlich nichts machen wird, ist sicherlich einen Preis für beredetes Labern wert. An dieser Stelle handelt es sich noch nicht mal um eine reine Stilfrage. Die Tatsache, dass mittlerweile 90 Prozent der Stellen für den wissenschaftlichen Mittelbau befristet sind und zugleich Mobilität verlangt wird (die man übrigens ausbauen will), führt dazu, dass die obige Formulierung von wohl allen jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern als zynisch wahrgenommen wird. Hier wäre es ehrlicher gewesen, einfach nichts zu schreiben.

Ebenso störend sind die vagen Absichtserklärungen, die man quasi als laufendes Geschäft einer Regierung betrachten kann. Beispiele dafür gibt es zuhauf:

- „Wir wollen darauf hinwirken, dass deutlich mehr Fahrradfahrer Helm tragen.“ Muss man in einem Koalitionsvertrag wirklich festschreiben, dass der zuständige Minister gerne eine Kampagne

starten kann, aber sonst nichts geändert wird?

- „Die gegenwärtig möglichen Verpflichtungszeiten des Freiwilligen Wehrdienstes werden überprüft und gegebenenfalls angepasst.“ Irgendwie ist es doch selbstverständlich, dass man schaut, ob Instrumente funktionieren oder nicht? Aber die Koalition scheint sich dessen nochmals rückversichern zu wollen.
- „Wir werden deshalb den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern und Regelungen für verkehrsträgerübergreifenden Lärmschutz an Bundesfernstraßen und Bundesschienenwegen treffen.“ Auch das eine echte Überraschung. Man hat wohl bei den Koalitionsparteien befürchtet, die Leser würden denken, dass die neue Regierung es besser findet, wenn große Autos viel Krach machen.

Hätte man sich stattdessen Gedanken gemacht, unter welche Leitmotive man das Regieren zu stellen gedenkt, wäre vieles gewonnen. Strukturell fällt das einer großen Koalition natürlich schwer. Trotzdem müssen die beteiligten Parteien ihren Anhängern ein Angebot liefern, das über das ungeliebte Bündnis hinausreicht.

Dabei kommt es nicht darauf an, das volksparteiliche „Catch-them-all“ zu reaktivieren, wie es im Koalitionsvertrag den Anschein erweckt. Mitunter ist es klüger, sich zu konzentrieren. Sowohl SPD als auch die Unionsparteien müssen ihren inhaltlich-ideologischen Standpunkt klar herausarbeiten. Gerade dort, wo man es eben nicht allen Recht machen kann oder will, sollte man keine Hoffnungen nähren, die am Ende unbegründet sind. Das schützt vor Enttäuschungen. ■

Blockierte Anerkennung – Dem Integrationsdiskurs Zähne geben

Einleitung zum Schwerpunkt

von Thilo Scholle



Foto: www.fotolia.com, © Friedberg

Was mit „Integration“ gemeint ist, lässt sich aus den öffentlichen Debatten kaum ermitteln. Die meisten Versuche verheddern sich schon bei der Frage, wer eigentlich „integriert“ werden soll und wohin. Was ist zur Integration notwendig? Die Anerkennung der „deutschen Leitkultur“, die Beachtung des Grundgesetzes oder schlicht die Fähigkeit, im Alltag zurechtzukommen? Ab wann ist jemand „integriert“, und wer entscheidet darüber? Die „Mehrheitsgesellschaft“, die selbst aus unterschiedlichen Milieus und sozialen Schichten zusammengesetzt ist, deren Wertvorstellungen und politische Zugehörigkeiten zum Teil weit auseinanderliegen? Was ist eigentlich mit denjenigen „Menschen mit Migrationshintergrund“, die hier geboren sind und unter denen viele die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen? Gehören sie zum Kreis derer, die „integriert“ sind und nun die „Integrationsfähigkeit“ anderer beurteilen sollen? Ist die Frage nach „Integrati-

on“ nicht etwas, das alle Menschen, die in diesem Land leben, angeht, und daher von allen gemeinsam ausgehandelt werden muss?

Auch in der Bewertung, „wie weit die Integration“ ist, gehen die öffentlich artikulierten Meinungen deutlich auseinander. Auf der einen Seite unterstreichen vor allem WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen in den Ministerien¹ die im europäischen Vergleichskontext recht liberalen Einwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland und konstatieren Verbesserungen beim Staatsangehörigkeits- und Aufenthaltsrecht und steigende Bildungs- und Arbeitsmarkterfolge². Auf der anderen Seite gibt es immer wieder Akteure, die mit Parolen „gegen die Einwanderung in die Sozi-

1 Vgl. z.B. den sehr persönlichen Bericht von Anton Rütten, „Die Erfindung der Integrationspolitik“, in: Dorte Huneke (Hrsg.), *Ziemlich deutsch*, Bonn 2013.

2 Vgl. z.B. Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration (Hrsg.), *Perspektivenwechsel in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, Bonn 2013 <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10250-20131022.pdf>.

alsysteme“ polarisieren. Hinzu kommt das Gefühl vieler Menschen muslimischen Glaubens, gesellschaftlich ausgegrenzt zu werden – bedingt durch die Debatten um „den“ Islam und seine vermeintliche Integrationsunfähigkeit. In der öffentlichen Debatte werden die Erfolge in Sachen Bildungs- und Aufstiegschancen verdeckt.

Für SozialdemokratInnen sollte sich Integrationspolitik am Ziel von Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe orientieren. Die nötigen Schritte unterscheiden sich oft wenig von anderen progressiven arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ansätzen. Als besonderes Problem kommen aber Rassismus und Diskriminierung hinzu. Es gilt daher, einen auf Chancengleichheit und Teilhabe gerichteten politischen Diskurs zu führen, und konkrete politische Projekte für die einzelnen Handlungsfelder zu entwickeln.

Im Mittelpunkt dieses Heftes stehen nicht einzelne Politikfelder, sondern mögliche Eckpunkte eines fortschrittlichen Diskurses über Integration und ihre Anschlussfähigkeit an linke programmatische Debatten.

„Öffnung“ als Lösung – und als Problem

„Öffnung“ lautet ein zentrales Paradigma der auf mehr Chancen für Menschen mit Migrationshintergrund orientierten Integrationsdebatte. Sie konstatiert zutreffend, dass Menschen mit Migrationshintergrund in gesellschaftlichen Machtpositionen nach wie vor unterrepräsentiert sind; die Debatte problematisiert auch Ausgrenzungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt.

Die Lösung soll in „mehr Öffnung“ der Mehrheitsgesellschaft bestehen. Was sich hinter dieser „Öffnung“ verbirgt und was konkret damit gemeint ist, bleibt meist vage. Ansätze, die über den gesellschaftlichen Status quo hinausgehen, sind kaum ersichtlich. In letzter Konsequenz ginge es in der Schulpolitik um

die Öffnung von Gymnasium oder Hauptschule, das gegliederte, sozial selektive Schulsystem bliebe jedoch erhalten. Eine bedeutende Hürde für den Bildungserfolg sind die in vielen Bundesländern nach wie vor bestehenden Empfehlungen von Grundschullehrerinnen und -lehrern für weiterführende Schulen. Kinder von Gymnasiasten werden auf das Gymnasium, Kinder von Hauptschülern auf die Hauptschule geschickt.

Natürlich könnte „Öffnung“ jetzt so funktionieren, dass der die Empfehlung aussprechende Lehrer mögliche Vorurteile sowie die ungleiche Verteilung kultureller und ökonomischer Ressourcen reflektiert, und dem Kind mit Migrationshintergrund auch die Chance auf einen Gymnasialbesuch eröffnet. Nur: Die Forderung nach mehr Öffnung von Hauptschule, Realschule und Gymnasium lässt die Rolle des ständisch geprägten deutschen Bildungswesens für die Verteilung sozialer Chancen außer Acht.

Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund wird damit zu einer reinen Haltungsfrage: Jede und jeder muss sich hinterfragen, ob er oder sie Menschen mit Migrationshintergrund die gleichen Möglichkeiten zubilligt. Nun ist die Bekämpfung von Rassismus in der Tat auch eine Haltungsfrage: Natürlich spielen „weiche“ Einstellungen zum Umgang mit Menschen anderer Herkunft im Alltag eine große Rolle für das Gefühl gesellschaftlicher Anerkennung. Nur – die Auseinandersetzung um die Verteilung kultureller und ökonomischer Ressourcen und sozialer Chancen ist nicht nur eine Frage der individuellen Haltung.

Teilhabe ist nicht nur Haltungsfrage

Der reine Appell, jeder und jede müsse alle Menschen gleich behandeln, mag mehrheitsfähig sein – vielleicht auch gerade deswegen, weil er etablierte Privilegien und Vorteile bestimmter Gruppen noch nicht entscheidend antastet.

Hart wird es erst dann, wenn Chancengleichheit für alle auch in den Institutionen und Strukturen durchgesetzt werden soll. So kann das gemeinsame Versammeln hinter dem Postulat der „Öffnung“ dazu führen, dass eine Mehrheit dafür ist, aber niemand wirklich weis für was.

Kurzum: Wer bei „Öffnung“ stehen bleibt, verhindert klare politische Zuordnungen. Mehr noch: Er lässt eine Vielzahl politischer Akteure leichtfertig vom Haken. So konnte es auch der CDU unter anderem deshalb in den vergangenen Jahren gelingen, in den Augen vieler Menschen mit Migrationshintergrund Boden gut zu machen, weil der Blick auf die Ungleichheit gesellschaftlicher Strukturen konsequent ignoriert wurde. Der modernisierten Variante konservativer Politik reicht es aus, wenn auch die CDU in ihren Reihen Menschen mit Migrationshintergrund präsentieren kann und einige nicht migrantische Politiker der Parteiführung eingeschränkte oder wenig verbindliche soziale oder kulturelle Zugeständnisse machen.

Solche Inszenierungen vernebeln die Frage, ob die sozial-, arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Forderungen einer Partei – also Forderungen in den gesellschaftlichen Bereichen, in denen über Ressourcen der Teilhabe verhandelt wird – tatsächlich für mehr Chancengleichheit sorgen. Dadurch hat es auch die Sozialdemokratie schwerer, gesellschaftliche Reformbündnisse mit Akteuren aus der migrantischen Szene zu schmieden. Die Unterschiede zwischen den Parteien scheinen gar nicht mehr ersichtlich zu sein. Hinzu kommt das allgemeine Glaubwürdigkeitsproblem der SPD in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen, das erst auf Grund der politischen Anstrengungen der letzten Jahre langsam zurückgeht.

Integration und die „Gute Gesellschaft“

Eigene Ausschluss- und Diskriminierungserfahrungen³ im Bildungssystem und auf dem

Arbeitsmarkt führen nicht automatisch dazu, dass der Blick auf bildungs- oder arbeitsmarktpolitische Debatten gerichtet wird. Stattdessen verstehen auch viele MigrantInnen selbst ihre Erfahrungen oftmals als ein spezifisches, sie als MigrantInnen betreffendes Problem – auch wenn dieselben Mechanismen andere soziale Gruppen ebenfalls exkludieren. Es gelingt kaum, migrantische Perspektiven zum Bestandteil einer gesamtgesellschaftlichen Debatte um gute Arbeit oder gute Bildung zu machen. Die Integrationsdebatte von links läuft so Gefahr, ihre Zähne zu verlieren. Es ist notwendig, die Diskussion über „Öffnung“ um eine strukturelle Komponente zu erweitern.

Gerade in den unterschiedlichen Milieus und Diskussionszusammenhängen der sogenannten zweiten und dritten Generation von EinwanderInnen laufen spannende politische Debatten, u.a. über die eigene Identität. Es werden Begriffe wie „Neue Deutsche“ oder „deutsch plus“ geprägt, oder es wird von „hybriden Identitäten“ gesprochen, um Lebensgefühl und Selbstverständnis von Menschen auszudrücken, deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind. Diese Suche nach Begriffen ist offensichtlich auch Folge der in Deutschland nach wie vor blockierten Akzeptanz aller hier lebenden Menschen als BürgerInnen.

Letztlich wirken aber auch viele der neuen Selbstbeschreibungen verkrampft, kommen doch auch sie nicht aus den alten Dichotomien von „wir“ und „die“ hinaus. Denn gemeint sind auch mit den neuen Begriffen oft „nur“ Menschen mit Migrationshintergrund, während diejenigen, die zwar keinen solchen Hintergrund haben, für die aber das Leben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschlands einen wichtigen Teil der eigenen Identität darstellt, nicht zwangsläufig mitgedacht werden. Spiegelbildlich zum öffentlichen Diskurs werden neue separate Gruppen konstruiert, die sich auf den tatsächlichen oder vermeintlichen gemeinsamen Erfahrungshintergrund der Herkunft stützen.

³ vgl. spw-Schwerpunkt Integration und Diskriminierung 4/2009

Die meisten Debatten konzentrieren sich auf die Themen Chancengleichheit, Antidiskriminierung und politische Teilhabe. Verstanden wird dies aber oft als Anspruch der „neuen Deutschen“ an die „Mehrheitsgesellschaft“. Phänomene, die auch für andere gesellschaftliche Gruppen zu beobachten sind, werden ausgeblendet.

Ein Beispiel dafür ist die Diskussion, die fehlende soziale Netzwerke als Hauptgrund für geringere Aufstiegschancen ausmacht. Aufstieg wird damit als etwas verstanden, das vor allem von individuell beeinflussbaren Faktoren abhängt. Gesellschaftliche Strukturen treten in den Hintergrund. Ein solcher Weg würde an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für viele nichts ändern, möglicherweise aber für einige wenige einen weiteren Aufstieg ermöglichen. Gleichzeitig verläuft beispielsweise im Bereich des Schulsystems die Trennung nicht nur zwischen „alten“ und „neuen“ Deutschen, sondern vor allem entlang der sozialen Herkunft der Eltern. Auch die Diskussion um niedrige Einkommen und prekäre Beschäftigungsformen ist eine, die sowohl Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund betrifft.

Umso mehr gilt es, den Kern der Argumentation vieler Menschen mit Migrationshintergrund herauszustreichen: Vielen „neuen Deutschen“ geht es darum, dass nicht ihre Herkunft über ihre gesellschaftliche Teilhabe entscheidet.

Auffällig ist, dass diese Diskussionen meist völlig unverbunden neben den allgemeinen politischen Grundsatzdebatten stehen: Gerade Chancengleichheit und politische Teilhabe stehen im Mittelpunkt vieler Grundsatzdiskussionen der politischen Linken. So wird beispielsweise in Teilen der Sozialdemokratie über die „Gute Gesellschaft“ diskutiert.⁴ Gemeint ist die Suche nach einer Gesellschaft,

die das Marktgeschehen einhegt und die freie und gleiche Entfaltung aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in den Mittelpunkt stellt. In den politischen Zielen lassen sich kaum Unterschiede zu den Debatten um Chancengleichheit und politische Teilhabe innerhalb der „neuen Deutschen“ Milieus ausmachen.

Akteure, die in beiden Gruppen aktiv sind, verbinden diese Diskurse bislang nicht, auch gegenseitige Bezugnahmen finden kaum statt. Man könnte meinen, die „Gute Gesellschaft“ wird an zwei Orten diskutiert, die eigentlich ein gemeinsamer Ort sein könnten und politisch auch sein müssten. Denn eine Verbindung beider Diskussionsstränge drängt sich geradezu auf:

Zunächst würde der Einbezug der Diskurse der „neuen Deutschen“ in Diskurse um die Gute Gesellschaft eine Chance eröffnen, die verkrampften Versuche einer Definition von „Integration“ produktiv aufzulösen. Schließlich wäre damit gesagt, was „Integration“ ist: Ein Thema für die gesamte Gesellschaft, das über die soziale und politische Teilhabe und Chancengleichheit aller Menschen gespielt wird. Sie würde auch deutlich machen, dass Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe natürlich Menschen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich betrifft. „Integration“ würde als gesondertes Kapitel entfallen und Teil des „Mainstreams“ politischer Zielsetzungen sein.

Dieses neue Bild müsste sich dann auch sprachlich in den Texten wiederfinden. Es muss klar sein, dass Ansprüche an die Politik durch Einwanderinnen und Einwanderer der zweiten und dritten Generation nicht pauschal auf die einem Grundsatzpapier vorgeschalteten allgemeinen Floskeln zu den politischen Grundwerten abgegolten sind, sondern dass die Perspektive der Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik durchgängig reflektiert und politisch argumentiert wird. Das Sonder-

⁴ Vgl. Henning Meyer / Christian Kellermann (Hrsg.), Die Gute Gesellschaft: Soziale und demokratische Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt / Main 2013.

kapitel „Integration“ wäre damit zugunsten der Mitberücksichtigung gerade des Bereichs der Antidiskriminierung in allen Kapiteln eines politischen Grundsatzpapiers ersetzt.

Darüber hinaus hat diese Diskussion auch eine bündnispolitische Komponente: Sie würde Akteure, die im Kern gleiche oder weitgehend gleiche gesellschaftspolitische Interessen haben, auch tatsächlich zusammenführen. Beide Diskussionen parallel zu führen, verhindert dagegen die Bündnisfähigkeit. Eine Verbindung progressiver Integrationsdiskurse mit Diskursen um die Gute Gesellschaft könnte hier für beide „Seiten“ die Mehrheitsfähigkeit stärken.

Die Beiträge im Heft

Die Beiträge im Heftschwerpunkt zielen daher vor allem auf die diskursive Ebene. Wie Chancengleichheit und Teilhabe für Menschen mit Migrationshintergrund hergestellt werden können, ist vielfältig diskutiert. Wie angedeutet unterscheiden sich mögliche Maßnahmen – siehe Bildungspolitik – zudem oft gar nicht groß von allgemein wirksamen Handlungsoptionen.

Claudia Walther erörtert die Bedeutung der Begriffe Integration, Inklusion und Interkultur für die aktuelle Debatte. Wichtig ist die Frage, ob die Diskussion über die Einwanderung von Hochqualifizierten als Türöffner für eine fortschrittliche Debatte um Migration und Integration genutzt werden kann. *Shazia Saleem* nimmt sich der Frage nach Identitäten von Menschen mit Migrationshintergrund an. Sie plädiert dafür, unter der Rubrik „deutsch“ vielfältige Identitäten zuzulassen und letztlich den Betroffenen selbst zu überlassen, wie sie sich fühlen und nach außen präsentieren wollen. *Frank Nullmeier* macht deutlich, an welchen Stellen sich Überschneidungen von rassistischen Debattenelementen mit neoliberalen Diskussionen über Eigenverantwortung und Ausschluss im Sozialstaat ergeben. Wer

neoliberalen Debatten eine fortschrittliche Konzeption entgegen setzen will, muss auch die Integrationsdebatten in den Blick nehmen. *Patrick Schreiner* nimmt die Problematik einer nur auf arbeitsmarktpolitischer „Nützlichkeit“ von Einwanderung orientierten Debatte in den Blick. *Susi Möbbeck* zeigt in ihrem Beitrag auf, warum eine getrennte Diskussion über Flucht, Arbeitsmigration und Integration obsolet ist. *Manuela Maschke* argumentiert, dass die Regelungen der Betrieblichen Mitbestimmung in Sachen Partizipation von Menschen ohne deutschen Pass schon lange eine – weitgehend unbemerkte – Möglichkeit für Anerkennung und Teilhabe sein können. *Aziz Bozkurt* gibt Hinweise zum politischen wie auch zum innerparteilichen Umgang der SPD mit dem Thema Integration.

Zu leisten ist also die Diskussion darüber, wie ein Integrationsdiskurs von links auch gesellschaftlich mehrheitsfähig werden kann. Nötig dafür wären zudem Studien, wie eigentlich der Diskurs über „Integration“ in einzelnen Milieus oder politischen Ideenfamilien beschaffen ist. Allein innerhalb der SPD gibt es eine Bandbreite von Ansätzen: Sie reichen von eher ordnungspolitischen Vorstellungen zu Anpassen und Einfügen über klassische „Multikulti-Ansätze“ bis hin zur Vorstellung einer „Einwanderung aus demographischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten“.

Wie lässt sich also ein politisches Programm für Chancengleichheit und Teilhabe formulieren, das an möglichst viele linke Diskurse anschlussfähig ist? Die Einbettung in die Diskurse um die Gute Gesellschaft könnte hier ein Ansatzpunkt unter mehreren sein. ■

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

Integration, Inklusion, Interkultur – oder ganz was anderes?

Politische Narrative zum Thema Integration in Deutschland

von Claudia Walther

Wer und was steckt eigentlich hinter dem Streit um Begrifflichkeiten, wenn es um Einwanderung nach Deutschland geht – und der Frage wie man mit den eingewanderten Menschen umgeht?

Obwohl in Deutschland gerade eine große Integrationsleistung erfolgreich erbracht worden war, nämlich die **Eingliederung** von ca. 13 Millionen Vertriebenen des zweiten Weltkrieges¹, war in der Phase der Anwerbung der sogenannten „Gastarbeiter“ aus Südeuropa und der Türkei zwischen 1955 – 1973² von **Integration** keine Rede. Bekanntlich rief man Arbeitskräfte, obwohl Menschen kamen³. Nach dem „Anwerbestopp“ 1973 holten paradoxerweise viele der sogenannten „Gastarbeiter“ ihre Familien nach, weil sie fürchteten, dass der „Anwerbestopp“ die Türen nach Deutschland bald versperren könnte. Die „Gastarbeiter“ blieben also – anders als Deutschland und anders als sie selber dies erwartet hatten.

Assimilation und Multikulti

Auf diese Entwicklung gab es eine zweiseitige Antwort: Wenn sie schon bleiben, so sollen sie sich auch anpassen – so das konservative Lager, das sich damit für **Assimilation** aussprach. Die Gegenantwort im alterna-

tiv-progressiven Lager hieß: **Multikulturelle Gesellschaft**.

Während „Assimilation“ das völlige Aufgehen einer Gruppe (ethnisch, religiös, kulturell) in einer anderen Gruppe bezeichnet, beschreibt der Begriff „Multikulturelle Gesellschaft“ den Zustand, dass sich mehrere Kulturen in einer Gesellschaft befinden. Dies kann sowohl deskriptiv, ohne Bewertung, verstanden werden oder normativ, als Bereicherung und als Gegenentwurf zu einer homogenen Gesellschaft.⁴ „Multikulti“ wurde zum Schlagwort und häufig (miss-)verstanden als Gerede von einer bunten Traumwelt ohne Probleme. Durch Daniel Cohn-Bendit propagiert, identifizierten sich vor allem die Grünen mit dem Bild einer multikulturellen Gesellschaft.⁵ Der Begriff wurde übernommen aus dem Diskurs in anderen Ländern, beispielsweise Kanada: Dort bereits in den 60ern entstanden, wurde der Begriff **Multiculturalism** 1971 zur offiziellen Regierungspolitik. Der Begriff bezieht sich nach kanadischem Verständnis auf eine ethnisch und kulturell heterogene Gesellschaft und strebt das Ideal von Gleichheit und Respekt gegenüber den Gruppen unterschiedlicher Kulturen an.

Erst seit Beginn der Jahrhundertwende, um das Jahr 2000, setzte sich in Deutschland der Begriff **Integration** als **Mainstream** der

1 Dr. Carolin Butterwegge: Von der „Gastarbeiteranwerbung“ zum Zuwanderungsgesetz. In: Grundlagendossier Migration. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2005;

2 Anwerbeverträge: 1955 mit Italien, 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1963 mit Marokko, 1964 mit Portugal, 1965 mit Tunesien, 1968 mit Jugoslawien.

3 Frei nach Max Frisch: „Man hat Arbeitskräfte gerufen und es kommen Menschen“ (Vorwort zu dem Buch „Siamo Italiani – Die Italiener.“ Gespräche mit italienischen Arbeitern in der Schweiz von Alexander J. Seiler. Zürich 1965.

4 Frank Beyersdörfer. Multikulturelle Gesellschaft: Begriffe- Phänomene, Verhaltensregeln. Münster, 2004. S. 49 f.

5 Doch auch Daniel Cohn-Bendit distanzierte sich von dem Zerrbild einer problemfreien Multi-Kultigesellschaft: „Die multikulturelle Gesellschaft ist hart, schnell, grausam und wenig solidarisch, sie ist von beträchtlichen sozialen Ungleichgewichten geprägt“. Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid. Die multikulturelle Gesellschaft muß als Wirklichkeit anerkannt werden. In: Die ZEIT. 22. November 1991.

Fachpolitik durch. Grundlage dafür war, dass endlich ein politischer Konsens erreicht war, dass Deutschland überhaupt ein „Zuwanderungsland“ ist – festgestellt durch die sogenannte Süssmuth-Kommission, eingesetzt von dem damaligen Innenminister Otto Schily, geleitet von Rita Süssmuth. Was aber ist unter Integration zu verstehen? Während die konservative Seite auch den Begriff Integration mit Assimilation gleichzusetzen versuchte, setzte sich in breiten politischen Kreisen allmählich ein Verständnis durch, das Integration als „wechselseitigen Prozess“ und als „gleichberechtigte Teilhabe“ sieht. Die EU gab hier mit den 11 common basic principles 2004 einen Bezugsrahmen, der u.a. den „two way process“ beinhaltet.⁶ Der Begriff Integration ist damit nach mehreren Seiten anschlussfähig.

Doch analog zur Bildungsdebatte, wo der Begriff Inklusion den Begriff Integration abgelöst hat, gerät auch in der Diskussion um den Umgang mit Einwander/innen der Begriff Integration mehr und mehr in die Kritik, weil er vielen zu sehr mit der Forderung nach Assimilation verbunden wird. Ihm scheint zudem ein Bild von Mehrheitsgesellschaft und Minderheit zugrunde zu liegen, das der heutigen Heterogenität der Bevölkerung nicht mehr entspricht – vielleicht sogar nie entsprochen hat.

Mit den Begriffen **ethnische Diversity, Diversität, oder Vielfalt** wird versucht, gerade diese Assoziation zu vermeiden und von einem anderen Bild, nämlich dem, einer vielfältigen Gesellschaft auszugehen. (Dettling 2010). Nach Dettling meint der Begriff Diversität mehr als Toleranz und auch mehr als Vielfalt.

„Dieser Begriff enthält vielmehr eine programmatische Aussage, welche das Denken über das Zusammenleben in

modernen Gesellschaften grundsätzlich verändern kann und will. Auf den einfachsten Nenner gebracht lautet dieser Grund-Satz so: Jene Gesellschaften (Parteien, Unternehmen, Bundesligaverbände), die mit der Verschiedenartigkeit der Menschen auf eine positive, ja kreative Weise umzugehen verstehen, werden auf Dauer erfolgreicher sein als andere. (...) Das Konzept der Diversität verwandelt den Opferdiskurs in eine Diskussion über die Stärken und den möglichen Beitrag dieser Gruppen. (...) In einer Gesellschaft der Vielfalt und der Verschiedenartigkeit legt das Konzept der Diversität den Nachdruck (...) auf die Beziehungen zwischen diesen Gruppen, die gestaltet werden können und müssen in einer Weise, dass sie für alle von Vorteil sind: für die Alteingesessenen und die neu Zugezogenen, Männer und Frauen, für die Familien und die Singles, die Alten wie die Jungen. (...) Diversität bedeutet deshalb immer auch, Migranten wie Einheimische in einem gemeinsamen Zukunftsprojekt, der Entwicklung des Landes, zu verbinden, sie in eine gemeinsame Zukunft hinein zu integrieren.“ (Warnfried Dettling)

Seit einiger Zeit erhält die Debatte allerdings eine neue aktuelle Richtung. Im Zuge des prognostizierten Fachkräftemangels und zur Abmilderung des demographischen Wandels üben große Teile der Wirtschaft Druck auf Politik und Gesellschaft aus: Deutschland braucht Einwanderung, Einwanderung ist erwünscht. Was ist nun hiervon zu halten?

Diese Fachkräftedebatte auf Drängen der Wirtschaft ist aus meiner Sicht zunächst eine Chance, aber sie beinhaltet auch Risiken.

⁷ Warnfried Dettling. Diversität als Herausforderung für Kommunen in Deutschland. S. 7 f. In: Bertelsmann Stiftung. Diversität gestalten. Erfolgreiche Integration in Kommunen. Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele. Gütersloh 2011.

⁶ http://ec.europa.eu/ewsi/en/EU_actions_integration.cfm

Wie so oft in der Geschichte setzen sich Paradigmen und Forderungen erst dann durch, wenn zu Perspektiven der Gesellschaft auch die Forderungen der Wirtschaft hinzukommen. Klassisches Beispiel für diese These ist die Bildungsreform in den 70ern, der nicht nur die gesellschaftliche Einsicht, sondern auch der „Sputnik-Schock“⁸, der die Wirtschaft befürchten ließ ins Hintertreffen zu geraten, vorausging.

Heute ist der Fachkräftemangel tatsächlich relevant: allerdings branchen- und regionenspezifisch und teilweise erst in einigen Jahren. So wird das Erwerbspersonenpotenzial ohne Zuwanderung bis 2025 um ca. 5,7 Mio. (2035: ca. 11,1 Mio.) schrumpfen. In einer Studie der Bertelsmann Stiftung geht Prof. Herbert Brücker (IAB) davon aus, dass pro Jahr im Saldo ca. 400.000 Einwanderer nötig wären, um diesen Fachkräftemangel auszugleichen⁹. Diese Diskussion ruft nach mehr Attraktivität des Einwanderungslandes Deutschland für potenzielle Neueinwanderer und damit nach der Etablierung einer **Willkommenskultur**. Sie ist daher eine *Chance* für Öffnungsprozesse gegenüber Einwanderern.

Risiken bringt diese Debatte mit sich, wenn solche Öffnungsprozesse inklusive einer Willkommenskultur auf hochqualifizierte Einwanderer reduziert werden. Der Vorwurf des Nützlichkeitsdenkens (Utilitarismus) besteht dann, wenn nur „nützliche“ Einwanderer mit den gewünschten Qualifikationen willkommen sind, während die bereits hier lebenden Einwanderer und ihre Familien sowie neue aber nicht hochqualifi-

zierte Einwanderer und Flüchtlinge weiterhin mit Signalen der Abschreckung bedacht werden.

Doch auch für die Wirtschaft würde diese Rechnung nicht aufgehen. Denn auch hochqualifizierte IT-Kräfte machen einen Bogen um Deutschland, wenn nicht ein Klima der Offenheit, sondern weiter der Geist des Anwerbstopps herrscht. Daher geht es darum, genau diesen Diskurs kontrovers zu führen: geht es um ein *exklusives* oder ein *inklusives* Verständnis der neuerdings gewünschten Einwanderung. Es geht also darum, das Verständnis von Willkommenskultur inklusiv zu füllen. Einen Anknüpfungspunkt bietet hier die Definition von Heckmann (efms) an:

*„Willkommenskultur meint zum einen eine gewisse **Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz** gegenüber Migranten – und selbstverständlich gegenüber anderen Menschen – zum anderen steht er aber auch für Praktiken in verschiedenen Organisationen und institutionellen Kontexten, in denen Barrieren der Integration abgebaut und Wege der Inklusion gefunden werden; diese schließen formalrechtliche Regelungen ein, gehen aber zugleich auch über sie hinaus.“ (Friedrich Heckmann)¹⁰*

Willkommenskultur für neue Einwander/innen/n reicht daher nicht, sie muss einhergehen mit einer **Anerkennungskultur** für neue und bereits hier lebende Einwanderer und ihre Familien. Und sie muss vor allem auf eine inklusive Gesellschaft zielen. Dazu würden rechtliche Möglichkeiten von vereinfachten Aufenthaltsgenehmigungen und Einbürgerungsprozessen ebenso gehören wie Kita-Plätze für die Kinder der Einwander/innen/n und serviceorientierte Ausländerbe-

8 Sputnik Schock nennt man die politisch-gesellschaftliche Reaktion in den USA und Westeuropa auf den Start des ersten künstlichen Erdsatelliten Sputnik 1 am 4. Oktober 1957 (Ortszeit: 2:50 Uhr, 5. Oktober) durch die Sowjetunion. Sputnik machte im Zeichen des Kalten Krieges schlagartig deutlich, dass die Sowjetunion im Hinblick auf die weitere Entwicklung ihrer Raumfahrt technologisch den USA überlegen oder mindestens ebenbürtig war. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sputnikschock>

9 Herbert Brücker. Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2013. S. 7.

10 Friedrich Heckmann. Willkommenskultur Was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden? S. 2 Bamberg, Efms paper 2012 – 7.

hören. Aber eben auch ein offeneres gesellschaftliches Klima.¹¹

Der derzeitige Streit um sogenannte „Armutszuwanderung“ aus Bulgarien und Rumänien trifft also genau diese Auseinandersetzung um einen exklusiven oder einen inklusiven Begriff von Einwanderungsnotwendigkeit und Willkommenskultur.

Während die CSU davon ausgeht, dass die hochqualifizierten Einwanderer in Bayern und den anderen Bundesländern mit offenen Armen empfangen werden während andere Einwanderungsgruppen sogar abgeschoben werden, weil ihnen die „Zuwanderung in unsere Sozialsysteme“ unterstellt wird, kann das Gegenbild nur das einer inklusiven Gesellschaft sein, die davon ausgeht, dass die ethnische Vielfalt als Normalität zu akzeptieren ist und inklusiv zu gestalten ist – alle Probleme und Bereicherungsaspekte eingeschlossen. Von diesem Bild ausgehend kommt man zu entsprechenden Forderungen nach Chancengleichheit, Förderung der Mehrsprachigkeit, Lotsendiensten bis hin zur interkulturellen Öffnung der Politik. Dass sich eine solche Vielfalt auch in politischen Parteien und Gremien widerspiegeln müsste, ergibt sich daraus, ist aber von der Realität noch ebenso weit entfernt wie Chancengleichheit in Schulen und Hochschulen.

Wer hier meint, es handle sich nur um CSU-Wahlkampfgetöse, irrt sich leider. Das zeigt der Koalitionsvertrag der neuen rot-schwarzen Bundesregierung, der selbst die widersprüchlichen Formulierungen einer Willkommens- und Anerkennungskultur sowie einem Bekenntnis zur EU-Freizügigkeit einerseits und der Verhinderung der „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ andererseits beinhaltet. Auch die Bevölkerung ist zwi-

spältig: Sie sieht sowohl die Notwendigkeit der Einwanderung und befürchtet gleichzeitig größere Probleme.¹²

Probleme wie eine Ausbeutung von Werkvertragsarbeitnehmer/innen aus Bulgarien und Rumänien sind tatsächlich vorhanden. Aber in erster Linie werden diese durch Arbeitgeber und Subunternehmen verursacht, die teilweise Löhne von 3,- Euro pro Stunde zahlen und durch Vermieter, die schlechten Wohnraum an 30 Personen in einem Haus vermieten. Hier ist die Politik natürlich gefordert, solchen Praktiken einen Riegel vorzuschieben und die dadurch belasteten Kommunen mit benachteiligten Stadtteilen zu unterstützen, statt den schwarzen Peter den Einwanderer/inne/n zuzuschieben.¹³

Kurz und gut: Es ist der falsche Weg, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Forderung nach einer Willkommenskultur als selektiv, exklusiv, utilitaristisch oder schlicht unzureichend abzutun. Es lohnt sich dagegen, um den richtigen Weg zu streiten: einer Öffnung für Einwanderung und eine Willkommens- und Anerkennungskultur, die auf Inklusion zielt, die Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien ebenso wie Flüchtlinge einbezieht und dabei Probleme nicht verschweigt, sondern lösungsorientiert angeht. ■

☞ Claudia Walther ist Senior Project Managerin für das Programm Integration und Bildung der Bertelsmann-Stiftung. Ehrenamtlich ist sie als stellvertretende Vorsitzende der SPD Aachen-Stadt aktiv.

¹¹ Vgl. dazu auch Roland Roth, Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. S. 295 – 354. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vielfältiges Deutschland. Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Gütersloh, 2014.

¹² Bertelsmann Stiftung 17.12. 2012 http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-4C8ADA2B-26C9FE8B/bst/hs.xml/nachrichten_114652.htm und Politbarometer vom 17. Januar 2014. <https://presseportal.zdf.de/aktuelles/mitteilung/zdf-politbarometer-januar-1-2014/772/>

¹³ Erste Schritte sind durch die neue Bundesregierung durch die zugesagte Aufstockung der Städtebauförderung bereits gemacht worden.

Deutschsein und Anderssein – Ein Plädoyer für die Akzeptanz der Mehrfachzugehörigkeiten

von Shazia Saleem

Jeder fünfte Mensch in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Mehr als die Hälfte von ihnen ist inzwischen deutscher Staatsbürger (vgl. Foroutan 2012: 23 ff.). Dennoch reißen die Diskussionen um die Identität und Zugehörigkeit von Personen mit Zuwanderungsgeschichte nicht ab. Neue Begriffe zur Bezeichnung dieser Gruppe befeuern unterdessen die öffentlichen Diskurse, weil der Ausdruck *Migrant* oder *Mensch mit Migrationshintergrund* eben nicht mehr ganz die Situation beschreibt. Ein Drittel der sogenannten *Menschen mit Migrationshintergrund* ist in Deutschland geboren und hat die Zuwanderung gar nicht selbst aktiv durchlebt. Die Migration ist nur ein Teil ihrer biografischen Familienerzählung. Sind diese Menschen nun „Hybride“, „Postmigranten“ oder „Neue Deutsche“ (Foroutan 2010)? Oder doch schlicht deutsche Staatsbürger mit vielfältigen kulturellen und religiösen (Mehrfach) Zugehörigkeiten? Bei diesem Wirrwarr an Ausdrücken stellt sich die Frage, warum eine eigenständige Kennzeichnung dieser Gruppe notwendig wird?

Deutschsein neu verhandeln

Erstmals wird der Begriff *Menschen mit Migrationshintergrund* beim Mikrozensus 2005 verwendet, um jene Personen zu erfassen, die zwar eine andere Herkunftskultur haben aber formal-rechtlich gesehen Deutsche sind. Diesen Personenkreis hatte es vorher in dieser Form nicht gegeben. Erst mit der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts im Jahre 2000 (§4 StAG; §29 StAG) ließen sich immer mehr hierzulande lebende *Ausländer* einbürgern und fielen aus der Kategorie der *Gastarbeiter* bzw. *Ausländer* heraus. Der neue Terminus *Menschen mit Migrationshintergrund* sollte autochthonen, ethnisch Deutsche und deutsche Bürger mit

Zuwanderungsgeschichte voneinander unterscheidbar machen (vgl. Foroutan 2/2010:6). Zunächst als eine wertneutrale, analytische Einheit erdacht, hat die Bezeichnung inzwischen ihr Erklärungspotentialeingebüßt. Sie wird zunehmend als unzureichend und pauschalisierend für eine sehr heterogene Gruppe von *Menschen mit Migrationshintergrund* kritisiert (vgl. Belwe 2009: 2). Unter diese Kategorie fallen sowohl Personen, die selbst migriert sind, als auch jene, die seit Jahrzehnten in Deutschland leben, hier geboren und aufgewachsen sind, nur einen Elternteil aus einem anderen Herkunftsland haben, deutsche Staatsbürger sind oder ausländische nationale Zugehörigkeit besitzen. Der Begriff differenziert zudem nicht nach ethnisch-kultureller und religiöser Zugehörigkeit innerhalb der Gruppen. Im Gegenteil, die Terminologie suggeriert, die *Menschen mit Migrationshintergrund* seien eine homogene Einheit. Wippermann und Flaig bemängeln, die Bezeichnung sei eine „Container-Kategorie“ (2009:4), die wie ein Stempel alle nicht-ethnischen Deutsche kennzeichnet und bezüglich ihrer Zugehörigkeit zur Gesellschaft als defizitär markiert. Die negative Konnotation und Wertung erhält der Ausdruck, weil die deutsche nationale Identität immer noch ethnozentrisch verstanden wird. Trotz formal-rechtlicher Gleichstellung wird auf diese Weise eine Trennung vollzogen zwischen *Einheimischen* und *Fremden*, wobei beide Gruppen zum einen in Abgrenzung zueinander als ungleich und zum anderen in sich als homogene Gebilde vorgestellt werden. Als Resultat tragen die kulturell *Anderen* ihren Migrationshintergrund vor sich her, ohne eine Chance, unabhängig von dieser Kategorie wahrgenommen zu werden (vgl. ebd.: 4-6). Wissenschaftler wie Naika Foroutan fordern daher bereits seit Jahren, das Deutschsein neu zu verhandeln, weil Deutschland als

Einwanderungsland einer neuen und weitergefassten Definition der nationalen Identität bedarf (vgl. Foroutan 2010: 9 ff.).

Neue Deutsche: ein weiteres Instrument zur Ausgrenzung

Als ersten Schritt zur Öffnung der deutschen nationalen Identität schlägt Foroutan vor, die Personen mit Zuwanderungsgeschichte differenzierter zu betrachten und die Alleinherrschaft und Deutungsmacht des Wortes *Menschen mit Migrationshintergrund* zu brechen. Sie regt an, neue Bezeichnungen für deutsche Staatsbürger mit anderen Herkunftskulturen einzuführen, die längst integriert sind und bietet den Begriff „*Postmigranten*“ (ebd.: 11) als eine Ersatz-Vokabel an. Unter Postmigranten versteht sie Personen, die selbst keine eigene Migrationserfahrung haben und qua Geburt und/oder Sozialisation in Deutschland integriert, der deutschen Sprache mächtig sind sowie sich mit dem Land und der Kultur weitestgehend identifizieren. Dieser Personengruppe attestiert Foroutan „ein mehrkulturelles Selbstbewusstsein“ (ebd.) mit einem starken Wunsch, die Bindung zu ihrer Herkunftskultur nicht völlig aufgeben zu wollen. Als weiteren Vorschlag greift sie auf den Begriff *Hybride* von Homi Bhabha aus den Postcolonial und Cultural Studies zurück (vgl. Bhabha 2000). „Träger hybrider Identitäten“ (Foroutan/Schäfer 2009: 12) sind Foroutan zufolge Menschen, die sich mehr als einer Kultur zugehörig fühlen, ihre Andersartigkeit im Vergleich zur Mehrheitsgesellschaft als Bereicherung wahrnehmen und ihre mehrfache Zugehörigkeit daher positiv bewerten. Des Weiteren kann sich Foroutan eine Bezeichnungspraxis mit zusammengesetzten *Bindestich-Identitäten* gut vorstellen. Das könnte die Begriffsproblematik insofern entschärfen, als sowohl Herkunftskultur und deutsche Zugehörigkeit ihren gleichwertigen Platz bekommen (vgl. Foroutan 2010: 12). Schließlich schlägt Foroutan mit „*Neue Deutsche*“ (ebd.) einen Begriff für deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund vor, der den positiven Bezug

zu Deutschland hervorheben und zugleich mit dem Attribut „neu“ den mehrkulturellen hybriden sowie innovativen synergetischen Charakter beschreiben soll. Der Ausdruck spiegelt nach Foroutan die Lebensrealität vieler Menschen wider, die längst mehrere kulturelle wie religiöse Referenzsysteme vereinen und aus deutschen wie herkunftskulturellen Normen einen eigenen Kanon von Regeln und Werten entwickelt haben. Je nach Kontext beziehen sie sich auf die einen oder anderen und nehmen beide selbstverständlich für sich in Anspruch (vgl. ebd.: 13). All diese Begriffe sind wissenschaftlich und analytisch richtig. Sie versuchen, den Zustand mehrfacher Zugehörigkeit wertneutral zu beschreiben, scheitern jedoch daran und setzen im schlimmsten Fall gesellschaftspolitisch ein kontraproduktives Signal. Ihnen ist das Problem der Differenzmarkierung inhärent, sie fungieren im gesellschaftlichen Diskurs um Deutschsein und um die Zugehörigkeit zur Gesellschaft genau wie die Ausdrücke *Ausländer* oder *Menschen mit Migrationshintergrund* stigmatisierend. Wie ein negatives Label reduzieren sie Personen mit anderer Herkunft auf die Andersartigkeit ihrer phänotypischen Merkmale, wie Haut- und Haarfarbe oder Namen. So verstetigen sie die diskriminierende Unterscheidung zwischen sogenannten Einheimischen als *echte bzw. richtige* Deutsche und den zugewanderten *unechten Neuen Deutschen*. Träger der Bezeichnungen gelten in der öffentlichen Wahrnehmung weiterhin als nicht wirklich der Gesellschaft zugehörig. So arten die Termini zu Instrumenten der Ausgrenzung aus. Foroutan ist sich dieses Dilemmas bewusst und verweist selbst auf die Unzulänglichkeiten der Begriffe. Die Bezeichnung *Neu Deutsch* löst nicht den Konflikt um die Trennung zwischen „multiethnischen und monoethnischen Bürgern Deutschlands“ (Foroutan 2010: ebd.), sondern perpetuiert die ethnozentrische Betrachtung des Deutschseins. Ebenso wirkt der Terminus *Postmigrant*. Zum einen klingt er genauso sperrig wie *Menschen mit Migrationshintergrund*, zum anderen zeigt er keine zeitliche Perspektive auf, diesen Status irgendwann überwin-

den zu können. Bei der Bezeichnung *Hybride* oder *Hybride-Identitäten* ergeben sich weitere sprachliche und definitorische Schwierigkeiten. Als Hybridität beschreibt Foroutan einen Zustand des ständigen Aushandelns der eigenen Identität zwischen Selbsterfahrung und Fremdzuschreibung (vgl. Foroutan 2/2010: 6). Nach diesem Verständnis müssten jedoch alle Menschen – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – Hybride sein. Denn Identität und Zugehörigkeit sind keine festen Zustände oder Eigenschaften. Sie sind soziale Konstruktionen (vgl. Keupp 2006:95 ff.), die stets in einem gesellschaftlichen Interaktionsprozess zwischen einem Individuum und der es umgebenden Gesellschaft entstehen (vgl. Mead 1968; Giesen 1991). Hybridität erklärt nur dieses dynamische und wandelbare Beziehungsgeflecht zwischen einem Menschen und seiner Außenwelt. Sie erfasst das Bewusstsein über das Austarieren der Selbst- und Fremdwahrnehmung. Bei *Menschen mit Migrationshintergrund* tritt zusätzlich zur üblichen Differenz zwischen Selbst- und Fremdbild der Aspekt hinzu, dass sie ihre Identität und Zugehörigkeit in Interaktion mit mehreren kulturellen und religiösen Referenzsystemen aushandeln. Somit erfasst auch dieser Begriff die Realität nicht ganz. Trotz Neuschöpfungen fehlt eine wertneutrale anerkennende Bezeichnung für deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund weiterhin. Das Manko liegt nicht in den Begriffen, die inhaltlich und analytisch nicht wertneutral oder gar unzureichend wären, alle Aspekte der mehrfachen Zugehörigkeiten zu erfassen. Vielmehr liegt es an der Art und Weise, wie Integration, Identität und Zugehörigkeit in der deutschen Gesellschaft diskutiert wird. Da wird jede auch wohlgemeinte Wortschöpfung zwangsweise negativ konnotiert.

Integration – ein Kampf um Teilhabe und Ressourcen

Nicht die Bezeichnung der Bürger mit anderen Herkunftskulturen scheint das eigentliche Hindernis zu sein, sondern das Selbstbild der

Mehrheitsgesellschaft und die Definition des Deutschseins, die Einfluss auf das Integrationsverständnis haben. Die Vorstellung der Mehrheit über das *Deutschsein* speist sich historisch bedingt immer noch – wenn auch vielfach latent und diffus – aus einem „imaginierten Deutschland[...]“ (Geiling 2012: 13), also aus einer Idee einer homogenen Abstammungsgemeinschaft und einer genetisch-ethnischen Zugehörigkeit. Aus dieser ethnozentrischen Sicht sind die Zugewanderten stets problembehaftet, ihr Deutschsein mangelhaft und bedrohlich für die sog. rein Deutschen. Daraus resultiert eine prinzipiell defizitäre Perspektive auf Personen mit anderen ethnisch-kulturellen Wurzeln. Daran anknüpfend strukturiert sich das Bewusstsein um eine deutsche Leitkultur (vgl. Wippermann/Flaig 2009: 4). Weil den *Menschen mit Migrationshintergrund* das Wissen um die deutsche Kultur fehlt, werden sie generell in einer *Bringschuld* gesehen. Ihr kulturelles Kapital aus den Herkunftsländern hat für die Mehrheit kaum einen Wert und wird als minderwertig abgetan. Folglich wird *Integration* als eine ausschließlich *aktive Leistung der Menschen mit Migrationshintergrund* gedeutet (vgl. ebd.: 10). Damit wird eine Erwartungshaltung seitens der deutschen Mehrheit gegenüber der Minderheit entwickelt, sich den deutschen kulturellen Wertvorstellungen anzupassen, bestenfalls die Herkunftskultur aufzugeben und sich zu assimilieren (vgl. Foroutan 2012: 10). Integration wird nach dieser Sicht nicht als ein gesamtgesellschaftlicher Prozess begriffen, sondern als eine einseitige Angelegenheit der Personen mit anderen Herkunftskulturen registriert. Die Forderung bleibt auch dann aufrecht, wenn diese Menschen in Deutschland geboren und sozialisiert sind und sich die Frage nach einer Integration nicht mehr wirklich stellt. Folglich bleibt ihnen die Anerkennung und Akzeptanz, gleichwertige Bürger zu sein, trotz struktureller Integration durch Sprachkompetenzen, Bildung und berufliche Tätigkeit sowie persönlicher Identifikation mit dem Land verwehrt. „Die deutsche Identität [wird von der Mehrheit weiterhin] als etwas Exklusives“ (Foroutan 2010:12) gehandelt und vorenthalten, ob-

gleich die *Menschen mit Migrationshintergrund* die Erwartungen und die Kriterien für eine Vollmitgliedschaft erfüllen. Ihre kulturelle wie religiöse Mehrfachzugehörigkeit, die meist durch äußerliche Andersartigkeit sichtbar wird, begründet prinzipiell den Ausschluss aus dem Selbstbild der Gesellschaft. Letztlich können die *Menschen mit Migrationshintergrund* nie den homogen-ethnischen Identitätsstandards und Normalitätsvorstellungen der autochthonen Deutschen vollständig entsprechen. In den öffentlichen Diskursen gilt für das Deutschein immer noch das Eindeutigkeitsprinzip der ethnisch-kulturellen Herkunft. Besonders tragisch wirkt eine solche Haltung auf die Gruppe der Spätaussiedler bzw. Russlanddeutschen, die ob schon ethnisch Deutsche ebenfalls aus dem Konstrukt des *gesellschaftlichen Wir* herausfallen, weil sie noch ein russisch-kulturelles Element mit sich bringen. In der Konsequenz, so erklärt Foroutan: „ist [es] die fraglose Zugehörigkeit und somit die Authentizität (im Sinn von Echtheit und Glaubwürdigkeit), die jenen *Menschen mit Migrationshintergrund* verwehrt wird, die durch äußere Zuschreibung zunächst als nicht-deutsch gesehen werden [...]“ (ebd.). Aufgrund dieser Einstellung der Mehrheitsbevölkerung wirken die Integrationsdebatten widersprüchlich und tragen teilweise schizophrene Züge. Augenscheinlich äußert sich dieser Widerspruch im Umgang der Gesellschaft mit den Muslimen im Land und zeigt, wie skeptisch die deutsche Gesellschaft gegenüber Heterogenität ist. Die größte Minderheit, die Muslime, wird kategorisch aus dem Selbstverständnis der Gesellschaft ausgeschlossen. Zahlreiche Studien der letzten Jahre bestätigen diese ablehnende Einstellung der Mehrheitsgesellschaft bezüglich Islam und Muslimen, so auch der neue Religionsmonitor 2013 der Bertelsmann Stiftung (vgl. zeit.de; vgl. bertelsmann-stiftung.de). Darin heißt es, die Hälfte der Deutschen sei davon überzeugt, dass der Islam nicht zu Deutschland passe und sieht diese Religion als Bedrohung. Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2011 (vgl. Zick/Küpper/ Hövermann 2011) hat sogar ergeben, dass die Deutschen im Vergleich zu ande-

ren europäischen Nachbarn wesentlich islamfeindlicher eingestellt sind. Wie abweisend ihre Haltung ist, zeigte sich bereits 2010, als der damalige Bundespräsident, Christian Wulff zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in seiner Rede auch den Islam als Deutschland zugehörig beschrieb und damit einen Sturm der Entrüstung auslöste. Diese Skepsis gegenüber der islamischen Religion wird seit 9/11 mit den islamistischen Terroranschlägen begründet (vgl. Foroutan/Schäfer 2009: 15). Folglich ist in der Gesellschaft ein Mechanismus aus Angst, Misstrauen und voreiligen Unterstellungen gegenüber Muslimen entstanden. In dieser Atmosphäre erscheinen die Muslime für die Mehrheit der Bevölkerung als unheimlich, potentiell gefährlich und von vornherein latent illoyal, so dass sie als das Fremde schlechthin konstruiert werden (vgl. Schiffauer 2007: 131). Vor diesem Hintergrund werden in den Islamdebatten vielfach zwei Gegensätze konstruiert zwischen islamischen Werten und westlichen Werten, somit auch zwischen Muslimsein und Deutschein. Beide Referenzsysteme werden per se als unvereinbar erachtet. Das Bild des Islam wird undifferenziert als intolerant, undemokratisch und unaufgeklärt gezeichnet. Gleichfalls werden die deutschen kulturellen Wertvorstellungen als komplettes Gegenteil präsentiert. In der Konsequenz wird den Menschen aus muslimischen Herkunftskulturen von vornherein unterstellt, sie seien integrationsunfähig und -unwillig, weil ihnen die deutschen Wertvorstellungen fehlten (vgl. Foroutan 2012: 11-12). Statistiken über kriminelle muslimische Jugendliche, ihre Anzahl an Schulabbrechern und Arbeitslosen werden als bestätigende Beispiele für die Unvereinbarkeit der Wertesysteme und die Integrationsverweigerung der Muslime herangezogen. Es wird ein Zusammenhang zwischen religiöser und ethnischer Zugehörigkeit und sozialen Fehlentwicklungen konstruiert. Dass auch autochthone Deutsche aus sozial-schwachen Milieus ähnliche Schwierigkeiten im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt haben, wird ignoriert. Ebenso werden zahlreiche Studien nicht beachtet, wie die Migranten-Milieu Studie des Sinus Instituts, die

bei Menschen mit muslimischer Zuwanderungsgeschichte eine hohe Leistungsbereitschaft, Willen zum Bildungsaufstieg und hohe Identifikation mit der deutschen Gesellschaft belegen (vgl. ebd.; vgl. Wippermann/ Flaig: 2009: 5-6). Auf diese Weise werden soziale und ökonomische Konflikte mit dem Islam und Integrationsproblemen verbunden. Nachweisliche strukturelle Benachteiligungen von Menschen mit muslimischem oder anderem Migrationshintergrund im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt oder bei der sozialen Teilhabe werden ausgeblendet. Es wird schnell vergessen, dass Integration und Partizipation der Zuwanderer lange kein Ziel der gesellschaftlichen Mehrheit waren. Auch die deutsche Mehrheit hat an die Narration der Rückkehr der Migranten geglaubt und die Integrationspolitik jahrzehntelang vernachlässigt (vgl. Foroutan / Schäfer 2009: 13). Erst der 11. September 2001, die Terroranschläge in Madrid 2004 und London 2005 haben zu einem Sinneswandel bezüglich integrationspolitischer Maßnahmen in der deutschen Politik geführt. Daher kritisiert Foroutan aufs Schärfste, dass Integration seitens der Mehrheit immer noch als einseitiger Prozess gesehen wird, bei dem die Bringschuld bei den *Menschen mit Migrationshintergrund* liegt (vgl. Foroutan 2012: 56) „Viel zu selten wird hier auf die Verantwortung der Aufnahmegesellschaft für bessere Integrationsmechanismen und Steigerung der Partizipationschancen hingewiesen.“ (Foroutan 2012: 12).

Die strukturelle Diskriminierung der deutschen Staatsbürger mit Migrationshintergrund bei Bildung, Arbeit und gesellschaftspolitischer Teilhabe hat nicht nur rassistische Gründe. Nach Geiling bilden Verteilungs- und Teilhabekonflikte größere Motive bei der Ausgrenzung von Minderheiten. Dabei gehe es um Verteidigung der Privilegien der einheimischen deutschen Bevölkerung aus der gehobenen Mittelschicht gegenüber der aufstrebenden Konkurrenz aus den Einwandererfamilien. Er zeichnet dabei eine Parallele zu geringen Teilhabechancen der einheimischen Deutschen aus unteren Schichten: „Auch die Autochthone, insbesondere aus

den unteren mittleren sozialen Milieus, stoßen in der Konkurrenz um Berufspositionen, Bildungstitel und Prestige ständig auf Hindernisse.“ (Geiling 2012: 13). Die Debatten um die Frauenquote in Aufsichtsräten und die Forderung nach gleicher Bezahlung für Männer und Frauen führen in dieselbe Richtung. In diesem Kontext werden für Personen aus Zuwandererfamilien der fehlende Habitus, nicht vorhandene Netzwerke und soziale Ressourcen zu gläsernen Decken beim Aufstreben nach höherer Bildung oder beruflichen Führungspositionen und gesellschaftlichem Einfluss. Die ständige Forderung nach Integration, Geiling spricht sogar von einem „Integrations-Diktat“ (Geiling 2012: 14) und mehr gesellschaftlicher Partizipation lenkt den Blick auf vermeintliche Defizite der Personen mit anderen Herkunftskulturen, ungeachtet ihres tatsächlichen Integrations- und Partizipationsstatus. All das trägt dazu bei, in der öffentlichen Wahrnehmung eine Differenz zwischen einheimischen und Deutschen mit Zuwanderungsgeschichte weiter aufrecht zu erhalten, um sie so leichter von gleichberechtigter Teilhabe ausschließen zu können (vgl. ebd.: 13-14). Denn der Wille zur beruflichen wie gesellschaftspolitischen Teilhabe ist bei Personen mit Migrationshintergrund groß und unterscheidet sich in seinem Grundmuster nicht wesentlich von dem bürgerschaftlichen Engagement der autochthonen Bevölkerung. Etwa 40 Prozent der Deutschen mit einem Migrationshintergrund sind ehrenamtlich engagiert, vor allem die Bildungsaufsteiger unter ihnen. Sollte die Zahl der Bildungsaspiranten steigen, kann sich das Partizipationspotential sogar um ein Vielfaches erhöhen (vgl. ebd.: 16). Auch an dieser Stelle wird deutlich, wie widersprüchlich die Integrationsdiskurse verlaufen. Einerseits wird Integration und Partizipation der Menschen mit anderen Herkunftskulturen erwünscht, andererseits wird jede Forderung nach gesellschaftlicher Mitwirkung zugleich als rechtfertigungsbedürftig und anmaßend angesehen. Das wird z.B. bei Protesten gegen Moscheebauten ersichtlich. Dabei ist der Wunsch nach der Errichtung von Gotteshäusern ein

Ausdruck von Mitgestaltung der Gesellschaft. In demselben Zusammenhang ist das Kopftuchverbot an staatlichen Schulen einzuordnen. Diesmal wird die Ausgrenzung sogar staatlich verordnet. Kopftuchtragende Frauen werden somit von der Ausübung des Lehrerberufs ferngehalten, weil das Kopftuch als kulturell fremd eingestuft und dann von der Mehrheitsgesellschaft eigenmächtig als politisches Symbol interpretiert wird. Die Bezeichnungspraxis der Mehrheit für die Minderheit, sei es über die Begriffe *Gastarbeiter*, *Ausländer*, *Menschen mit Migrationshintergrund* oder auch über neue Wortschöpfungen wie *Postmigranten*, *Hybride* oder *Neue Deutsche*, ist Teil der Strategie, an einer Unterscheidung festzuhalten. Diese Wahrnehmung schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, erzeugt Ausgrenzung und hat durchaus auch Folgen für Zugehörigkeit und Teilhabewunsch der Deutschen mit Migrationshintergrund. Einige distanzieren sich und wollen nicht mehr in dieser sie ablehnenden Gesellschaft partizipieren. Andere fordern selbstbewusst und beharrlich ihre Teilhabe und Akzeptanz ihrer mehrfachen Zugehörigkeiten. Statt neue Bezeichnungen zu erfinden, muss die deutsche (Mehrheits-)Gesellschaft lernen, mit Mehrfachzugehörigkeiten und Bindestrich-Identitäten zu leben und diese auch als Teil des Deutschseins zu begreifen. Dazu gehört das Eingeständnis, ein Einwanderungsland zu sein. Die entscheidende Kategorie für die Definition der Gemeinschaft innerhalb Deutschlands ist die Staatsbürgerschaft. Im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts und auch gerade vor dem Hintergrund der demografischen Situation sollte die formal-rechtliche Beschreibung des Deutschseins dazu führen, dass in der gesellschaftlichen Wahrnehmung nicht sofort die Frage nach der eigentlichen Herkunft einer Person auftaucht, die phänotypisch fremd eingeordnet wird. Vielmehr sollten die Herkunftskulturen nur eine nachrangige Rolle im alltäglichen Miteinander spielen. Indem die formale Komponente der identitären Zuschreibung betont wird, kann die Emotionalität aus der ethnisch-kulturellen nach Abstammungs-

prinzipien strukturierten Sicht auf die deutsche Identität und das Deutschsein herausgenommen werden. ■

Literatur:

- Belwe, Katharina (2009): Editorial. Lebenswelten von Migrantinnen und Migranten. In: APuZ 05/2009. S. 2
- http://www.bpb.de/publikationen/KTORL9,0,0,Lebenswelten_von_Migrantinnen_und_Migranten.html
- Bhabha, Homi K. (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen.
- Foroutan, Naika (2010): Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten? Wer gehört zu neuem Deutschland? In: APuZ 46-47/2010. S. 9-15
- http://www.bpb.de/publikationen/ZRECU3,0,0,Neue_Deutsche_Postmigranten_und_Bindungsidentitaeten_Wer_gehoert_zum_neuen_Deutschland.html
- Foroutan, Naika (2/2010): „Deutsch-Sein“ in der Einwanderungsgesellschaft. In: Gefühle und gelebte gesellschaftliche Realitäten. Dokumentation einer Fachtagung. 02/2010
- http://www.verband-binationaler.de/fileadmin/user_upload/Zeitschrift_jaf-informationen/infzo-2010_leseprobe_3bis13_web.pdf
- Foroutan, Naika (2012): Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmung und Ausgrenzung in der Integrationsdebatte. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WISO-Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zu Wirtschafts- und Sozialpolitik.
- Geiling, Heiko (2012): Spätaussiedler und türkeistämmige Deutsche im sozialen Raum. In: vhw FWS 1/Januar-Februar 2012. S. 13-16.
- www.vhw.de/fileadmin/user_upload/Forum_Wohneigentum/PDF_Dokumente/2012/FWS_1_12_Geiling.pdf
- Giesen, Bernard (1991): Einleitung. In: Giesen, Bernard (Hrsg.): Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins in der Neuzeit, Frankfurt. S. 9-18.
- Keupp, Heiner u.a. (2006): Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne. Hamburg.
- Mead, George Herbert: Geist, Identität und Gesellschaft aus der Sicht des Sozialbehaviorismus. Frankfurt am Main. 1968.
- Religionsmonitor 2013 der Bertelsmann Stiftung vom 28.04.2013
- http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-BAEC7F5C-7223950E/bst/RelMo_Befunde_Deutschland_final_130428.pdf vom 28.04.2013
- Schiffauer, Werner (2007): Der unheimliche Muslim. Staatsbürgerschaft und zivilgesellschaftliche Ängste. In: Wohlrab-Sahr, M./ Tezcan, L. (Hrsg.): Konflikt in Islam in Europa. Reihe Soziale Welt Sonderband 17. Baden-Baden. S. 111-135.
- Wipperman, Carsten/ Flaig, Berthold Bodo (2009): Lebenswelten von muslimischen Migrantinnen und Migranten. In: APuZ 05/2009. S. 3-11
- http://www.bpb.de/publikationen/KTORL9,0,0,Lebenswelten_von_Migrantinnen_und_Migranten.html
- Zeit.de
- <http://www.zeit.de/gesellschaft/2013-04/islam-bedrohung-studie/komplettansicht> vom 27.04.2013.
- Zick, Andreas/ Küpper, Beate/ Hövermann, Andreas (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. In: Nora Langenbacher (Hrsg.): Projekt „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Forum Berlin. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

⇒ Shazia Saleem ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Hans-Böckler-Stiftung und Doktorandin an der Graduate School of Politics in Münster. Sie ist Mitglied der SPD und von der ver.di.

Kritik neoliberaler Menschen- und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“

von Frank Nullmeier



Foto: www.fotolia.com, © tinadefortunata

Die Wirksamkeit neoliberalen Denkens hatte in der Bundesrepublik Deutschland ihren Höhepunkt in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts. Die seit einigen Jahren schwindende Dominanz dieses Denkansatzes und ihm zuzurechnender politischer Konzepte hat aber keineswegs Platz gemacht für Modelle eines stärker staatsinterventionistischen, in der Tradition des Ökonomen John Maynard Keynes stehenden Denkens. Vielmehr hat der Neoliberalismus durch seine Folgeprobleme zur Entwicklung politischer und theoretischer Entwürfe geführt, die hier als Post-Neoliberalismus oder kurz: Post-Liberalismus bezeichnet werden sollen. Diese Konzepte setzen an den Kernelementen neoliberalen Denkens an und suchen dessen Probleme in der Verteidigung und Rechtfertigung des Marktes insbesondere durch substantiellere Begründungen von sozialen Ungleichheiten auszugleichen. (...)

Als „neoliberal“ (analog auch „wirtschaftsliberal“) sollen dabei jene Überzeugungen bezeichnet werden, die ausgehend von einem traditionell liberalen Verständnis individueller Freiheit die Ordnungsformen von Markt und Wettbewerb derart betonen, dass diese zum Kernbegriff und Ankerpunkt des liberalen politischen Denkens und Handelns werden. (...)

„Soziale Gerechtigkeit“ in der Wertediskussion

Eine Zentralstellung im politischen Diskurs nehmen Wertbegriffe ein. Sie geraten in diese Schlüsselstellung, weil sie in abstrahierter Form ein Scharnier zwischen Bewertungen bestehender Situationen und Forderungen nach Veränderungen darstellen. (...) In den Grundsatzprogrammen deut-

scher Parteien ist der politische Umgang mit Werten und ihrer (Un-)Verträglichkeit zur Konzeption der Grundwerte weiter entwickelt worden: In jedem Parteiprogramm, aber auch in den meisten Wahlprogrammen, eröffnet ein Kapitel zum Werteverständnis der Partei die programmatische Schrift. Diese Teile zielen auf die Darlegung des Wertefundaments dieser Partei, durch Darlegung bestimmter Wertbegriffe und bestimmter Interpretationen dieser Werte. Es hat sich in den 1970er Jahren ein bemerkenswert einheitliches System von Grundwerten entwickelt, das in die Trias von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mündete. (...)

Mit der öffentlichen Vorherrschaft des Neoliberalismus in den Jahren 1998 und 2005 gingen auch Bemühungen einher, den Gerechtigkeitsbegriff zu überprüfen und stärker auf eine Marktgesellschaft abzustellen. Folge dieser in Parteien und Öffentlichkeit erfolgenden Überlegungen war eine Vervielfältigung der Gerechtigkeitsbegriffe ausgelöst durch neue Komposita wie Generationen-, Teilhabe-, Geschlechter-, Bildungs-, Befähigungs-, Teilnahme- oder Chancengerechtigkeit. Diese Pluralisierung der Gerechtigkeitsbegriffe bot die Möglichkeit der wechselseitigen Relativierung von Gerechtigkeiten, so konnte zum Beispiel der Vorrang der Generationen- vor der Verteilungsgerechtigkeit eingefordert werden. (...)

Neoliberale ökonomische Theorien liefern generalisierte Begründungen für eine Wettbewerbs- beziehungsweise Marktwirtschaft. Die marktzentrierte Form des Wirtschaftens ist danach unter allen Bedingungen einer planwirtschaftlichen vorzuziehen. Der Markt ist der universell bessere und bisher beste Weg des Wirtschaftens. Diese Begründungsfigur soll hier als *Marktuniversalismus* bezeichnet werden. Dieses Theorieelement teilt der Neoliberalismus durchaus mit anderen ökonomischen Theorien. (...)

Die neoliberale Markttheorie ist im Kern aber noch radikaler, sie geht über diese Haltung des Wettbewerbspartikularismus hinaus. (...) Es ist die Verteidigung des Marktes als „System“, die vom Neoliberalismus geliefert wird, jeder einzelne Akteur ist daher aus Sicht der Theorie gleichgültig. Die universelle, auf das System bezogene Marktrechtfertigung entwertet zugleich alle einzelnen Marktakteure als zufällig existierende und selbstverständlich jederzeit ersetzbare Elemente eines unendlichen Prozesses. Zwischen Individuum als Wettbewerber und Markt als System kann es keine Instanz, keinen Akteur, keine Gruppe geben, die als solche eine theoretische Rechtfertigung ihrer stabilen Fortexistenz innerhalb neoliberalen Denkens erhalten könnte. Alle Akteure, die aktuell im Markt agieren, sind funktional äquivalent zu möglichen zukünftigen Akteuren. Nichts ist auf Dauer zu stellen, nichts muss gerechtfertigt und legitimiert werden, alles ist nur Sache von Erfolg und Nicht-Erfolg. Damit ist ein solches Denken nihilistisch eingestellt gegenüber jedem einzelnen Wettbewerber. (...) Zwischen Interesse am eigenen Erfolg und einer Unterstützung des Marktsystems überhaupt gibt es keine Instanz, die Loyalität verdient, die sich theoretisch als überlebenswichtig erweist und daher stabil gehalten werden muss. Nur Individuum und System sind identifizationsfähig und Träger einer theoretisch begründbaren Loyalität. (...)

Logik der Standortpolitik

Bei weniger starker, weniger intensiver internationaler Konkurrenz kann eine nationalstaatliche Politik noch so angelegt werden, dass alle Bevölkerungsteile einbezogen werden. Sobald der Druck zur völligen Durch-rationalisierung aller Politikfelder für Zwecke der Standortverbesserung aber infolge der Konkurrenzintensivierung steigt, wird jeder nicht auf Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtete Teil der Politik zu einem Risiko – und zu einem Bereich, der durch politische Anstren-

gung möglichst zu verändern ist. In der Logik der Standortpolitik als konsequente Rationalisierung liegt es demnach, sich nicht mehr an die vorhandene Bevölkerung in ihrer aktuellen Gestalt als gegebener Basis zu halten. Um dem Wettbewerbsziel einer möglichst qualifizierten Bevölkerung, in Analogie zur unternehmerischen Politik: einer nationalen „Olympiamannschaft“, näher zu kommen, kann eine staatliche „Personalpolitik“ betrieben werden, die einerseits Qualifizierungsaufgaben ins Zentrum stellt (Bildungspolitik), andererseits aber auch Maßnahmen der Personalanwerbung. Die Steuerung der Einwanderung wird vor diesem Hintergrund auf die Anwerbung Hochqualifizierter in Mangelberufen ausgerichtet, die Zuwanderung ansonsten aber möglichst einschränkt.

In der Logik dieser Denkweise liegt es aber auch, einen nächsten Schritt zumindest gedanklich zu vollziehen: Die Verminderung der weniger qualifizierten Teile der Bevölkerung wäre ein standortpolitisch wünschenswertes Ziel. Dieses kann auch über Abwanderung weniger qualifizierter, weniger für den Standortwettbewerb geeigneter Bevölkerungsteile realisiert werden. Dieser in der Konsequenz neoliberaler Politik liegende Denkschritt führt aber zu politisch höchst gefährlichen Konsequenzen: gezielte Auswanderungspolitik als Versuch, Anreize zu schaffen für weniger qualifizierte Bevölkerungsteile, das Land zu verlassen. Wenn hier zudem von Anreizen zu verschiedenen Formen der Anweisung übergegangen werden sollte, sind wir bei Maßnahmen wie der französischen Ausweisung von Roma – und Schlimmerem. Bisher hat die deutsche Politik nur eine positiv-selektive Zuwanderungspolitik präferiert, aber die Frage der Zusammensetzung der Bevölkerung wird unter Standortgesichtspunkten immer mehr auch zu einem Diskussionsgegenstand, bei dem die weniger für internationale Wettbewerbsfähigkeit einsetzbaren Personen problematisiert werden. Damit ist ein *Einstieg in eine*

negativ-selektive Bevölkerungspolitik auf der Ebene öffentlicher Kommunikation erreicht.

Diese muss sich aber nicht auf die gerade genannte Politik gezielter Auswanderungsanreize konzentrieren. Man kann auch jenseits der Ein- und Auswanderungssteuerung – und das ist der zentrale Gedanke von Thilo Sarrazin (2010) – gezielte Bevölkerungspolitik im Inneren betreiben – durch Veränderung der Geburtenhäufigkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen. Diese Sarrazinsche Konzeption beruht auf zwei Elementen: auf einem radikalisierten Neoliberalismus, der die Bevölkerungsgruppengrößen in ihrer ökonomischen Nützlichkeit vergleicht und dabei die hoch qualifizierten Techniker und Ingenieure als die ökonomisch ausschlaggebende Gruppe identifiziert, weil sie allein die technischen Innovationen und das Wachstum garantieren und die Möglichkeit, auf dem Weltmarkt zu reüssieren. Auf der Basis dieser rein technisch ausgerichteten Innovations- und Wachstumsvorstellung wird das Intelligenz- und Bildungspotential der Gesamtbevölkerung eines Landes bewertet. Sinkt die durchschnittliche Intelligenz, so dieser Teil der Argumentation, sinkt auch die Chance, eine technische Elite im erforderlichen Umfang und in der erforderlichen Qualität zu schaffen, die die Weltmarktstellung Deutschlands sichert. Die Bildung zu stützen und jene Teile der Bevölkerung zu unterstützen, die Bildungsanstrengungen unternehmen, kann auf diesem Wege hergeleitet werden. (...) Sarrazins Konzeption ist mit seiner Zuwendung zu bestimmten Bevölkerungsgruppen und zur selektiven Geburtenpolitik aber immer schon jenseits dieses allgemein bildungszentrierten Denkens anzusiedeln, da für ihn allgemeine Bildungsförderung und verbesserte Bildungspolitik nicht genügen. (...)

Der Übergang von einer Bildungspolitik, die im Rahmen des üblichen Standortutilitarismus verbleibt, zur selektiven Bevölke-

rungspolitik von Sarrazin beruht auf einem zweiten Element, der Unterstellung abgrenzbarer Bevölkerungsgruppen mit bestimmten Intelligenzpools, die in Sarrazins Sicht überwiegend genetisch bedingt sind und vererbt werden. Jenseits der Zuwanderungspolitik (die Sarrazin im Kern restriktiv anlegen will) muss sich staatliche „Personalpolitik“ daher auf *Geburtenpolitik* konzentrieren. Bildungspolitik ist nachgelagert gegenüber der Frage, welche Bevölkerungsgruppen für die nächste Generation welche Intelligenzpools in welchem Umfange vererben. Die Menge und Qualität der weltmarktrelevanten zukünftigen Arbeitskräfte hängt bei ihm direkt ab von den Geburtenrelationen zwischen bildungsfernen Schichten, die bei starker Fortpflanzung den Intelligenzdurchschnitt des Landes senken, und bildungsnahen Schichten, deren Geburtenrate aktuell sehr niedrig liegt. Mehr Babys aus bildungsnahen Schichten stärken den Hochqualifizierten-Pool, Babys aus bildungsferneren Schichten verschlechtern ihn. An diesem Punkt der Argumentation ist man bei einem *eugenischen Neoliberalismus* gelandet, der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im internationalen Wettbewerb durch eine Kombination positiver (Förderung der Geburtenrate bei bildungsnahen Schichten – unter anderem durch eine Einmalprämie von 50.000 Euro für Akademikerinnen, die vor ihrem 30. Lebensjahr ein Kind bekommen, Sarrazin 2010: 389) und negativer (Senkung der Geburtenrate bei bildungsfernen Schichten) Bevölkerungspolitik steigern will. Voraussetzung für den Übergang von der allgemeinen neoliberalen (und sehr breit vertretenen) Forderung nach mehr Bildung, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu verbessern, zum Sarrazinschen eugenischen Neoliberalismus ist die Unterstellung von Gruppenintelligenzen und deren Vererbbarkeit. Die individuelle Bildungsförderung steht dann nicht mehr im Mittelpunkt, sondern die Geburtenraten bestimmter Bevölkerungsgruppen. Der Standortutilitarismus als herrschende Vari-

ante des Neoliberalismus kippt damit aber um in eine stärker darwinistisch geprägte Konzeption, wobei darwinistisch hier heißen soll, dass Vererbung und Prozesse der „natürlichen“ bzw. kulturellen „Selektion“ nun als Wettbewerbsfaktoren in den Vordergrund treten. (...)

Der eugenische Neoliberalismus macht (...) noch nicht den Kern der Sarrazinschen Argumentation aus. Bei Sarrazin findet nicht nur eine Radikalisierung des Neoliberalismus, sondern auch seine ethisch-nationalistische Überschreitung statt. Dieser Argumentations-schritt beginnt dort, wo Bevölkerungsgruppen nicht nur nach differierenden Graden der Bildungsstärke und Bildungsschwäche unterschieden werden, sondern nach nationaler Herkunft. Manche Aussagen bei Sarrazin benutzen zwar nur die Unterscheidung bildungsnah – bildungsfern. Die Kernaussagen des Buches, die mit dieser Unterscheidung durchgängig und explizit verbunden werden, sind Aussagen zu vererblichen Intelligenzpools von *ethnischen* Gruppen. Hier wird auf der einen Seite die „autochthone Bevölkerung“ Deutschlands genannt, auf der anderen Seite die in Deutschland geborenen Kinder mit national differierenden Migrationshintergründen. Und die grob nach nationalstaatlichen Kriterien oder Regionen bezeichneten Gruppierungen (Türken, Araber, Afrikaner) werden noch einmal gebündelt durch religiös-kulturelle Gruppenbildung, vor allem nach der Unterscheidung in Christen hier – Moslems auf der anderen Seite. Am Ende dieses Argumentationsgangs steht die Verbindung von türkisch-arabisch-moslemisch als bildungsschwach und damit wettbewerbsschädigend. Durch die Vererbungsthese wird der Effekt der Verbesserungsfähigkeit des Intelligenzpools – auch wenn kulturelle Faktoren, die in dieser Richtung wirken, zugestanden werden – als eher gering eingeschätzt, was das Gegenüber der bildungsschwachen Moslems und der bildungsnahen autochthonen Deutschen auf Dauer stellt.

Ethnisch-nationalistisch ist diese Argumentation, da die Frage der Staatsbürgerschaft und der politischen Integration keine Rolle spielt. Die Einbürgerung macht für Sarrazin aus hier geborenen Menschen der zweiten und auch der dritten Generation, deren Eltern bzw. Großeltern aus der Türkei stammen, keine Deutschen. Es gibt bei Sarrazin schlicht keine Möglichkeit, Deutscher zu werden. Nur wer abstammungsmäßig Deutscher ist, kann Deutsche zeugen. Ein „Aufstieg ins Deutschein“ ist nicht möglich. Daher die Betonung des Begriffs „autochthon“. Türken bleiben bei Sarrazin auch in 90 Jahren noch Türken, Deutsche Deutsche. Integration kann von diesem Ansatz aus gar nicht gedacht werden. Die Zuwanderer sind in diesem Denken immer die Fremden und sie bleiben es ewig. Folglich kommt es für Sarrazin nur darauf an, wie sich die Mengenrelationen zwischen diesen beiden Gruppen entwickeln. Werden die Deutschen mengenmäßig „gewinnen“, dann sind auch die Bildungsqualität und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gesichert. Nimmt dagegen der Anteil der bildungsschwachen Moslems zu, schafft sich Deutschland durch das Schwinden und Verschwinden der Deutschen ab, aber auch durch den Niedergang von Bildung und Wirtschaftskraft. Die Moslems sind damit der kulturelle und ökonomische Tod der Deutschen, das ist die Kernargumentation von Thilo Sarrazin – eine offen ethnisch-nationalistische Position. Diese wird besonders gut kenntlich im Schlusskapitel von Sarrazins Buch, in dem er ein Negativszenario der Selbstabschaffung Deutschlands einem positiven Entwicklungsszenario mit Zuzugsbeschränkung, Überwachung der Außengrenzen, Geburtenanstieg (besonders bei Frauen mit mittlerem und höherem Bildungsstand), Ganztagsbildungseinrichtungen, Sanktionen gegen Bildungsverweigerer, Sprachstandardtests, Schuluniformen, Kopftuchverbot und sinkenden Einwohnerzahlen in Migrantenvierteln gegenüberstellt (Sarrazin 2010: 404 - 407). (...)

Warum schlägt aber eine gemäßigt nationale Orientierung des Standortdenkens um in einen ethnischen Nationalismus mit Befürwortung einer selektiven Bevölkerungspolitik? Zwei Faktoren sind in den bisherigen Ausführungen dafür verantwortlich gemacht worden: die Argumentationsnot des bisher dominanten neoliberalen Denkmodells und die mindestens subjektiv empfundene Verschärfung der ökonomischen Wettbewerbssituation. Zudem scheint dem Gesellschafts- und Politikmodell des Neoliberalismus die Unterstützung auszugehen, es steht weitaus stärker unter Druck, auch wenn es sich nach dem Ausbruch der Finanzmarktkrise wieder reetablieren konnte. Aber die Dominanz, die unbeeinträchtigte Hegemonie ist verloren gegangen. (...)

Wege zu einem neuen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit

Wie kann ein modernes Gerechtigkeitsverständnis in der Öffentlichkeit erfolgreich etabliert werden, das sich neoliberaler Ideologiebildung entzieht, es zugleich aber auch vermeidet, nur auf ältere Konzepte der Verteilungsgerechtigkeit zurückzugreifen? Wie kann eine Gerechtigkeitskonzeption so entwickelt werden, dass sie auf die Folgeprobleme des Neoliberalismus ebenso eine Antwort zu geben weiß wie auf die antiegalitaristischen Rezepte der Postliberalen? (...)

- (1) Versuche, „soziale Gerechtigkeit“ als zentralen politischen Wertbegriff zu negieren oder durch terminologische Neuerungen und Differenzierungen in seinem politischen Stellenwert zu relativieren, werden auf absehbare Zeit keinen Erfolg haben. Der Begriff soziale Gerechtigkeit ist daher, will man sich dem Neoliberalismus entziehen, für programmatische Zwecke unbedingt beizubehalten. Angesichts der Schwierigkeiten, ihn genau zu bestimmen, ist die negative Aufgabe der Identifikation

„sozial ungerechter Zustände“ eher zu erfüllen als die positive Aufgabe der Einforderung sozialer Gerechtigkeit.

- (2) Die Achillesferse des Neoliberalismus ist die Negierung der Leistungsgerechtigkeit. Der Markt, wie immer staatlich reguliert oder dereguliert, erweist sich nur als legitim, wenn er Leistungsgerechtigkeit sicherstellt. Weit mehr als Verteilungsgerechtigkeit bestimmt Leistungsgerechtigkeit aber das, was man allgemein für gerecht hält. Die Legitimierung von Ungleichheiten kann jenseits prinzipiell antiegalitaristischer Positionen nur gelingen mit einem geschärften Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Der Markt verliert seine innere Berechtigung, wenn er auf eine Begründung seines Prozessierens letztlich verzichtet und jedes beliebige Resultat unter jeden beliebigen Bedingungen als legitim ansehen lässt. Eine solche neoliberale *Marktgerechtigkeit* kann von Seiten der *Verteilungsgerechtigkeit* aber auch der *Leistungsgerechtigkeit* angegriffen werden. Eine zentrale Aufgabe in der Abkehr von neoliberalen Denkfiguren bestände darin, die Begriffe von Leistung und Leistungsgerechtigkeit zu aktivieren. Von jeder gesellschaftlichen Einrichtung ist zu verlangen, dass sie sich dem Maßstab der Leistungsgerechtigkeit unterzieht, was – unter den gegebenen Bedingungen einer „Erfolgsökonomie“ – die Kritik marktlicher Vorgänge fast zwingend nach sich zieht. Leistungsgerechtigkeit ist gegen bloßen Erfolg, gegen Markt(un)gerechtigkeit einzufordern.
- (3) Soll Leistungsgerechtigkeit diese Funktion übernehmen, ist sie in ihrer komplexen Gesamtheit näher zu bestimmen. Leistungsgerechtigkeit besteht aus mindestens vier Komponenten: der Leistungsbereitschaft, der individuellen

Reformbereit?



Reformen des Sozialstaates in Deutschland

Reformbereitschaft und Reformakzeptanz der Bürger

Herausgegeben von Eva-Maria Trüdinger und Oscar W. Gabriel

2013, 236 S., brosch., 44,- €

ISBN 978-3-8329-7860-0

(Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Bd. 25)

www.nomos-shop.de/19745

Der Band untersucht die Akzeptanz von Reformen der letzten Jahre in der Gesundheits-, Renten- und Familienpolitik in Deutschland. Er stellt dar, welche Reformoptionen die Bevölkerung unterstützte und auf welche Faktoren diese Einstellungen zurückgehen. Dabei wird insbesondere die Rolle von Wertvorstellungen und Ideologien, Interessen und politischem Vertrauen beleuchtet.



Nomos

Leistungsfähigkeit, den gesellschaftlichen Möglichkeiten, seine Leistungsfähigkeit zeigen zu können, und der Bereitschaft, gemäß seiner Leistungsfähigkeit zum öffentlichen Wohl beizutragen. Leistungsbereitschaft ist dabei auch in Steuerfragen einzufordern.

- (4) Antiegalitaristische Konzepte, wie sie im Post-Liberalismus entwickelt werden, sind mit keiner Konzeption sozialer Gerechtigkeit verträglich. Es muss daher betont werden, dass Gerechtigkeit auf der wechselseitigen Anerkennung aller Menschen als Gleiche und Freie beruht und jedes gruppenpartikularistische Denken grundlegende Gerechtigkeitsanforderungen verfehlt. Die post-liberale Nachfolge-Publizistik ist genau in diesem Punkt wesentlich gefährlicher als ein genuiner Neoliberalismus, der die Gleichheit zumindest als rechtliche Gleichheit nicht in Frage stellt. (...)

Voraussetzung für eine jede Politik sozialer Gerechtigkeit ist die Betrachtung des Anderen als Teil derselben Gemeinschaft, als Teil einer Gruppe, einer politischen Einheit oder einer Staatsnation. Im Einklang mit der politisch-philosophischen Gerechtigkeits-theorie (Rawls 1975, 2003) soll hier von Kooperationsgemeinschaft gesprochen werden. Wird diese grundlegende Gemeinsamkeit aufgekündigt, dann ist Gerechtigkeit kein angemessenes Kriterium zur Bewertung der sozialen Beziehung. (...)

Integration

Mit den Begriffen von „Teilhabe“ und „Inklusion“ sind Termini ins Zentrum der Gerechtigkeitsdebatte gerückt, die die Einbeziehung in die gesellschaftlichen Funktionssysteme betonen. Man hätte vor dem Hintergrund der soziologischen Tradition durchaus erwarten können, dass nicht nur „Inklusion“ sondern auch „Integration“ zu einem der

Zentralbegriffe der neueren Gerechtigkeitsdiskussion wird. „Integration“ könnte den Zustand gelungener Inklusion und qualitativ angemessener Teilhabe bei An- und Übernahme der wesentlichen Normvorstellungen bezeichnen, die das Funktionieren der gesellschaftlichen Subsysteme regieren. Der Integrationsbegriff ist aber nicht an prominenter Stelle in die Gerechtigkeitsdebatte eingeführt worden – „Integration“ und „Gerechtigkeit“ sind begrifflich noch nicht zusammengeführt worden. Das ist dadurch bedingt, dass „Integration“ als Begriff ganz auf die Debatte um Migration, Islam, Multikulturalismus, Bildung, deutsche Sprache, Staatsangehörigkeitsrecht etc. festgelegt ist. So wäre näher darüber nachzudenken, ob Integration und Integrationsbereitschaft nicht auch als allgemeine gerechtigkeitsorientierte Begriffe in der politischen Debatte fungieren können. Dazu müsste es aber gelingen, die ausschließliche Konzentration auf ein Politikfeld zu sprengen.

Ein Ansatz könnte darin bestehen, Leistungs- und Integrationsbereitschaft als Begriffe zu parallelisieren und zugleich anders, weniger einseitig zu verstehen als heute. Was in der Gerechtigkeitsdebatte die Leistungsbereitschaft ausmacht, könnte in der Integrationsdebatte die Integrationsbereitschaft leisten. Beiden Begriffen muss aber eine größere Beidseitigkeit zugeordnet werden als dies bisher der Fall ist, womit eine nicht unkomplizierte Aufgabe angesprochen ist. Auf Seiten der Leistungsbereitschaft geht es nicht nur um den Willen, überhaupt etwas zu leisten, sondern auch darum, sich an Gemeinschaftsaufgaben gemäß der eigenen Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Leistungsbereitschaft bedeutet, seine Leistung einzubringen gemäß den eigenen Möglichkeiten und Fähigkeiten. Ebenso auf Seiten der Integrationsbereitschaft. Sie bezeichnet nicht allein die Motivation, sich im Wohnland an Sprache, Kultur und soziale Abläufe anzupassen, es geht auch um die Bereitschaft zur

Annäherung an Andere gemäß der eigenen Integrationsfähigkeit. Die Leistungsfähigkeit in finanziellen Fragen ist bei den Gutverdienenden ausgeprägter als bei anderen Einkommensgruppen, die Integrationsfähigkeit ist bei jenen mit geringen Einkommen und prekären Jobs schon wegen der ökonomischen Konkurrenz geringer als bei der wohl situierten Mittelschicht. Doch bisher ist die Situation so, dass die Lasten der Integration sich in jenen Stadtteilen und jenen gesellschaftlichen Feldern konzentrieren, in denen die Personen mit Niedrigeinkommen vorrangig leben und wohnen. Man betreibt Integration in Deutschland bisher als *Integration in einer Klasse* – der Unterschicht, während sich die Mittelschicht von Integrationsaufgaben auch durch Schulwahl und Wohnort zu entlasten sucht. Ebenso in der Steuerfrage: Auch da ist eine Flucht aus dem Prinzip der gerechten Besteuerung als Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zu erkennen. Nicht nur als explizite Steuerflucht, auch auf legalem Wege oder über den Einsatz der Legislative wird versucht, bestimmte Einkommensbestandteile steuerlich anders zu stellen als insbesondere Lohneinkommen. Auch hier fehlt es an Integrationsbereitschaft, finanzielle Integration in das Gemeinwesen, von dessen (mindestens infrastrukturellen) Leistungen man täglich profitiert.

Soziale Gerechtigkeit kann aber nur auf der Gegenseitigkeit in Leistungs- und Integrationsbereitschaft beruhen und das schließt die Bereitschaft zur Teilhabe gemäß Leistungs- und Integrationsfähigkeit mit ein. Derartige Reziprozitäten werden aber in der üblichen Deutung von Leistungsgerechtigkeit und Integration nicht mitgedacht. Leistungsgerechtigkeit erscheint allein als Kombination aus Leistungswillen und Belohnung gemäß Leistungsunterschieden, wird also ausschließlich individualistisch interpretiert. Dass kollektive Aufgaben umgekehrt die Kombination aus Leistungsmotivation und Beteiligung gemäß Leistungsfähigkeit ver-

langen, erscheint als fernstehender Gedanke, obwohl genau diese Konstruktion die Rechtsprechung zum deutschen Steuerrecht im Bundesverfassungsgericht seit langem bestimmt – und mithin vertraut sein könnte.

Je mehr Integration umfassend als soziale Integration verstanden wird und je stärker man die Wechselseitigkeit von Bereitschaften und Fähigkeiten herausstellt, desto eher kann Integration auch ein gerechtigkeitspolitischer Grundbegriff werden. Er betont die Zusammenführung zu einer funktionierenden Kooperationsgemeinschaft, ohne diese direkt zu benennen, wobei impliziert ein eher nationalstaatliches Verständnis vorherrschend sein dürfte. ■

⇒ Dr. Frank Nullmeier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen und Leiter der Abteilung „Theorie und Verfassung des Wohlfahrtsstaates“ des Zentrums für Sozialpolitik.

Der Text ist die gekürzte Fassung der FES-Publikation *Kritik neoliberaler Menschen und Gesellschaftsbilder und Konsequenzen für ein neues Verständnis von „sozialer Gerechtigkeit“*.

Zur Funktion von Migration und rassistischer Ausgrenzung am Arbeitsmarkt

von Patrick Schreiner

Anlässlich der seit Januar gültigen EU-Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Menschen aus Rumänien und Bulgarien ist eine Debatte um das Ausmaß und die Folgen verstärkter Einwanderung aus diesen Ländern entbrannt. Der nachfolgende Beitrag versucht, diese Diskussion in einen breiteren Kontext einzuordnen. Dabei geht er von der grundlegenden Annahme aus, dass es nicht genügt, alleine populistische Ressentiments und Vorurteile zu widerlegen; notwendig ist vielmehr, die Bedeutung von Migration und Rassismus für die Struktur kapitalistischer Arbeitsmärkte zu erfassen.

„Zuwanderungsdebatte“

Es gibt einen Topos, der sich wie ein roter Faden durch die aktuelle wie auch durch frühere Einwanderungsdebatten zieht: Jenen des „nützlichen“ und des „nutzlosen“ Migranten bzw. der „nützlichen“ und der „nutzlosen“ Migrantin. Vermutlich hat niemand diese Haltung plastischer auf den Punkt gebracht als im Jahr 2000 der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein: „Wir wollen nicht, dass mehr Menschen ins Land kommen, sondern wir fordern ein spürbares Umsteuern, damit weniger kommen, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen“ (Schmalz 2000).

Wenn heute die CSU mit ihrem Spruch „Wer betrügt, der fliegt“ Stimmung machen möchte, so legt sie hierbei diese Unterscheidung von nützlichen und nutzlosen – hier: nutzlosen, weil betrügerischen – Immigrant/inn/en zu Grunde. Und wenn Kritiker/innen zu Recht darauf verweisen, dass die Unterstellung des Sozialbetrugs keine empirische Grundlage hat, so akzeptieren sie damit still-

schweigend doch zumindest „Nützlichkeit“ als Kriterium zur Bewertung von Migrant/inn/en und Migration. Dies gilt etwa auch, wenn immer wieder auf Studien verwiesen wird, die nachweisen, dass nicht Sozialleistungen, sondern Arbeit das entscheidende Motiv für Migrationsentscheidungen darstellt – es sich also aktuell um Arbeitszuwanderung handelt, von der Deutschland profitieren könne (etwa Brücker et al. 2013; Sachverständigenrat 2013).

Eine solche Argumentation ist wohlge-meint, doch geht sie am Kern des Problems vorbei, wenn sie nicht sogar kontraproduktiv ist. Gerade weil es sich um Arbeitsmigration handelt, und gerade weil die Nützlichkeit der Migrant/inn/en am Arbeitsmarkt offenbar unwidersprochen als das entscheidende Kriterium angesehen wird, wäre sehr viel weitergehend nach der Bedeutung von Migration für Arbeitsmärkte und nach der ökonomischen Rolle von Migrant/inn/en zu fragen. In diese Richtung zu denken, erscheint nicht zuletzt angesichts des Umstands angebracht, dass (auch) migrantische Arbeit und der Bezug von Sozialleistungen sehr oft miteinander einhergehen. So erhalten selbst qualifizierte Migrant/inn/en, die nach Deutschland kommen, im Regelfall zunächst nur äußerst prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit geringen Löhnen und unsteten Arbeitszeiten; nicht selten weit unterhalb der eigenen Qualifikation. Um zu überleben, sind sie gezwungen, ihr Gehalt mit Hartz IV oder Kindergeld aufzustocken. Und wenn sie das Glück haben, im erlernten Beruf tätig zu sein, so erhalten sie dafür im Durchschnitt ein schlechteres Gehalt als Nichtmigrant/inn/en. All dies gilt keineswegs nur für Menschen aus Rumänien und Bulgarien, sondern etwa

auch für die allenthalben gefeierten „Fachkräfte“ aus Spanien (Espuig 2014).

Hierarchien...

Die eben beschriebene Unterscheidung von „nützlichen“ und „nutzlosen“ Migrant/inn/en setzt logisch eine Vorstellung von etwas voraus, dem ein Nutzen aus der Migration zugute kommt (oder eben nicht zugute kommt). Dieses „Etwas“ ist der moderne Nationalstaat; als spezifische, unwidersprochene und abstrakte Form eines Kollektivs prägt er unser Verständnis von Migration grundlegend. So impliziert „Migration“ notwendig das Überschreiten von physischen nationalstaatlichen Grenzen (wohl ist bisweilen von „Binnenmigration“ die Rede, eben diese Spezifizierung zeigt aber, dass Migration üblicherweise nicht binnenstaatliche Mobilität meint.) Es ist dieser Moment des Grenzübertritts, ab dem Menschen Migrant/inn/en sind und ab dem sie hinsichtlich ihrer „Nützlichkeit“ durch die und für die Ziel-Gesellschaft bewertet werden. Die eindeutige Zuordnung von Menschen zu Nationalstaaten ist Voraussetzung hierfür.

Diese Zuordnung ist historisch, wie der moderne Nationalstaat überhaupt, ein vergleichsweise junges Phänomen; von Vorformen absehend, lässt sich beider Entstehung im Wesentlichen auf das 18. und das 19. Jahrhundert datieren. Die soziale Konstruktion von „Rassen“ und von „Nationen“, letztere mit dem Anspruch auf staatliche Institutionalisierung, gingen Hand in Hand (Balibar/Wallerstein 1992). Beide sind Ergebnis komplexer intendierter wie auch nicht-intendierter sozialer Entwicklungen. Für den Glauben, einer gemeinsamen Nation anzugehören, spielten und spielen auf der einen Seite äußerlich erkennbare individuelle Eigenschaften wie Sprache und Körper eine entscheidende Rolle; ergänzt wurden sie auf der anderen Seite durch (vermeintlich gemeinsame) kulturelle Artefakte wie Grün-

dungsmythen, Literatur, Musik oder Kleidung sowie durch einen Anspruch auf ein mehr oder weniger klar abgegrenztes Territorium (Miles 1991; Balibar/Wallerstein 1992; Anderson 2006). Die individuelle Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat wird formal durch die Zuschreibung von Staatsbürgerschaft bestimmt (Balibar 1993; Brubaker 2000).

Diese Konstruktion von Nation und Nationalstaat ermöglicht vielfältig abgestufte Formen der sozialen Zugehörigkeit (Schreiner 2013) – wobei eine geringer ausgeprägte Zugehörigkeit im Regelfall mit größerer Prekarität des individuellen Daseins und der Arbeit einhergeht. Dabei stellt die eben erwähnte „Staatsbürgerschaft“ den stärksten *institutionellen* Ausgrenzungs-Mechanismus dar: Sie entscheidet über eine ganze Reihe individueller Rechte ebenso wie über die Reichweite der (legalen) Partizipation an Staat, Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Während in Deutschland deutsche Staatsbürger/innen die weitest gehenden Teilhabemöglichkeiten haben, sind die für EU-Ausländer/innen schon begrenzter; vor 2014 waren die von rumänischen und bulgarischen Staatsbürger/innen nochmals geringer. Die geringsten Möglichkeiten der Partizipation haben Drittstaatsangehörige, wobei hier mittels vielfältiger Visa-Regelungen nochmals variiert wird. Einen weiteren differenzierenden Mechanismus bildet der rechtliche Aufenthaltsstatus; auch er gewährt bzw. verwehrt Teilhabe an Gesellschaft und Arbeitsmarkt in unterschiedlichem Maße und in unterschiedlicher Qualität – etwa für geduldete oder anerkannte Flüchtlinge, für so genannte „Illegale“, für Saisonarbeitskräfte oder Fachkräfte. Aus dieser Perspektive erfüllt das Abschotten von Grenzen keineswegs nur den Zweck, Menschen von der Einreise abzuhalten, sondern auch, ein gewisses Kontingent an „illegal“ Eingereisten zu schaffen (Kasperek/Tsianos 2013), deren Erpressbarkeit und Verletzlichkeit kaum mehr zu übertreffen ist.

Hinzu kommen *gesellschaftliche* Ausgrenzungs-Mechanismen. So haben beispielsweise keineswegs alle Menschen mit einheimischer (hier: deutscher) Staatsangehörigkeit identische Positionen, vielmehr werden sie weiter differenziert durch die vielfältige Benachteiligung bestimmter „ethnischer“ Bevölkerungsgruppen – etwa der Türkestämmigen und der „SpätaussiedlerInnen“ in Deutschland oder der Roma in Rumänien. Ressentiments und Diskriminierung im Alltag differenzieren individuelle Positionen im Sozialgefüge zusätzlich weiter aus; dabei werden sie durch weitere Ausgrenzungs-Mechanismen ergänzt, basierend etwa auf Geschlecht, Alter, Habitus, Beruf, Bildung, Einkommen, Vermögen...

Institutionelle und gesellschaftliche Ausgrenzungs-Mechanismen, allesamt auf das

Individuum und seine vermeintlichen psychischen, körperlichen sowie kulturellen Eigenschaften bezogen, schaffen auf diese Weise eine äußerst komplexe und differenzierte soziale Hierarchie mit unterschiedlichen Möglichkeiten, Reichweiten und Qualitäten der Partizipation an Politik, Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Angesichts des Umstands, dass dafür letztlich nationale und „ethnische“ Kriterien wesentliche Grundlagen und Legitimation bilden, kann diese Hierarchie mit einigem Recht als rassistisch bezeichnet werden. Rassismus ist damit immer zugleich Ideologie und soziale Realität (Morgenstern 2005).

... und Arbeitsmärkte

Mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Positionen gehen auf den Arbeitsmärkten unterschiedliche Grade der sozialen Anerkennung, der Prekarisierung und der Erpressbarkeit einher. Auf diese Weise bleiben Arbeitskräfte für verschiedenste Zwecke, Budgets und Anforderungen verfügbar (Friedrich/Pierdicca 2014) – der indische Manager ebenso wie der rumänische Werkvertrags-Schweinezerleger, die spanische Ingenieurin ebenso wie die „illegale“ russische Prostituierte, der chinesische Architekt ebenso wie die peruanische häusliche Pflegekraft. Was migrantischen Beschäftigten – in je unterschiedlichem Ausmaß – als rassistische Ausgrenzung entgegentritt, ermöglicht den Käufern ihrer Arbeitskraft einen kostengünstigen und flexiblen Einsatz derselben. Und je weiter unten in der gesellschaftlichen Hierarchie sich der/die Beschäftigte dabei befindet, desto kostengünstiger und flexibler ist seine/ihre Arbeitskraft im Regelfall zu haben.

Diese Struktur von Arbeitsmärkten ist keineswegs fix, sie unterliegt vielmehr beständigem Wandel. Dabei wirken in ihrem *Inneren* zugleich *konservierende* und *verändernde* Tendenzen (zu denen analog Einflüsse von *außen* treten, etwa Kriege, Naturkatastro-

Der Autor hat jüngst zwei Sammelbände zum Thema dieses Artikels mitherausgegeben:

Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.):

Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa.

Münster: edition assemblage;

sowie

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa.

Köln: PapyRossa.



phen, Wirtschaftskrisen oder Entwicklungen des nationalen oder internationalen Rechts, um die es hier aber nicht gehen soll). Diese gegenläufigen Tendenzen heben sich keineswegs gegenseitig auf, sondern gewährleisten (mindestens) zweierlei: Erstens die dynamische Anpassung der Arbeitsmärkte an vermeintliche oder tatsächliche Bedürfnisse der Käufer von Arbeitskraft und zweitens den Erhalt des Ensembles von rassistischer sozialer Hierarchie und Arbeitsmärkten.

Sechs von vielen Beispielen dafür seien genannt:

- (1) Dynamik entsteht zunächst schlicht durch die Migration selbst; sie ist Grundvoraussetzung für die gesamten hier beschriebenen Mechanismen. Sie ist einerseits nie vollständig kontrollierbar, unterliegt aber andererseits beständigen politischen Bemühungen, arbeitsmarktlichen und sonstigen Erwartungen angepasst zu werden.
- (2) So können Abstiegsängste oder Prekarisierungsprozesse rassistische Einstellungen befördern. Dies kann zu einem restriktiveren politischen Umgang mit Migrant/inn/en führen – mit der Konsequenz etwa einer stärkeren Abschottung von Arbeitsmärkten und/oder Staatsgrenzen. Es kann zudem dazu führen, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Aufstiegschancen für Migrant/inn/en verschlechtern, weil deren Benachteiligung und Diskriminierung in Bildungseinrichtungen und Betrieben zunimmt.
- (3) Der politische Glaube, mit einem „Fachkräftemangel“ oder mit zunehmender Alterung der Bevölkerung konfrontiert zu sein, kann Entwicklungen auslösen, die den in Punkt 2 genannten Prozessen entgegenlaufen.
- (4) Selbst – oder gerade? – der neoliberale Vordenker Hayek musste einräumen, dass Leistungsgerechtigkeit nicht mehr als eine notwendige marktwirtschaftliche Illusion ist (Hayek 1981). Gleichwohl muss sich Marktwirtschaft stets dadurch legitimieren, dass „es“ jede/r „schaffen“ könne, also Aufstiegschancen für alle bestehen. Aus eben diesem Grund muss es notwendig eine gewisse, aber begrenzte Zahl – auch migrantischer – sozialer Aufsteiger/innen geben. Gerade die Biografien erfolgreicher Migrant/inn/en spielen daher in medialen und politischen Diskursen eine wichtige, legitimierende Rolle, zeigen sie doch angeblich, dass „sich Leistung lohnt“ (Friedrich/Haupt 2012).
- (5) Die Realität für sehr viele Migrant/inn/en sieht allerdings anders aus. Für sie führen auch große Anstrengungen nicht zu gesellschaftlicher und arbeitsmarktlicher Anerkennung. Die Erfahrung von rassistischer Ausgrenzung, insbesondere über mehrere Generationen hinweg, kann zu „verinnerlichter Prekarität“, zu Resignation sowie Verzicht auf Aufstieg und Bildung führen – bis hin zur Delinquenz (Reiners 2010). Dies sind individuell rationale Entscheidungen, die gesamtgesellschaftlich konservierend wirken.
- (6) Dynamik erhält die soziale Hierarchie nicht zuletzt durch die Regulierung und Deregulierung von Arbeitsmärkten schlechthin. Dabei sind es gerade Migrant/inn/en, die überdurchschnittlich häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen landen und denen Maßnahmen der Re-Regulierung nur in unterdurchschnittlichem Maße zugute kommen. So werden in Deutschland seit einigen Jahren zunehmend mobile Beschäftigte aus Osteuropa im Rahmen des ansteigenden Missbrauchs von

Werkverträgen ausgebeutet (Brümmer/ Empen/Lüers 2014); im Süden Spaniens und Italiens bildet die Ausbeutung afrikanischer Wanderarbeiter in der Landwirtschaft die Grundlage für Europas Versorgung mit Obst und Gemüse.

Schlussbetrachtung

Institutionelle und gesellschaftliche Mechanismen der Ausgrenzung führen, wie beschrieben, zu einer sozialen Hierarchie, die in ständiger Bewegung ist und bleibt. Letztlich changiert sie zwischen mehr oder weniger Flexibilität, höherer oder geringerer Teilhabe, mehr oder weniger Menschlichkeit; sie changiert zwischen den Polen Offenheit und Geschlossenheit und ist geprägt zugleich von rassistischen und gegenrassistischen Ethiken. Auch die aktuellen Diskussionen um die Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Rumänien und Bulgarien sind nur vor diesem Hintergrund zu verstehen. Das sollte Zweifel wecken, ob „Nützlichkeit“ wirklich das richtige Argument ist, um populistischer Stimmungsmache und entsprechenden Ressentiments zu begegnen. ■

Quellenangaben

- Anderson, Benedict (2006): *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. 2. Auflage. London/ New York.
- Balibar, Etienne (1993): *Die Grenzen der Demokratie*. Hamburg.
- Balibar, Etienne/ Wallerstein, Immanuel (1992): *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*. 2. Auflage. Hamburg.
- Brubaker, Rogers (2000): *Staatsbürgerschaft als soziale Schließung*. In: Holz, Klaus (Hg.): *Staatsbürgerschaft. Soziale Differenzierung und politische Inklusion*. Wiesbaden.
- Brücker, Herbert et al. (2013): *Arbeitsmigration oder Armutsmigration? IAB-Kurzbericht 16 (2013)*.
- Brümmer, Matthias/ Empen, Jochen/ Lüers, Gero (2014): *Grenzüberschreitende Ausbeutung im EU-Binnenmarkt. Ein Gespräch zur Lebens- und Arbeitssituation mobiler Beschäftigter in Deutschland*. In: Tölle, Hartmut/ Schreiner, Patrick (Hg.): *Migration und Arbeit in Europa*. Köln.
- Espuig, Fabià (2014): *Einwanderung aus Spanien nach Deutschland. Mythen und Realitäten*. In: Tölle, Hartmut/ Schreiner, Patrick (Hg.): *Migration und Arbeit in Europa*. Köln.

- Friedrich, Sebastian/ Haupt, Selma (2012): *Die Leistung der Leistung. Wie „Leistungsgerechtigkeit“ Rassismus verdeckt*. <http://www.annotazioni.de/post/416>, 17.4.12 (Zugriff: 27.1.14).
- Friedrich, Sebastian/ Pierdicca, Marika (2014): *Migration und Verwertung. Rassismus als Instrument zur Segmentierung des Arbeitsmarktes*. In: Tölle, Hartmut/ Schreiner, Patrick (Hg.): *Migration und Arbeit in Europa*. Köln.
- Hayek, Friedrich August von (1981): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*. Band 2. Landsberg.
- Kasperek, Bernd/ Tsianos, Vassilis S. (2013): *Out ofcontrol? Schengen und die Krise*. In: Friedrich, Sebastian/ Schreiner, Patrick (Hg.): *Nation - Ausgrenzung - Krise. Kritische Perspektiven auf Europa*. Münster.
- Miles, Robert (1991): *Rassismus. Einführung in Geschichte und Theorie eines Begriffs*. Hamburg.
- Morgenstern, Christine (2005): *Rassismus im Neoliberalismus*. In: Kaindl, Christina (Hg.): *Kritische Wissenschaften im Neoliberalismus. Eine Einführung in Wissenschafts-, Ideologie- und Gesellschaftskritik*. Marburg.
- Reiners, Diana (2010): *Verinnerlichte Prekarität. Jugendliche MigrantInnen am Rande der Arbeitsgesellschaft*. Konstanz.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013): *Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland*. Jahresgutachten 2013. Berlin.
- Schmalz, Peter (2000): *„Weniger, die uns ausnützen, und mehr, die uns nützen“*. Interview mit Günther Beckstein. <http://www.welt.de/print-welt/article52532/Weniger-die-uns-ausnuetzen-und-mehr-die-uns-nuetzen.html>, 10.7.00 (Zugriff: 13.9.13).
- Schreiner, Patrick (2013): *Die „Nation“ als neoliberale Existenzgemeinschaft. Gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen*. In: Friedrich, Sebastian/ Schreiner, Patrick (Hg.): *Nation - Ausgrenzung - Krise. Kritische Perspektiven auf Europa*. Münster.

☞ Patrick Schreiner ist Gewerkschafter und Publizist. In diesem Beitrag vertritt er seine persönliche Ansicht.

Integration braucht alle – Zuwanderung und Flüchtlingsschutz zusammendenken

von Susi Möbbeck



Foto: www.fotolia.com, © stockWERK

Als rund um den Jahreswechsel die Debatte über rumänische und bulgarische „Armutszuwanderung“ hoch kochte, ging mal wieder alles durcheinander. Am liebsten hätten Scharfmacher das Asylrecht verschärft oder zumindest das Aufenthaltsrecht. Zu dumm nur, dass weder das eine noch das andere greift, wenn es um Unionsbürgerinnen und -bürger geht, die vom Recht auf Freizügigkeit Gebrauch machen. Also vielleicht doch die Freizügigkeit aussetzen? Schließlich kamen Prüfaufträge heraus, welche Sozialleistungsansprüche bis zu welchem Zeitpunkt für Unionsbürgerinnen und -bürger beschränkt werden können. Dass das Thema von der CSU aus der Kiste geholt wurde, hängt sicher mit den bayerischen Kommunalwahlen und den Europawahlen zusammen. Darüber hinaus offenbart sich aber die Hilflosigkeit einer Politik, die in der Vergangenheit zur Steuerung von Zuwanderung nur ein Instrument kannte: die Verschärfung von Zugangsmöglichkeiten im Asyl- und Aufenthaltsrecht. Für rund ein Drittel der in Deutschland lebenden ausländischen

Staatsangehörigen und für zwei Drittel der neu Zuwandernden greifen diese Instrumente jedoch nicht mehr.

EU-Zuwanderung wächst

Deutschland ist längst Einwanderungsland geworden, inzwischen ziehen auch mehr Menschen nach Deutschland zu als fort. Im Jahr 2012 sind so viele Menschen nach Deutschland gekommen wie seit 1995 nicht mehr. Insgesamt waren es 1,08 Millionen. Nicht alle, die gekommen sind, sind auch geblieben. Trotzdem bleibt ein historisch hoher Wanderungsgewinn von 370.000 Personen. Damit hat sich die Zuwanderung bereits zu einem Faktor bei der Bewältigung des demografischen Wandels entwickelt. Rund 738.000 der Zugewanderten waren ausländische Staatsangehörige, knapp 60 Prozent davon Unionsbürgerinnen und -bürger.

Besonders stark nimmt damit aktuell die Zuwanderung aus der Europäischen Union zu.

Hauptherkunftsland mit weitem Abstand ist nach wie vor Polen: 177.000 polnische Staatsangehörige kamen nach Deutschland, 106.000 zogen wieder fort. Stark zugenommen hat die Zuwanderung aus den von der Finanz- und Schuldenkrise betroffenen Ländern: Aus Spanien kamen 45 Prozent mehr Zuwanderinnen und Zuwanderer nach Deutschland als im Jahr 2011 (+ 9.000), ebenso aus Griechenland (+ 10.000) und Portugal (+ 4.000). Auch aus Italien zogen 12.000 Personen und damit 40 Prozent mehr zu als im Vorjahr. Inzwischen sind von den in Deutschland lebenden 7,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländern rund 2,8 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger. Sogar 5,7 Millionen kommen aus europäischen Ländern, darunter natürlich die Türkei und einige weitere EU-Beitrittskandidaten.

Schon vor dem Inkrafttreten der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit nahm die Zahl der Zuwandernden aus Rumänien und Bulgarien zu. So wanderten 2012 rund 26.000 bulgarische und 49.000 rumänische Staatsangehörige nach Deutschland ein. Viele von ihnen sind gut qualifiziert und werden auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt. Zur Jahresmitte 2013 waren bundesweit rund 60 Prozent aller bulgarischen und rumänischen Zugewanderten im erwerbsfähigen Alter in Deutschland erwerbstätig. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,4 Prozent, der Anteil der SGB-II-Leistungsempfänger bei 10 Prozent und damit deutlich unter dem Durchschnitt der ausländischen Bevölkerung.

Aber es ziehen auch Menschen zu, die keine Schule besucht oder abgeschlossen haben, die nicht über eine Ausbildung verfügen und deshalb schlechte oder keine Chancen der Arbeitsmarktintegration haben. Unter ihnen sind viele Roma, die bereits in ihren Herkunftsländern arm waren, ausgegrenzt wurden und in besonderem Maße zu den Verlierern der Transformationsprozesse in den ehemals sozialistischen Staaten gehören. Sie ziehen verstärkt in einige westdeutsche Kommunen, in denen sie

billigen Wohnraum und eine Unterstützungscommunity vorzufinden hoffen. Dort entstehen erhebliche soziale Problemlagen und Belastungen insbesondere bei der Unterbringung, Gesundheitsversorgung und Integration. Und es entstehen Risiken im Hinblick auf Abwehr und das Auflodern eines auch in der deutschen Gesellschaft traditionell vorhandenen, antiziganistischen Rassismus.

Der darüber jüngst geführte öffentliche Diskurs hat bereits Auswirkungen, etwa wenn sich im „Deutschlandtrend“ plötzlich „Zuwanderung“ als wichtigstes Problem vor „Arbeitslosigkeit“ schiebt. Die Wirkung reicht aber bis in den Alltag, selbst im zuwanderungsarmen Sachsen-Anhalt. Dort berichten Mitglieder der rumänischen und bulgarischen Migrantensorganisationen, dass sie als „Sozialbetrüger“ beschimpft werden – und das, obwohl in Sachsen-Anhalt ganze 1.507 rumänische Staatsangehörige leben, von denen 151 (10 Prozent!) als Ärzte dazu beitragen, das Gesundheitswesen zu sichern. Nur 54 (rund drei Prozent!) erhalten Sozialleistungen. Dieses Beispiel zeigt sehr gut, wie sehr der mediale Diskurs die Realitätswahrnehmung prägt und wie dünn das Eis ist, unter dem der Rassismus lauert.

Ja, es kommt bei der Realisierung der Freizügigkeit auch zu „Armutsmigration“. Dies ist Ausdruck eines starken wirtschaftlichen und sozialen Gefälles innerhalb der EU und kann nur vermieden werden, wenn die sozialen Lebensbedingungen in den südosteuropäischen Mitgliedsländern, aber auch in den EU-Krisenländern verbessert werden und das Gefälle innerhalb der EU abgebaut wird. Die Stärkung einer europäischen Struktur- und Sozialpolitik, aber auch eine effektive EU-Antidiskriminierungsstrategie, die alle EU-Länder erreicht, sind dafür erforderlich.

Im Hinblick auf die sogenannten „Armutswanderer“ lässt die Realisierung der vollen Freizügigkeit hoffen, dass sich für einen Teil der Zugewanderten neue Chancen auf Ar-

beitsmarktintegration eröffnen und damit Schwarzarbeit, Scheinselbständigkeit, ausbeuterische Arbeitsbedingungen und Menschenhandel reduziert werden. Unabhängig von juristischen Auseinandersetzungen über die Reichweite von Sozialleistungsansprüchen der Unionsbürgerinnen und -bürger besteht eine Verantwortung, die bereits hier lebenden „Armutszuwanderinnen und -zuwanderer“ zu unterstützen und menschenunwürdige Lebensbedingungen zu verhindern. Dabei benötigen die betroffenen Kommunen Unterstützung.

Während die EU-Zuwanderung steigt, bleibt die Fachkräftezuwanderung aus sogenannten Drittstaaten bislang gering. Neu geschaffene Zuwanderungsinstrumente wie die Blaue Karte EU für hochqualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten machen sich zahlenmäßig noch nicht bemerkbar, wenn auch die Tendenz steigt: Erhielten 2012 lediglich rund 4.000 Menschen eine Blaue Karte, so waren es 2013 immerhin gut 13.000. Stärkster Magnet der Drittstaatenzuwanderung sind unsere Hochschulen. 2012 zählten die Hochschulen bundesweit 282.000 internationale Studierende, mehr als eine Verdopplung seit 1995. Wichtigste Herkunftsländer sind China und Russland, dann aber auch schon die EU-Länder Österreich, Bulgarien und Polen. Durch Erleichterungen im Aufenthaltsrecht haben inzwischen auch Absolventinnen und Absolventen aus Drittstaaten bessere Möglichkeiten, nach dem Studium in Deutschland zu arbeiten.

Asyl, Resettlement und humanitäre Aufnahmen

Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die in Deutschland humanitären Schutz und Asyl suchen. Im Jahr 2013 haben rund 127.000 Menschen einen Asylantrag gestellt. Laut Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wird für 2014 mit noch leicht darüber liegenden Zahlen gerechnet. Die meisten Asylsuchenden kamen 2013 aus

Russland, Syrien, Serbien und Afghanistan. Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland seit 2012 am UNHCR-Resettlement-Programm und nimmt seit 2013 im Rahmen einer humanitären Ad-hoc-Aktion 10.000 Flüchtlinge aus Syrien auf. Die Länder ergänzen dies durch die Aufnahme von Familienangehörigen bereits in Deutschland lebender Syrerinnen und Syrer. Laut Koalitionsvertrag soll Deutschlands Beteiligung am Resettlement verstetigt und ab 2015 erhöht werden. Es kommt dabei darauf an, dass für alle Flüchtlinge, ob im Rahmen von Resettlement oder bei Ad-hoc-Aufnahmen, frühzeitig voller Zugang zu Integrationsangeboten, Sozialleistungen und Krankenversicherung gesichert wird.

Aufgrund der wachsenden Zahl der Schutzsuchenden steigt die Dauer der Asylverfahren. Insofern ist die im Koalitionsvertrag festgelegte personelle Verstärkung des BAMF auch im Interesse der Asylsuchenden. Als hoch problematisch hingegen ist die Festlegung einzuschätzen, die Westbalkanstaaten als „sichere Drittstaaten“ zu definieren, insbesondere angesichts der in diesen Ländern weiterhin bestehenden Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma.

Auch aufgrund der langjährigen Asylverfahren leben in Deutschland derzeit rund 86.000 Menschen mit einer Duldung und 66.000 Menschen mit einer Aufenthaltsgestattung (Stand:31.12.2012), viele von ihnen schon langjährig. Die Verankerung einer alters- und stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung im Koalitionsvertrag ist daher eine neue Chance, sichere Lebensperspektiven für einen Teil dieser Gruppe zu entwickeln. Außerdem sollen Asylsuchende und Geduldete bereits nach drei Monaten einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Auch ein frühzeitiger Zugang zu Sprachkursen soll sichergestellt werden. Der Bundesrat hat dazu einen Gesetzentwurf beschlossen, der ihnen Zugang zum bewährten System der Integrationskurse eröffnen würde. Daran könnten sich

www.sozialismus.de



Joachim Bischoff: Chancen und Risiken der großen Koalition | K. G. Zinn: Was dem europäischen Produktionskapitalismus gut täte | Bernhard Sander: Französische Rechte vor dem Durchbruch | Ulrich Bochum: Großbritannien – Ökonomischer Rebound? | Heinz Bierbaum: DIE LINKE vor den Europawahlen

Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid: Gewerkschaften – Konflikt um Weichenstellungen | Thomas Lakies: »Schwarz-rote« Lohnregulierung nach dem Koalitionsvertrag | O. König/R. Detje: »Wenn wir uns bewegen, bewegt sich Amazon«

Max Lill: Über Bob Dylan, 1968 und die lange Frist der großen Krise | Christoph Lieber: Ein Vorschlag zum »Kapital-Lesen« heute

Probeabo (3 Hefte): € 10,-
 Redaktion Sozialismus
 St. Georgs Kirchhof 6
 20099 Hamburg
 redaktion@sozialismus.de

berufsbezogene Sprachkurse anschließen; in ländlichen Regionen würde die Durchführung von Integrationskursen erleichtert. Im Koalitionsvertrag konnte das jedoch leider nicht verankert werden, vielmehr präferiert das Bundesinnenministerium den Aufbau eines niedrigschwelligen Parallelsystems nicht zertifizierter Sprachkurse. Dennoch ist die Tendenz erkennbar, zumindest teilweise den Zugang zu Sprache, Arbeitsmarkt und Integration auch für Asylsuchende und Geduldete zu ermöglichen. Unter den Asylsuchenden gibt es ein erhebliches Potential an Qualifizierten und Hochqualifizierten. Die meisten von ihnen durchlaufen langwierige Asylverfahren. Auch nach einer Ablehnung ihres Asylantrags bleiben viele aus verschiedensten Gründen lange als Geduldete in Deutschland. Es wäre höchst sinnvoll, ihnen die Möglichkeit zu geben, frühzeitig aus dem Asylverfahren auszusteigen und einen Antrag auf Aufenthalt zu Erwerbszwecken zu stellen.

Migrationsentwicklung und Regulierung

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Migration nach Deutschland geprägt ist von einer Zunahme der EU-Mobilität mit einem starken Zuwachs qualifizierter Ausbildungs- und Erwerbsmigration, aber auch mit einem Zuwachs an sogenannter „Armutsmigration“. Gleichzeitig steigt die Zahl der Asyl- und Schutzsuchenden. Demgegenüber ist die Drittstaatenmigration in den Arbeitsmarkt zahlenmäßig noch gering, aber mit steigender Tendenz bei Hochqualifizierten und Studierenden.

Das deutsche Migrationsrecht ist geprägt von einer Trennung zwischen Zugewanderten mit Integrationsanspruch einerseits und dem Asylverfahren andererseits, bei dem Integration erst auf den zum Teil langwierigen Prozess der Anerkennung als Asylberechtigter folgen soll. Diese Trennung war schon in der Vergangenheit die Grundlage dafür, Menschen vom Spracherwerb und von eigenständiger Lebens-

unterhaltssicherung auszuschließen. Angesichts der aktuellen Migrationsentwicklungen kommt es jetzt zu einer deutlichen Diversifizierung von Ansprüchen und Zugängen. So haben Unionsbürgerinnen und -bürger keinen Anspruch auf Integrationskursteilnahme und besitzen nur unklare Sozialleistungsansprüche. Die Flüchtlinge im Resettlement und in der Ad-hoc-Aufnahme haben zwar einen Anspruch auf Integrationskurse, die Familienangehörigen im Rahmen der Länderaufnahmen jedoch nur im Rahmen verfügbarer Plätze. Für Asylsuchende und Geduldete wurde zwar der Arbeitsmarkt geöffnet, aber kein Anspruch auf Spracherwerb implementiert. Status, sozialrechtliche Ansprüche und Integrationsangebote für ausländische Staatsangehörige, die in Deutschland leben, haben sich so immer mehr ausdifferenziert und ergeben heute einen Flickenteppich, der wichtigen integrationspolitischen Zielen entgegensteht.

Vor diesem Hintergrund gilt es, eine Migrations- und Integrationsstrategie zu entwickeln, die die zuwanderungs- und integrationspolitischen Instrumente neu abstimmt. Die Regulierung der Migration und die Gestaltung der Integrationsbedingungen müssen strikt ausgerichtet werden an den vorrangigengesellschaftlichen Zielen:

- mehr qualifizierte Zuwanderung ermöglichen,
- humanitären Flüchtlingsschutz sichern und
- Potentiale von Zugewanderten und Flüchtlingen besser anerkennen und nutzen.

Voraussetzung dafür ist die nach innen und außen erkennbare Willkommensbereitschaft von Staat und Gesellschaft. Eine umfassende Anerkennungs- und Willkommenskultur beginnt bei der Werbung um Zuwanderung und der Vorintegration in den Herkunftsländern. Sie geht weiter mit einem transparenten Ori-

entierungs-, Informations- und Beratungssystem bei der Aufnahme in Deutschland. Die Qualität der Integrationsangebote vom Spracherwerb über die Bildungsteilhabe, die berufliche Anerkennung und Weiterqualifizierung bis hin zur gesellschaftlichen Partizipation wird dabei mehr und mehr zum Kriterium der Migrationsentscheidung von Wanderungswilligen. Integrationsangebote sollten künftig nicht mehr nach Status vergeben werden, sondern sich am individuellen und gesellschaftlichen Bedarf orientieren und modular und durchlässig organisiert werden. Grundsatz muss es dabei werden, jedem und jeder Zugewanderten von Anfang an Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache und zur eigenständigen Lebensunterhaltssicherung zu geben und gesellschaftliche und politische Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen.

Letztlich geht es darum, unsere Gesellschaft zu entwickeln in Richtung einer Willkommensgesellschaft, in der die Herkunft eines Menschen nicht über seine Chancen und Rechte auf Teilhabe entscheidet, in der Vielfalt als Bereicherung anerkannt und die unterschiedlichen Potentiale bestmöglich gefördert werden. Inwieweit wir die Chancen von Zuwanderung und Vielfalt nutzen können, hängt davon ab, ob wir einen gesellschaftlichen Konsens für Vielfalt entwickeln können, der die Ächtung von Ausgrenzung und Rassismus einschließt. ■

☞ Susi Möbbeck ist Integrationsbeauftragte des Landes Sachsen-Anhalt.

Betriebliche Mitbestimmung: Motor für Integration und Teilhabe

von Manuela Maschke

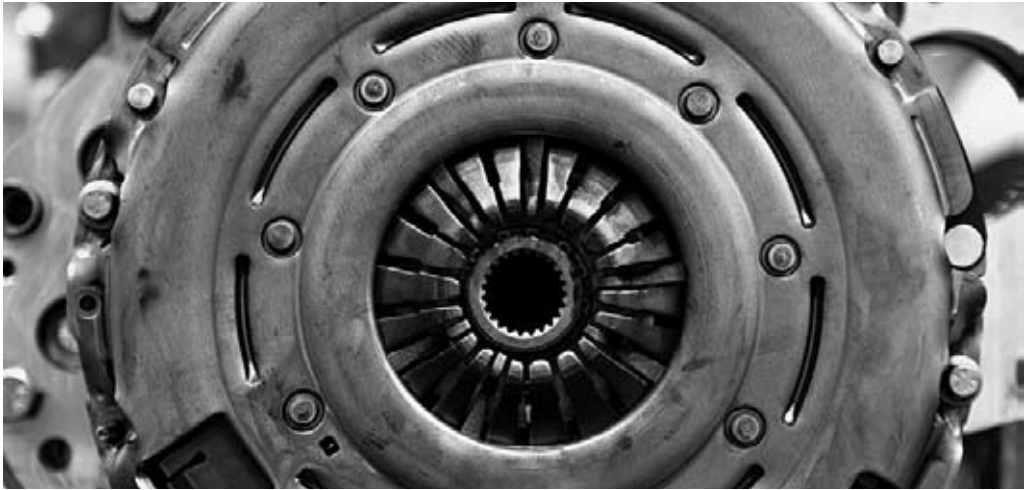


Foto: www.fotolia.com, © svedoliver

Das Recht zu wählen und gewählt zu werden ist wesentlich, um Menschen gesellschaftlich zu integrieren. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) regelt seit 1952 das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat für Arbeitnehmer ohne deutschen Pass. Seit 1972 dürfen ausländische Arbeitnehmer zum Betriebsrat gewählt werden. Dieses Wahlrecht ist praktische Demokratie in Unternehmen und Verwaltungen.

Im Jahr 2006 wurden mehrere EU-Richtlinien im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgesetzt. In § 75 BetrVG heißt es heute:

„(1) Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, dass alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere, dass jede Benachteiligung von Personen aus Gründen ihrer Rasse oder wegen ihrer ethnischen Herkunft, ihrer Abstammung oder sonstigen Herkunft, ihrer Nationalität, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihrer Behin-

derung, ihres Alters, ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung oder wegen ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Identität unterbleibt.“

Auf vielfältige Weise werden Betriebs- und Dienstvereinbarungen gegen Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und für partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz abgeschlossen. Nicht so häufig werden Maßnahmen ergriffen, um gezielt Organisationsstrukturen zu verändern, Aus- und Weiterbildung, beruflichen Aufstieg und Personalentwicklung zu gestalten und auf diese Weise auch Chancengleichheit zu fördern.

Rassismus bekämpfen und Konflikte bearbeiten

Betriebs- bzw. Personalräte und Gewerkschaften fördern seit vielen Jahren auf vielfältige Weise die betriebliche Integration vom Menschen ohne deutschen Pass und von Menschen ohne deutsche Wurzeln. Am 21. Oktober

1995 unterzeichneten die europäischen Sozialpartner die so genannte „Florenzer Erklärung“ zur „Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Gleichbehandlung am Arbeitsplatz“. Darin bekräftigen sie die „große Bedeutung einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft in Europa [...]“. Die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und die Förderung der Chancengleichheit sind Grundwerte des gemeinsamen kulturellen Erbes und Bestandteil der Rechtstradition aller europäischer Staaten.“

Es gehört heute zu den Aufgaben von Betriebs- und Personalräten, Maßnahmen zur Integration anzuregen und Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu begegnen (§§ 74 und 80 BetrVG bzw. §§ 68 und 67 BPersVG). Außerdem hat jeder Beschäftigte das Recht sich beim Arbeitgeber direkt oder beim Betriebs- bzw. Personalrat zu beschweren (§ 84 BetrVG und – mittelbar – § 68 Abs. 1 Nummer 3 BPersVG). Wenn der Betriebsrat die Beschwerde teilt, kann er nach § 85 Absatz 1 BetrVG den Arbeitgeber auffordern, für Abhilfe zu sorgen. Im Streitfall kann der Betriebsrat die Einigungsstelle anrufen, die eine verbindliche Entscheidung trifft, wenn es sich nicht um einen Rechtsanspruch handelt (§ 85 Abs. 2 BetrVG). Andererseits: Wenn ein Beschäftigter gegen § 75 BetrVG verstößt und der Betriebsfrieden ernstlich gestört wird, kann der Betriebsrat vom Arbeitgeber die Versetzung bis hin zur Kündigung fordern (§ 104 Abs. 1 BetrVG).

Zusätzlich unterstützen betriebsinterne Stellen dabei, Konflikte zu bewältigen. Diese betriebliche Beschwerdestelle nach dem AGG wird durchaus unterschiedlich eingerichtet. Einige Unternehmen siedeln sie direkt in der Personalabteilung an, andere beim Betriebsrat und wieder andere schaffen eine dritte Anlaufstelle unabhängig von Personalabteilung und Interessenvertretung. Die Beschwerdestelle kann entweder als eine ständige Einrichtung mit dafür abgestellten Beschäftigten arbeiten

oder sie tritt nach Bedarf zusammen. Vielfach handelt es sich um ein paritätisch besetztes Gremium, in dem auch Fachkräfte (Werkarzt, Sozialberaterin etc.) vertreten sind. Je nach Zuschnitt haben sie verschiedene Aufgaben. Sie empfehlen Maßnahmen, beraten Betroffene, nehmen Beschwerden entgegen und bearbeiten diese. Sie initiieren Maßnahmen, Schulungen etc.

Betriebs- und Dienstvereinbarungen gegen Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

Eine der ersten Betriebsvereinbarungen zum Thema Antirassismus stammt aus dem Jahr 1994, abgeschlossen bei der Preussag Stahl AG. Sie trägt den Titel „Allgemeine Grundsätze für die Behandlung aller Betriebsangehörigen.“ Im Vordergrund steht das Verbot der Benachteiligung aufgrund der Nationalität und ethnischen Herkunft. Sie thematisiert jedoch auch Diskriminierungen aufgrund von Religion, Geschlecht und politischer Aktivität. Die ersten Betriebsvereinbarungen entstanden im Zeitraum fremdenfeindlicher, gewaltsamer Übergriffe zu Beginn der 1990er Jahre in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen.

Die Novellierung des BetrVG im Jahr 2001 führte § 88 Nr. 4 BetrVG ein: Maßnahmen zur Integration ausländischer Arbeitnehmer sowie zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit waren ab sofort Gegenstand von Betriebsvereinbarungen.

Das Ziel: Neben dem Schutz der Beschäftigten setzen sie ein Signal nach außen und innen. Sie haben vor allem eine hohe Symbolkraft. Abgeschlossene Betriebs- und Dienstvereinbarungen sind jedoch mehr als Absichtserklärungen. Sie verpflichten, Verstöße gegen die Grundsätze nicht hinzunehmen. Sie schaffen einen verbindlichen Rahmen und sorgen für Transparenz. Betroffene können sich auf die Absprachen und Verfahren berufen und Unterstützung beanspruchen. Häufiges Mo-

tiv ist auch, Führungskräfte und Beschäftigte zu sensibilisieren und Ansprechpartner zu benennen. Ein Betriebsrat sagt dazu: „Eine Philosophie kann man sich heute zu Eigen machen und morgen vergessen. Aber eine Betriebsvereinbarung ist ein Vertrag, den beide Parteien eingehen. Den kann man nicht einseitig über die Schulter werfen und sagen, man hole sich etwas Neues. Den muss man kündigen oder nicht. Und dann entstehen Schwierigkeiten. Eine Vereinbarung dient dazu, sich abzusichern.“ (Kecskes 2006, Seite 50).

In Betriebs- und Dienstvereinbarungen legen betriebliche Akteure verbindlich fest, wie Chancengleichheit gestärkt und mit auftretenden Diskriminierungen umgegangen werden kann. Sie richten sich gegen Benachteiligungen, unterstützen, fördern oder schaffen Rahmenbedingungen und Verfahrensweisen, um vorzubeugen oder konkrete Vorfälle bearbeiten zu können. Wenn Unternehmen und Verwaltungen nachhaltig bekräftigen, dass Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung nicht geduldet werden, wird betriebsintern und -extern auf diese Weise deutlich Position bezogen. So heißt es in dieser Vereinbarung:

„Statt Besonderheiten jedwelcher Art pauschal zu verurteilen, besinnen wir uns alle darauf, die Möglichkeit, andere Kulturen und Denkweisen im täglichen Miteinander kennen zu lernen, als Bereicherung anzusehen. Anderssein ist nichts Negatives, sondern hat viele Vorteile, die wir für uns selbst, aber auch den Unternehmenserfolg nutzen können. Toleranz und Chancengleichheit sind für uns Grundwerte, die zu schützen und zu fördern sind.“ (Fahrzeughersteller Kraftwagen, 050330/35/2001)

Aber das Nichtvorhandensein von schweren rassistischen Vorfällen bedeutet nicht, dass es keine latente Fremdenfeindlichkeit oder Diskriminierung gibt. Denn dies äußert sich oft nicht in offenen Konflikten, sondern in klei-

nen, manchmal sogar nur unbewussten Benachteiligungen einzelner Gruppen. Anders formuliert: Betriebsvereinbarungen gegen Diskriminierung bzw. zur Förderung des partnerschaftlichen Verhaltens sind gerade dort wichtig, wo sie das Augenmerk auf den alltäglichen, „normalen“ Umgang miteinander richten. Ein Betriebsrat verdeutlicht das so:

„Eine BV muss Betroffene dazu ermutigen, latente Fälle, die nicht an die Öffentlichkeit kommen, relativ frühzeitig zu kommunizieren.“ (Kecskes 2006: 35).

Diskriminierung zu verhindern ist ein notwendiger Schritt, um Integration zu fördern. Maßnahmen müssen jedoch auch dort ansetzen, wo Menschen gezielt gefördert werden können und wo es notwendig ist, gleiche Chancen herzustellen.

Umgang mit Vielfalt im Betrieb

Diversity Management soll eine Unternehmenskultur bewirken, die Beschäftigten gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet und aus betriebswirtschaftlicher Sicht die Produktivität erhöht. Neue Märkte, Talente und individuelle Potenziale sollen besser nutzbar werden und Kosten gesenkt werden, die durch Ungleichbehandlung und Diskriminierung entstehen.

Diskriminierung verhindert, dass vorhandene Potenziale erkannt und eingesetzt werden können. Wer aus einem anderen als dem deutschen Kulturkreis kommt, verfügt häufig über mehrsprachige Fähigkeiten und interkulturelle Kompetenzen, die für Unternehmen durchaus relevant sind. Unternehmen argumentieren daher aus ökonomischen und ethischen Gründen, gegen Konflikte und Diskriminierungen frühzeitig vorzugehen. Ein anderes Beispiel:

„Eine Unternehmenskultur, die sich durch ein partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz auszeichnet, bildet

die Basis für ein positives Arbeitsklima und ist damit eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg des Konzerns [...]“ (Öffentliche Verwaltung, 050300/48/1999)

Häufig bleibt es jedoch eher vage wie man zu Verbesserungen kommen will. Die nachstehende Regelung thematisiert Chancengleichheit.

„Das Prinzip der Förderung der Chancengleichheit gebietet Maßnahmen zur Herstellung der tatsächlichen Gleichstellung aller Beschäftigten ungeachtet ihrer Nationalität, ihres Geschlechtes und ihrer Religionszugehörigkeit, z. B. im Rahmen der Personalentwicklung. Es berücksichtigt die besonderen Belastungen und Anforderungen sowie die Interessen der Beschäftigten ausländischer Herkunft in angemessener Weise.“ (Landverkehr, 050330/4/2001)

Qualifizierungsmaßnahmen für Führungskräfte, Betriebsräte, Personalverantwortliche, eine interne Öffentlichkeitsarbeit für alle Beschäftigten und Wirksamkeitsprüfungen von eingeleiteten Maßnahmen sind wichtige Stellschrauben. Qualifizierung kann zum Beispiel so geregelt werden:

Das Unternehmen gewährleistet die Erstellung zielgruppenspezifischer Schulungen und Seminare. Im Rahmen der beruflichen Aus- und Fortbildung [...] erfolgen regelmäßig, zielgruppenspezifische Schulungen im erforderlichen Umfang zum Thema Schutz und Abwehr von Diskriminierung, sexueller Belästigung und Mobbing, Rechtsschutz für Betroffene und Handlungsverpflichtungen der Vorgesetzten. Das gilt insbesondere für

- betriebliche Vorgesetzte
- Ausbilder/Ausbilderinnen

- betriebliche Ausbildungsbeauftragte
- Beschäftigte des Personalwesens und des Gesundheitsschutzes sowie Mitglieder des Betriebsrates.“ (Fahrzeughersteller Kraftwagen, 050330/71/2007)

Schulung im Umgang mit Diskriminierung ist eine Seite der Medaille. Die andere ist, strukturelle Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Organisation zu entwickeln. Das betrifft z.B. die Themen Entgelt und Aufstiegsmöglichkeiten für Beschäftigte, Auswahlkriterien und Stellenbesetzungen.

Strukturen verändern

In dieser Hinsicht sind betriebliche Regelungen noch nicht weit verbreitet. Ein Ansatz ist, zunächst betriebliche Personalstatistiken auszuwerten, um Argumentationsgrundlagen zu erhalten. Das Hüttenwerk Krupp Mannesmann liefert ein hervorragendes Beispiel und wurde dafür im Jahr 2013 mit dem Betriebsrätepreis ausgezeichnet.

Der Betriebsrat hatte zunächst einen Ausschuss gegründet, der sich mit den Themen Migration, Integration und Gleichstellung beschäftigt. Man wollte der Frage auf den Grund gehen, ob es im Unternehmen Ungleichbehandlungen gibt. 2010 entstand mit dem Arbeitgeber eine Betriebsvereinbarung, um gleiche Chancen für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Frauen und Männern, Jung und Alt und Schwerbehinderten zu fördern. Zunächst lieferte ein Gleichstellungsbericht Personalkennzahlen für die Ist-Analyse. Einige Fragen konnten beantwortet werden: Wie viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten im Unternehmen? Wie viele Schwerbehinderte gibt es? Wie sieht die Altersstruktur aus? Wie viele Frauen arbeiten beim Stahlunternehmen? Die Ergebnisse des Berichts überraschten. Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund ist fast doppelt so hoch wie anfänglich vermutet.

Denn bis dahin kannte man nur den Anteil der Beschäftigten ohne deutschen Pass. Es wurde deutlich, dass der Frauenanteil insgesamt und in technischen Berufen verschwindend gering ist. Ähnlich der Anteil in Führungspositionen. Zwar sind in der Produktion leitende Angestellte mit Migrationshintergrund vertreten, bei den Angestellten jedoch so gut wie gar nicht.

Aus dem Bericht leiten Betriebsrat und Unternehmensleitung Maßnahmen ab: Weiterbildung für Frauen, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund aus der Region durch gezielte Bewerbungstrainings in Ausbildung bringen etc. Auch in diesem Unternehmen fördert man z.B. gezielt die Weiterbildung:

„Für Beschäftigte ausländischer Herkunft

- wird die Teilnahme an fachbezogenen Sprachbildungs- sowie allen betrieblichen Fort- und Weiterbildungsangeboten ermöglicht und gefördert
- werden für die berufliche Entwicklungsplanung die Angebote für Weiterbildung aufeinander abgestimmt.“ (Postdienstleistungen, 050330/115/1998)

Die Praxis zeigt auch, dass Maßnahmen dann erfolgreich sein können, wenn Integration zur Chefsache wird, d.h. wenn die oberste Führungsebene das Thema vorantreibt und wenn sich gleichzeitig an der Basis verantwortliche Menschen kümmern. Man muss Geld und Zeit in die Hand nehmen, Führungskräfte gewinnen, ggf. Quoten einführen, Gleichstellungsberichte erstellen und letztlich die Wirksamkeit von Maßnahmen kontrollieren. Setzt man auf diese Weise an, richtet sich der Blick weg von einer Defizitbetrachtung hin zum Potenzial von Beschäftigten.

Betriebsvereinbarungen können sehr wirksame Instrumente sein, um Diskriminierung zu bekämpfen und um Chancengleichheit zu

fördern, weil sie verbindliche und transparente Verfahren begründen. Sie sind Kompromisse der Betriebsparteien. Dass Betriebsvereinbarungen existieren, setzt voraus, dass es im Unternehmen einen Betriebsrat gibt: In diesem Jahr sind zwischen März und Mai 2014 Betriebsratswahlen! ■

Literatur und Links

- Akin, Semiha/Dälken, Michaela/Monz, Leo (2004): Integration von Beschäftigten ausländischer Herkunft, Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Frankfurt/M.: Bund-Verlag.
- Dälken, Michaela (2012): Managing Diversity, Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Frankfurt/M.: Bund-Verlag.
- Diehl, Anette: Kurzinformationen zum Thema sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, download: www.boeckler.de/pdf/mbf_bvdoku_sexuelle_belaestigung_diehl.pdf.
- Kecskes, Robert (2006): Integration und partnerschaftliches Verhalten, Fallstudien, Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Frankfurt/M.: Bund-Verlag.
- Ullenboom, Detlef (2012): Toleranz, Respekt und Kollegialität, Reihe: Betriebs- und Dienstvereinbarungen, Hans-Böckler-Stiftung (Hg.), Frankfurt/M.: Bund-Verlag.
- www.migration-online.de.
- www.gelbehand.de.
- www.igmetall.de.

↳ Dr. Manuela Maschke leitet das Archiv Betriebliche Vereinbarungen der Hans-Böckler-Stiftung, mehr Informationen unter www.boeckler.de/betriebsvereinbarungen

MigrantInnen und politische Partizipation: Einschätzungen und Perspektiven

von Aziz Bozkurt

1967. Vor insgesamt über 46 Jahren knipste Willy Brandt den ersten deutschen Farbfernseher an. Mehr Farbe sollte die neue technische Errungenschaft in die deutschen Wohnzimmer bringen. Brachte es auch. Und die großen Röhren sind mittlerweile durch flache Bildschirme ersetzt, die noch klarer und detailreicher die Farbvielfalt in die eigene Wohnung bringen. Also ist das Versprechen erfüllt. Denkt man. Die Neuen Deutschen Medienmacher sind jedoch noch nicht zufrieden. „Vom Farbfernsehen hatten wir uns mal mehr versprochen“ heißt es auf einer Werbekarte. „Denn obwohl rund 16 Millionen Menschen hierzulande einen Migrationshintergrund haben, kommen die Medien fast ohne sie aus. Das soll sich ändern! Die gesellschaftliche Wirklichkeit muss sich auch vor den Kameras, an den Mikrofonen und in den Chefetagen von Sendeanstalten widerspiegeln.“¹

Daran dachte Willy Brandt wahrscheinlich nicht, als er den Knopf zur neuen Farbenwelt drückte. Er dürfte jedoch wenig gegen das Anliegen der Medienmacher haben. Er war schließlich derjenige, der den 68ern die Tür zur parlamentarischen Demokratie öffnete. „Mehr Demokratie wagen“ schmückt nicht umsonst heute gefühlt jede vierte Rede von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Wie sieht es aber mit der Vielfalt in unserer politischen Landschaft und insbesondere in der deutschen Sozialdemokratie aus? Schließlich sind die knapp 6 Millionen Wählerinnen und Wähler mit Migrationsbiographie eine bedeutende Ressource für eine Partei, die gut 11 Millionen Stimmen bei der Bundestagswahl für sich gewinnen konnte. Es geht um die Legitimation

als moderne Volkspartei und um jede einzelne Stimme, die die Chance auf eine sozialdemokratische Kanzlerin oder Kanzler erhöht.

Wer bleiben will, muss sich ändern: Evolution der Institutionen

Der Wandel unserer gesellschaftlichen Institutionen ist letztendlich eine Frage nach der Daseinsberechtigung. Von der freiwilligen Feuerwehr, über die Lehrerzimmer bis hin zum Parteibüro: alle Organisationen werden sich verändern müssen, um der Vielfalt der Gesellschaft gerecht zu werden. Das Ziel ist folglich „eine Evolution der Institutionen im Hinblick auf die neue Vielfalt der Gesellschaft“.²

Politische Institutionen unterliegen diesem Druck zur Veränderung in besonderem Maße. Die Volkspartei SPD stellt dies vor die große Aufgabe, Angewohnheiten und Selbstverständnisse, die sich im Laufe der 150 jährigen Geschichte aufgebaut haben, zu hinterfragen und wo nötig zu überwinden.

Drei konkrete Punkte stehen dabei auf der Aufgabenliste der SPD: eine inhaltlich und strategisch eindeutige Ausrichtung, eine Erzählung, die die sozialdemokratische Vielfalt stärker aufgreift und ein verändertes Gesicht in der ersten Reihe.

Politik mit rotem Faden

In den letzten 25 Jahren hat sich die SPD hinsichtlich integrationspolitischer Fragen in einem programmatischen Schlingerkurs bewegt. Diese Widersprüche und fehlende Kontinuitäten prägen ihr Profil.

¹ http://www.neuemedienmacher.de/wordpress/wp-content/uploads/2012/09/anzeige_0kt12.jpg, Zugriff 28.12.2013

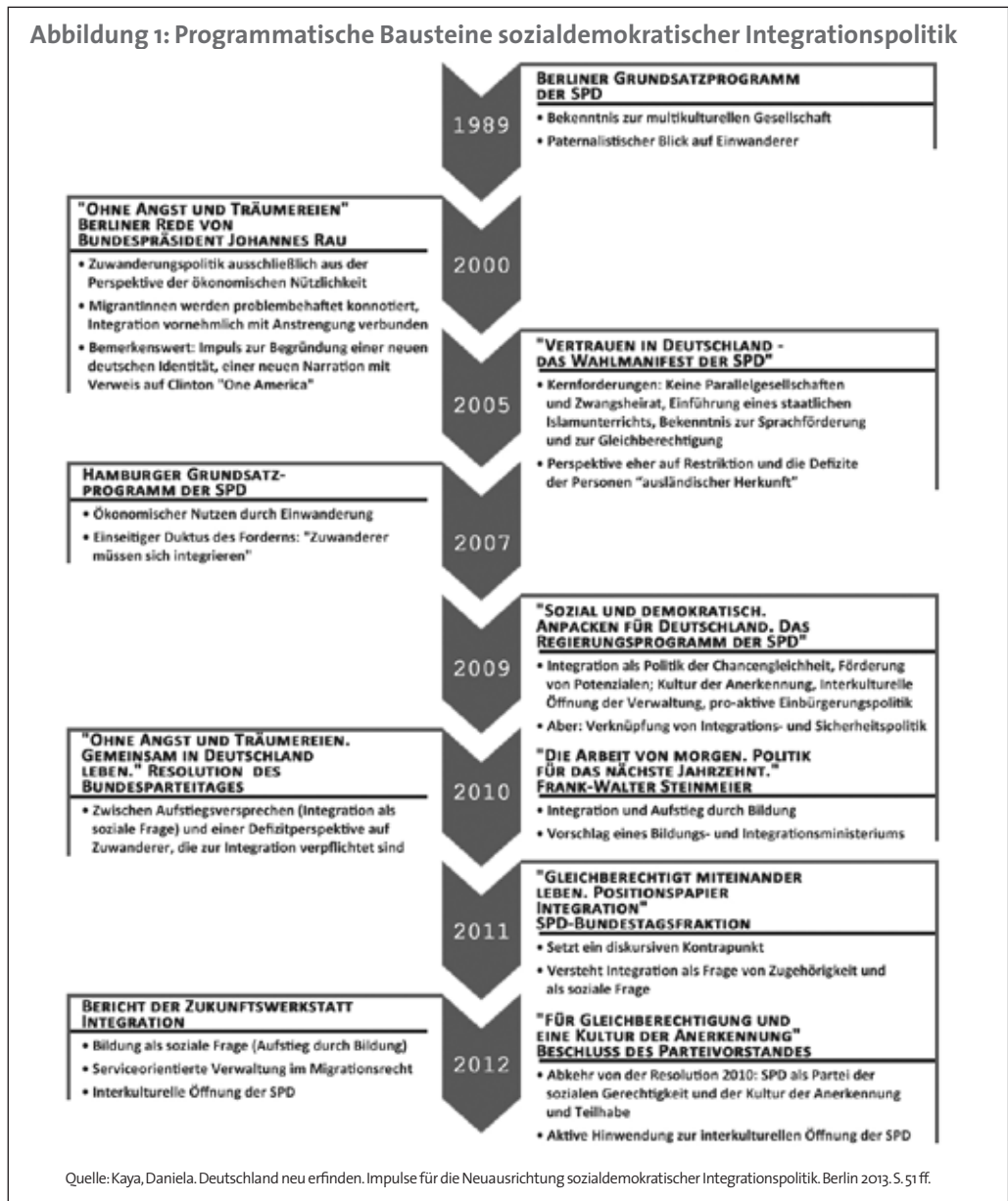
² Terkessidis, Mark. Interkultur. Berlin 2010. S. 8

Sie schlagen sich, nach Daniela Kaya, „ebenfals in widerstreitenden öffentlich geführten Diskursstrategien führender SPD-Akteure nieder.“ Anschaulich formuliert, stelle sich die Frage: „Steht die SPD für einen integri-

onpolitischen Kurs à la Buschkowsky oder Wowereit?“

Folgende Grafik zeigt die programmatische Bewegung der SPD in den letzten 25 Jahren

Abbildung 1: Programmatische Bausteine sozialdemokratischer Integrationspolitik



Quelle: Kaya, Daniela. Deutschland neu erfinden. Impulse für die Neuausrichtung sozialdemokratischer Integrationspolitik. Berlin 2013, S. 51 ff.

und verdeutlicht die teilweise widersprüchlichen Bewegungen.

Die SPD muss hier Politik aus einem Guss entwickeln. Was ist folglich SPD pur, beispielsweise beim Streitthema „Armutszuwanderung“? Nur wenn die SPD diese Frage beantwortet, kann sie bei Kompromissen in der Großen Koalition erkennbar sein.

Sozialdemokratische Volkspartei für alle

Was heißt Deutschsein heute? Mit dieser Frage findet sich im politischen Diskurs immer häufiger die Forderung nach einer neuen Narration für Deutschland. Die Vielfalt ist selbstverständlich nicht erst mit der Gastarbeitermigration nach Deutschland gekommen. Dennoch, zu sehr wirkt der Mythos einer ethnisch homogenen deutschen Gesellschaft.

Hier ist die Sozialdemokratie gefragt, die Geschichte vielfältig zu erzählen. Genauso bedarf es jedoch auch einer Erzählung der Sozialdemokratie, die ihre eigene Geschichte der Vielfalt stärker betont. Darin sollten sich die polnischen Wurzeln einer Rosa Luxemburg, die Beziehungen der Sozialdemokratie zur russischen Emigration in den 20er Jahren, die sozialdemokratischen MigrantInnen der ersten Stunde nach dem zweiten Weltkrieg, die ersten GastarbeiterInnen mit sozialdemokratischem Parteibuch oder aber auch die russischsprachigen SozialdemokratInnen nach der Wende wiederfinden. All diese Geschichten wurden im Rahmen des 150. Jubiläums der Partei viel zu selten erzählt.

Eine neue Narration der Sozialdemokratie könnte als Anknüpfungspunkt an alte, lange Traditionen dienen. Es wäre leichter diese Geschichte weiterzuspinnen und die SPD als Partei der Vielfalt zu manifestieren.

Facelifting für die SPD

„Die erste Riege der SPD verkörpert Lebensentwürfe fernab dieser deutschen Migrationsrealität. Mit ihrer altmodischen Denke und dem Gros »altdeutscher« Funktionäre vermittelt sie nicht gerade ein modernes Lebensgefühl“, konstatierte Kaya im Vorfeld der vergangenen Bundestagswahl in DIE ZEIT.³ Bereits 2005 beobachtete Terkessidis „Zudem wurde die SPD zum Zeitpunkt der Wahlniederlagen öffentlich repräsentiert von einer Riege älterer Herren“.

Gesichter transportieren politische Botschaften. Nicht umsonst hielt Sigmar Gabriel kürzlich fest, „dass in der SPD die Alltagsgesichter zu männlich sind“. Vorausgegangen war die Ankündigung, dass Andrea Nahles eine Frau als Generalsekretärin folgen solle. Mit Yasmin Fahimi als neuer Generalsekretärin gelang Gabriel ein politischer Coup.

In den letzten Wochen hat die SPD mit ihren Personalentscheidungen gute Signale gesendet: mit Aydan Özoguz als Staatsministerin, mit Yasmin Fahimi als Generalsekretärin und mit Sawsan Chebli als stellvertretende Pressesprecherin im Auswärtigen Amt. Damit knüpft die SPD an die bisherigen Mandatsträgerinnen und -träger an entscheidenden Stellen an: Bilkay Öney als Ministerin in Baden-Württemberg, Raed Saleh als Fraktionsvorsitzender und Dilek Kolat als Senatorin in Berlin und die vielen Abgeordneten in den Landesparlamenten.

Daneben hat die SPD mit ihren 13 Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund (also 6,7 Prozent der Fraktion) zwar einen mehr als doppelt so hohen Anteil wie die Union an Abgeordneten mit Migrationshintergrund. Jedoch liegt dieser noch deutlich unter dem gesamtgesellschaftlichen Anteil

³ Kaya, Daniela, „Warum trinkt Steinbrück Eierlikör?“, DIE ZEIT, 16.05.2013.

von ca. 19 Prozent.⁴ Auf den Ebenen darunter sieht es leider nochmal schlechter aus. In einer Studie des Max-Planck-Instituts zur Vielfalt in den Räten deutscher Großstädte, wo der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund teilweise um die 40 Prozent liegt, beträgt der Anteil dieser Menschen an den Ratsmitgliedern gerade mal 4 Prozent. Auch hier liegt die SPD mit knapp 5 Prozent über dem Durchschnitt, jedoch weit hinter den gesellschaftlichen Realitäten.⁵

Repräsentationslücke von oben und unten schließen

Die SPD verfügt über einen großen Schatz an guten Nachwuchskräften. Die Union hat das Problem, dass ihre Abgeordneten mit Migrationshintergrund teilweise ohne große Parteibindung eingesetzt wurden. Das hat den Vorteil, dass sie auf der Karriereleiter schnell mehrere Stufen überspringen. Jedoch ist die Abhängigkeit von den Förderern nicht gerade förderlich für die inhaltliche Weiterentwicklung, die die Union ganz sicher nötig hat. Interessant sind jedoch die großen Anstrengungen, das Personal auch konsequent zu fördern. Seien es die Fortbildungsangebote der Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Veranstaltungen zur Vernetzung mit politischen Würdenträgern. Dies ist die einzige strategische Stärke der Unions-Förderpolitik.

Die SPD fährt auf der einen Seite eine ähnliche Förderpolitik von Einzelpersonen: Dass Karrieren jenseits der üblichen Ochsentour innerhalb von 10 Jahren Parteimitgliedschaft zu Ministerien führen, ist sicher nicht tagtäglich möglich. Es gehört aber dazu, wenn man jahrzehntelang den Aufstieg dem Zufall überlassen hat. Dass eine Berlinerin Landesministerin in Baden-Württemberg wird, ist sicher auch dem Druck geschuldet, den man von Seiten der Union spürte. Diese Förderpolitik

muss uns sicher auch weiterhin begleiten, um verpasste Entwicklungen zu kompensieren. Gerade die Wahlen zum Parteivorstand im Dezember zeigen dies. Zwei Tage vor dem Bundesparteitag merkte man, dass man nur eine Kandidatin mit Migrationshintergrund auf der Liste hat. Das führt alle anderen Anstrengungen ad absurdum, wenn man sich gerade vor zwei Jahren auf eine Quote von 15 Prozent geeinigt hat. Die Wahl der neuen Generalsekretärin Yasmin Fahimi, die glücklicherweise nichts mit den Themen Migration und Teilhabe zu tun hat, ist gerade deshalb ein riesiger Schritt nach vorne.

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt kann ein entscheidender Motor für eine zweite Säule einer strategischen Personalplanung sein. Mit der AG wurde auf der Bundesebene eine Struktur geschaffen, mit der ein vielfältiger Personalstamm von unten aufgebaut werden kann. Wozu das führen kann, kann man sich beispielhaft an der Berliner SPD vergegenwärtigen. In Berlin wurde die AG 1997 gegründet. Seit der Gründung ist der Anteil der Abgeordneten, der Funktionsträger in der Partei und gerade an entscheidenden Stellen deutlich gestiegen. Dass ein Kreisvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft in Spandau innerhalb von 10 Jahren zum Fraktionsvorsitzenden in Berlin wird oder ein Mitglied der AG nun Senatorin ist, ist zwar sicher kein direkter Erfolg dieser AG, aber sicher mit eine Folge dessen, dass die AG genug Schutz- und Entwicklungsraum für neue Mitglieder bot.

Die SPD wird dann erfolgreich sein, wenn sie beide Strategien verzahnen kann. Kurz, wenn sie die Repräsentationslücke mit einer beherrzten Agenda von oben wie von unten füllt.

Vielfalt bedeutet auch Vielfalt: Deshalb Augen auf

Man könnte doch leicht dem Urteil verfallen, wenn man permanent vom Menschen

4 http://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Abgeordnete_Bundestag_Ergebnisse.pdf, Zugriff: 29.12.2013

5 Vielfalt sucht Rat. Berlin 2011.

mit Migrationshintergrund liest, dass „die“ alle gleich ticken. Ein fataler Trugschluss. Man betrachte nur das Wahlverhalten zwei großer Migrations-Gruppen: Während die russischsprachigen in der Vergangenheit eine sichere Bank für die Union waren, waren dies die Türkeistämmigen für die SPD. Und geht man noch eine Ebene tiefer, wird das Wirrwarr nicht einfacher. Während ein konservativer Teil der Türkeistämmigen im letzten Wahlkampf auch große Sympathien für die Union entwickelte, verorteten sich viele linksgerichtete weiterhin im linken Parteienspektrum. Das erklärt auch die großen Differenzen zwischen repräsentativen Befragungen wie von Data-4U, laut der die SPD 64 Prozent der Stimmen der Türkeistämmigen für sich verbuchen konnte⁶ und einer Online-Befragung konservativer türkischer Medien, die der SPD am Ende „nur“ 44 Prozent zugestanden.

Sicher ist nur, dass auch die Bindung bei diesen Wählergruppen bröckeln. Wenn man dies als Chance begreift, könnte hier viel Potential für die Sozialdemokratie stecken. In Berlin gibt es beispielweise die Projektgruppe russischsprachiger SozialdemokratInnen. Ihr Erfolg innerhalb von 1,5 Jahren ist beachtlich. Die Aktivenzahl ist von einer Handvoll auf mehrere Zig Personen angestiegen. Russischsprachige Medien wie z.B. Radio Stimme Russlands reagieren seit der Gründung der Projektgruppe mit einem erhöhtem Interesse für die SPD. Und die Russischkenntnisse der Berliner SPD-Landesgeschäftsführerin finden reizende Anerkennung in der Community.

Bürger mit und ohne Migrationshintergrund interessieren sich genauso für die Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik wie alle anderen. Sie interessieren sich auch genauso für die Steuer- und Europapolitik wie alle anderen. Sie interessieren sich vielleicht etwas mehr dafür, wie Antidiskriminierungs- oder

Migrationspolitik betrieben wird. Am Ende wird uns ein homophober russischsprachiger Deutscher oder ein gleichstellungsfeindlicher türkeistämmiger Deutscher genauso wenig wählen, wie eine homophober Bayer oder ein gleichstellungsfeindlicher Bauer sonst wo in der Republik.

Es ist vielleicht mit der SPD wie mit einem Farbfernseher. Es braucht wohl mehr als nur den Daumen von Sigmar Gabriel, wenn das Programm die gesellschaftliche Vielfalt repräsentieren soll. Und wenn es am Ende klappt, das komplette Bild auf bunt zu stellen, sitzen anstelle von drei Herren mittleren Alters, eine ostdeutsche Frau, ein Mensch mit einer Migrationsgeschichte und ein alter weißer Mann am Tisch, um den oder die nächste Kanzlerkandidatin der SPD zu küren. ■

⁶ <http://www.migazin.de/2013/10/30/bundestagswahl-2013-50-haben-deutsch-tuerken-gewaehlt/>, Zugriff: 29.12.2013

☞ Aziz Bozkurt ist Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin und stellvertretender Bundesvorsitzender dieser AG.

Lohnpolitik und Binnennachfrage

von Arne Heise



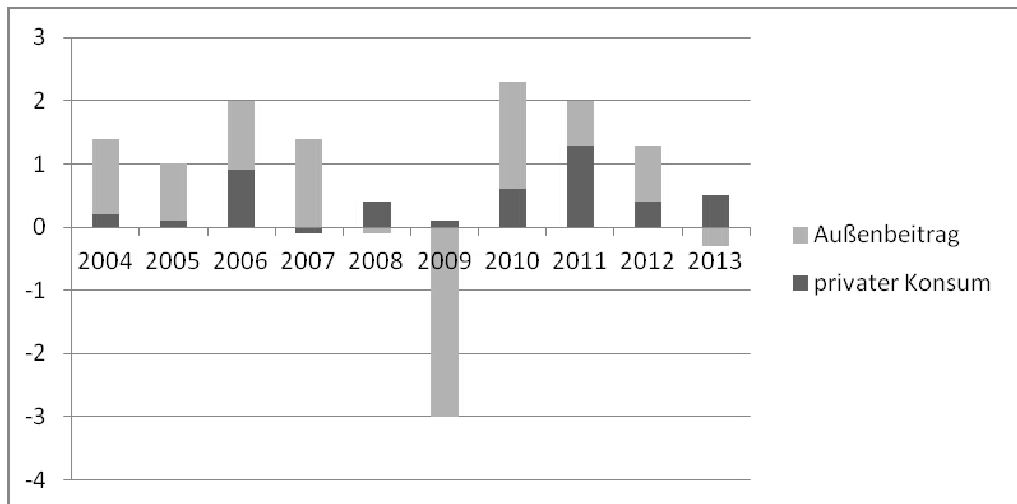
Der Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung hätte im Januar präsentiert werden müssen. Darin hätten der Wirtschaftsminister und die Bundesregierung als Reaktion auf das Jahresgutachten des Sachverständigenrates vom Herbst 2013 ihre Einschätzung hinsichtlich der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland abgeben sollen. Wegen der späten Regierungsbildung, aber vermutlich auch aufgrund schwerwiegender inhaltlicher Probleme des neuen sozialdemokratischen Wirtschaftsministers mit einem ersten Entwurf des Jahreswirtschaftsberichts aus dem Stab eines traditionell von der FDP geführten Ministeriums liegt dieser Bericht immer noch nicht vor. Allerdings ist bereits an die Öffentlichkeit gedrungen, dass der Bundeswirtschaftsminister im Jahr 2014 mit einer geringen Wachstumssteigerung gegenüber 2013 rechnet und bis Ende des Jahrzehnts ein durchschnittliches Wachstum von etwa 1,5 Prozent pro Jahr erwartet.

Damit würde die Wachstumsperformance im Dekadendurchschnitt weiter unter dem bereits geringen Niveau der 1990er Jahre von etwa 1,9 Prozent zurückbleiben, allerdings immerhin das Krisenjahrzehnt 2001 – 2010 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,0 Prozent übersteigen. Kurz gesagt: Auch die zweite Dekade der 2000er Jahre wird ein ökonomisch stagnatives Jahrzehnt sein – die gelegentlich zu hörenden Jubelgesänge boomender Konjunktur sind angesichts solcher Zahlen schwer zu verstehen.

Wachstumbeiträge verschiedener Nachfragekomponenten

In der Vergangenheit beruhte das Wachstum der deutschen Wirtschaft zumeist auf seiner guten Exportperformance bei gleichzeitig eher schwacher Binnenkonjunktur. Das Phänomen wurde vielfach als „deutscher Mer-

Abbildung 1: Wachstumsbeiträge der Verwendungsaggregate ‚Privater Konsum‘ und ‚Außenbeitrag‘ (in Prozentpunkte)



Quelle: Stat. Bundesamt – GovData (www.govdata.de/pt_PT/daten/-/details/destatis-dataset-81000-0029)

kantilismus“ beschrieben und führte in der Eurozone insbesondere deshalb zu heftiger Kritik, weil es der Eurokrise die realwirtschaftliche Grundlage lieferte. Vielfach kam die Forderung auf, durch höhere Lohnsteigerungen die Binnennachfrage zu stärken, damit die Wachstumskräfte auf eine breitere Basis zu stellen und die Ungleichgewichte in der Eurozone zu reduzieren. In den letzten Jahren, so die Behauptung, hätte eine expansivere Tarifpolitik bereits in diese Richtung gewirkt und sollte deshalb entsprechend fortgesetzt werden. Um diese Überlegungen zu prüfen (wobei natürlich die empirische Basis weniger Jahre zu schwach ist, um gesicherte Aussagen machen zu können), wollen wir uns zunächst einmal die Wachstumsbeiträge der verschiedenen Komponenten des Bruttoinlandsproduktes anschauen: Tatsächlich ist der Beitrag des privaten Konsums gegenüber dem Außenbeitrag seit der Weltfinanzkrise 2008 tendenziell gestiegen, ohne aber den Außenbeitrag in seiner Bedeutung für die Wachstumsentwicklung gänzlich abgelöst zu haben (vgl. Abb.

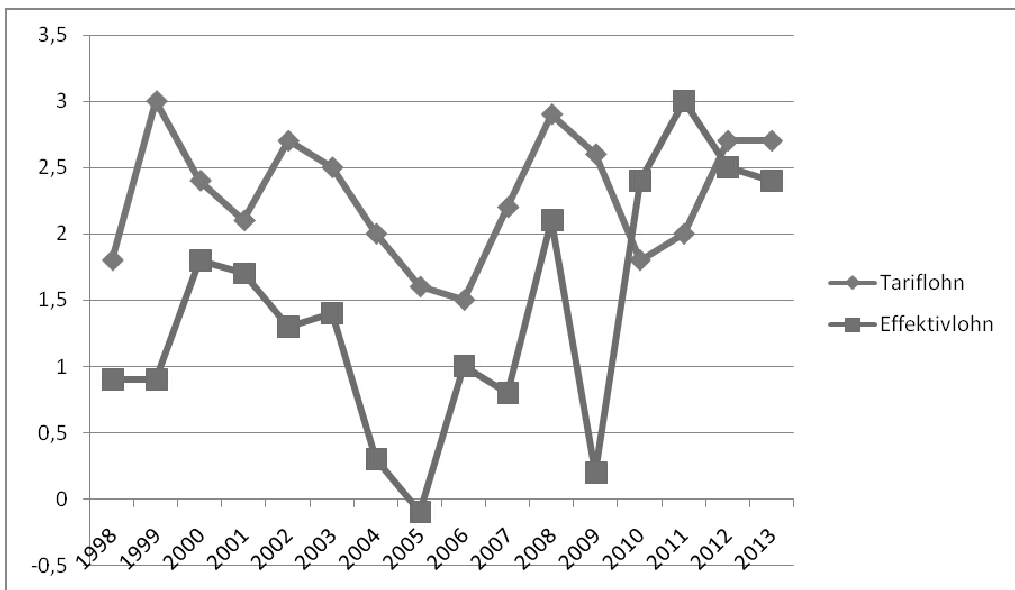
1). Dennoch kann man sagen, dass der private Konsum gegenwärtig die wesentliche Konjunkturstütze ist.

Tarif- und Effektivlohnentwicklung

Ist dies auf eine expansivere Tarifpolitik und höhere Tarifabschlüsse nach der Weltfinanzkrise zurückzuführen? Abb. 2 zeigt, dass sich die Tarifpolitik über einen längeren Zeitraum und mehrere Konjunkturzyklen hinweg kaum signifikant verändert hat – zwar stiegen die Tariflöhne nach der Weltfinanzkrise recht deutlich an, doch war dies im konjunkturellen Aufschwung der 2. Hälfte der 2000er Jahre ganz ähnlich.

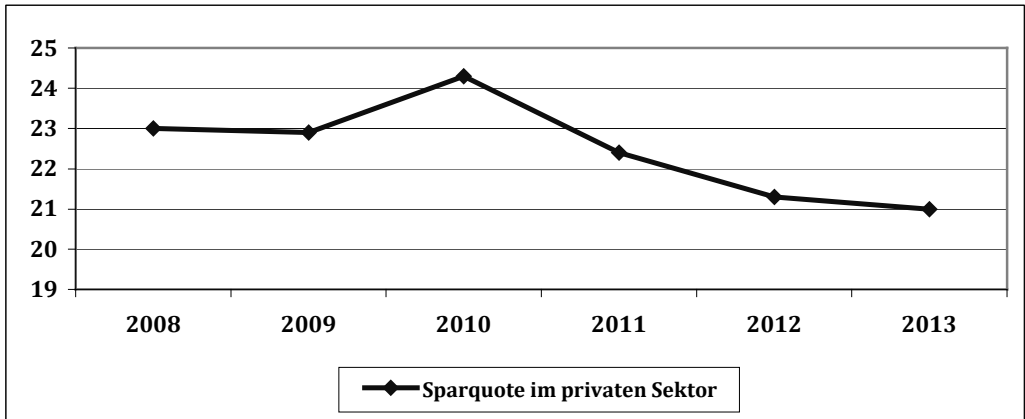
Auffälliger ist die Entwicklung der Effektivlöhne (pro Erwerbstätigen), die nach der Weltfinanzkrise nicht nur stärker als früher angestiegen sind, sondern die Differenz zu den Tariflohnsteigerungen deutlich reduziert hat (und in 2010 und 2011 sogar überschritt). Die Differenz aus Tarif- und Effektivlohnsteige-

Abbildung 2: Entwicklung der Tarif- und Effektivlöhne (Veränderung in Prozent)



Quelle: Europäische Wirtschaft, stat. Anhang 2013; WSI-Tarifhandbuch

Abbildung 3: Entwicklung der Sparquote im privaten Sektor (Anteil am BIP in Prozent)



Quelle: Europäische Wirtschaft, stat. Anhang 2013

rungen ergibt sich daraus, dass der Deckungsgrad von Tariflöhnen in der jüngeren Vergangenheit deutlich abgenommen hat und insgesamt nurmehr bei ca. 60 Prozent liegt – allerdings ist dies eher eine mittelfristige, strukturelle Entwicklung. Kurzfristige Abweichungen zwischen der tariflichen Stundenlohn- und der Effektivlohnentwicklung (pro Erwerbstätigen) liegen hauptsächlich in der Arbeitszeit pro Erwerbstätigen begründet, die heute mittels Arbeitszeitkonten und Präkariisierung der Arbeitswelt recht flexibel geworden ist: Der deutliche Einbruch der Effektivlöhne gegenüber der Tariflohnentwicklung in der Weltfinanzkrise 2009 zeigt eine deutliche Reduktion der Arbeitszeit pro Beschäftigten (neben der internen Flexibilität über Arbeitszeitkonten spielt hier das Instrument der Kurzarbeit ebenso eine Rolle), der starke Anstieg der Effektivlöhne nach 2009 spiegelt die Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitszeit pro Beschäftigten wider.

Entwicklung der Spartätigkeit

Neben der Effektivlohnsteigerung dürfte aber auch, wie Abb. 3 zeigt, der Rückgang der Sparquote im privaten Sektor angesichts negativer Realzinsen auf viele traditionelle Anlagemöglichkeiten einen positiven Einfluß auf

die private Konsumnachfrage entfaltet haben – ein entsprechender Anstieg der privaten Konsumneigung, verstärkt durch eine gute Effektivlohnentwicklung dürfte sicher zu einer Stärkung der deutschen Binnennachfrage beigetragen haben.

Die weiter schwache Tariflohnentwicklung wird vor allem deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Tariflohnsteigerungen vor der Weltfinanzkrise angesichts deutlich höherer Arbeitslosigkeit durchgesetzt wurden (im Schnitt lag die offiziell registrierte Arbeitslosenquote bis 2008 über 8 Prozent, gegenwärtig liegt sie bei etwa 6 Prozent) als es gegenwärtig der Fall ist. Durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik, könnte künftig die Binnennachfrage zur tragenden Säule der wirtschaftlichen Entwicklung werden – auch über die stagnativen 1,5 Prozent der Jahreswirtschaftsberichtsprognose hinaus. Gleichzeitig könnten damit die Ungleichgewichte in der Eurozone abgebaut und damit die Stabilität der Europäischen Währungsunion erhöht werden. ■

↳ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die aktuelle Zahl 100 Milliarden

von Brigitte Unger

Steuerhinterziehung – der kleine Unterschied...

Mehr als **100** Milliarden Euro Vermögen haben Deutsche laut einer Studie von *Booz and Company* in der Schweiz gebunkert. Ein beachtlicher Teil davon stammt aus Steuerhinterziehung. Auch Alice Schwarzer, mit Ihrem Buch „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen“ eine Ikone der französischen und deutschen Frauenbewegung, hat Steuern hinterzogen. Ihre Selbstanzeige und deren Bekannt werden durch Indiskretionen im Finanzministerium werfen die Frage auf, wer hier wen hintergangen hat. Die deutsche Elite, zu der auch Schwarzer zählt, hat es offensichtlich vorgezogen, ihre Gelder lieber in der Schweiz zu horten, statt dem deutschen Wohlfahrtsstaat als Steuereinnahme abzuliefern. Misstraut die Elite dem Staat? Ein Staat, der deutsche Steuergelder dazu verwendet, dass Griechenland seine Schulden an deutsche Banken begleichen kann, sodass diese für ihre Fehlinvestitionen in Griechenland keine Einbußen erleiden? Ein Staat, der in keinsten Weise offenlegt, wo die aus Steuern finanzierten EU-Hilfsgelder letztendlich gelandet sind?

Oder hat die Elite so stark abgehoben, dass sie sich mit einem Wohlfahrtsstaat nicht mehr identifiziert? Hat die Elite den Staat hintergangen, weil sie Gesundheitsversorgung, Schulen und Renten lieber privat regelt statt in den Topf eines Systems einzuzahlen von dem sie persönlich nichts mehr hat?

Und umgekehrt, der Informant aus dem Finanzamt, der die Selbstanzeige Schwarzers unter Missachtung des Datenschutzes bekannt gemacht hat: hat er vielleicht moralische Bedenken bekommen wenn Steuerhinterzieher, die Diebstahl an der Öffentlichkeit begangen haben, durch Selbstanzeige straffrei ausgehen, während ein kleiner Ladendieb in Deutschland

bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt werden kann? Ein Finanzbeamter, der die Strafe der Rufschädigung für Prominente ersinnt, weil der Staat es verabsäumt hat, adäquate Strafen für heimkehrende Steuerhinterzieher festzulegen?

Ein unbehaglicher Zustand. Beamte des Staates verraten Steuergeheimnisse der Bürger und Bürger die probieren, den Staat übers Ohr zu hauen. Und die Politik verschweigt, wo die deutschen Steuergelder der EU-Hilfen letztendlich gelandet sind. Ein Dilemma. Um aus diesem Dilemma herauszukommen bräuchten wir:

1. Transparenz darüber, was mit Steuergeldern passiert.
2. Strafen für Steuerhinterzieher, auch wenn sie sich selbst anzeigen, eventuell gestaffelt und mit Toleranzmargen.
3. Eine Korrektur der immer ungleicher werdenden Einkommens- und Vermögenssituation in Deutschland, die diese Misere der Abkoppelung der Elite ja erst verursacht hat. Wie der WSI Verteilungsbericht 2013 zeigt, ist derzeit keine Trendumkehr zu einer gleicheren Verteilung feststellbar.
4. Die Festlegung von Unter- und Obergrenzen von Einkommen, sodass die Einkommensverteilung der von Aristoteles vorgeschlagenen Verteilung 1:10 entspricht und nicht wie heute 1: 1000000, damit bestimmte Bevölkerungsgruppen nicht völlig abheben.
5. Die Einführung einer Vermögensteuer. Denn Vermögen klaffen noch viel weiter auseinander als Einkommen.

Der kleine Unterschied des effektiven Steuereintreibens hätte große Folgen, vor allem würde er Rufmord an Prominenten ersparen und den Wohlfahrtsstaat finanzieren. ■

☞ Prof. Dr. Brigitte Unger ist Direktorin des WSI in der Hans Böckler Stiftung.

Glosse: Ich bin schon da!

von Robert von Olberg

Das waren Szenen, die das Sozi-Herz begeistern konnten. Bei Verkündung des Ergebnisses des Mitgliederentscheids zur großen Koalition jubelt die Partei ihrem Vorsitzenden zu. Der ist sichtlich bewegt. Die Beteiligung und Zustimmungsrate hat alle Erwartungen übertroffen. Fast mochte man laut rufen: Die SPD ist wieder da! Selbst für das knappe Viertel Genossinnen und Genossen, das dem Kurs der Spitze nicht folgen wollte, gab es am Ende versöhnliche Worte. Was will man mehr?

Aber: So viel Glanz und Gloria gönnt Angela Merkel dem neuen Kabinettpartner nicht lange. Sie platziert lieber zeitgleich eine echte Kracher-Nachricht: Auch in Deutschland soll nun möglich sein, was in anderen Ländern so ein enormer Schritt war, dass er es bis in die Top-News auch deutscher Nachrichtensendungen schaffte. Auch Deutschland meint nun ganz offiziell: Selbstverständlich kann eine Frau Verteidigungsministerin werden. Erst recht, wenn es Ursula von der Leyen ist. Superministerin für Rente und Gesundheit? Wer es schon einmal fast zur First Lady im Schloss Bellevue geschafft hätte, ohne dafür ein männliches Staatsoberhaupt ehelichen zu müssen, der – oder besser die – braucht schon größere Aufgaben und dazu das Signum „Sensation“. In Spanien schreitet die Oberbefehlshaberin die Truppenreihen mit kugelrundem Babybauch ab. Da wird das in Deutschland eine siebenfache Supermutter doch mit Links schaffen. Wenn Frauen schon seit zwölf Jahren alles werden können in der Bundeswehr, muss das doch auch für den Chefposten gelten.

Die Personalentscheidung der Kanzlerin steht aber auch für das Hase-und-Igel-Spiel. Emanzipation, Gleichstellung, Frauenpolitik – das können die von der Union doch gar nicht, meinen die Sozis immer. Dass ausgerechnet

eine von denen die erste Frau im Kanzleramt wurde – ein unglücklicher Zufall der Geschichte. Frauenquote, Equalpay, U3-Betreuung – das und vieles mehr musste doch erst die SPD CDU und CSU beibringen. Und die in Bayern wollen noch immer nichts gelernt haben. Siehe Herdprämie. Aber nein, Merkel und ihre Partei mögen in den Augen der alten Häsin SPD in Sachen Frauen- und Gleichstellungspolitik zwar wie ein Igel ziemlich krumme, kurze Beine haben, mit denen sich wohl kein emanzipatorisches Wettrennen gewinnen lässt. Gewiefter aber ist die Igelin. Siegesicher läuft die Häsin ins Ziel, doch da steht die Igelin und ruft: „Ich bin schon da!“

Bei Wahlen punkten Merkel und Co. sowieso schon mehr bei den Frauen als die SPD. 44 Prozent der Wählerinnen entschieden sich für die Union, nur 24 Prozent für die SPD. Thematisch hatte die Union bei dieser Wahl für Frauen tatsächlich etwas zu bieten. Die Bedeutung des Themas Mütterrente bei den Koalitionsverhandlungen zeigt das deutlich. Bei CDU und CSU war das „Ja“ eindeutig. Das „Ja“ der SPD war wie so oft ein „Ja, aber“. Auch wenn das Argument, eine Steuerfinanzierung sei die gerechtere und für die Rentenkassen verträglichere Lösung, natürlich zutrifft. Das ist aber doch eher eine Diskussion für das politische Raumschiff Berlin als eine griffige Parole für die Marktplätze der Republik.

Bleibt also ernsthaft die Frage: Wer ist denn nun die Emanzipationspartei? Die SPD muss sich langsam wirklich Sorgen machen. ■

↳ Robert von Olberg studiert Politikwissenschaft und ist stellvertretender Vorsitzender der SPD Münster.

Geldschöpfung und Finanzmärkte

von Michael Wendl

Mit der Finanzmarktkrise sind die Geschäftsmodelle der Geschäftsbanken wieder in die Diskussion gekommen. In den USA wurde 1933 in Folge der Weltwirtschaftskrise eine externe Regulierung der Banken statt der früheren Selbstregulierung eingeführt. Kunden- und Einlagegeschäft der Banken wurden durch den Glass-Steagall-Act vom Investmentbanking getrennt. Diese Trennung wurde für die USA 1999 wieder aufgehoben. Es kann so aussehen, dass diese Entscheidung verantwortlich war für die schwere Finanzmarkt- und daran anschließend Bankenkrise 2007/2008. Deshalb sind in den USA 2011 mit dem Dodd-Frank-Act neue Regulierungen für die Banken beschlossen worden, von denen die sog. Volcker-Rule die bekannteste ist. Sie beinhaltet u.a. ein Verbot des Eigenhandels. Die Annahme, dass eine Trennung der Banken schwere Banken Krisen verhindert, ist jedoch falsch. Es gab in den USA mehrere schwere Banken Krisen, z.B. die Savings & Loans-Krise der Sparbanken in den 1980er Jahren. Die Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken und das Handeln der Investmentbanken haben den Aufbau einer spekulativen Blase begünstigt und zu ihrem spektakulären Platzen 2007 mit beigetragen.

Universal- oder Trennbanken?

In Deutschland und Europa sind entsprechende Vorschläge gemacht worden, u.a. von Peer Steinbrück und Erhi Liikanen. Hinter diesen Vorschlägen steht die Überlegung, dass die Ersparnisse, die bei den Banken als Guthaben gehalten werden, nicht für mögliche spekulative Geschäfte der Banken im Rahmen des sog. Investmentbankings verwendet werden. Dieser Vorschlag zielt darauf ab „besonders riskante Geschäfte am Kapitalmarkt vom klassischen Einlagen- und Kreditgeschäft zu trennen. Das soll es unmöglich machen, dass

Spekulationen mit Devisen, Rohstoffen oder Wertpapieren die Ersparnisse von normalen Bürgern in Mitleidenschaft ziehen“ (Handelsblatt v. 26.4.2013: 57). Von der Liikanen-Kommission wurde der Vorschlag übernommen, Handelsaktivitäten, die 20 Prozent des Geschäftsvolumens (gemeint ist die Bilanzsumme der Bank) oder 100 Milliarden Euro übersteigen, abzutrennen und in eine rechtlich selbständige Einheit der Bank zu überführen. Dieser Vorschlag läuft in der Debatte als „Trennbanken light“, weil er nicht auf eine vollständige Trennung der Banken, sondern auf eine Separierung der Bankgeschäfte unter einem gemeinsamen Dach hinausläuft.

Beiden Vorschlägen, dem Steinbrück-Papier und dem Bericht der Liikanen-Kommission unterliegt ein Verständnis der Banken als *Intermediäre*, also die Vorstellung, dass Banken die Ersparnisse der Gläubiger in Kredite an die Schuldner transformieren, dass sie Geld von da, wo es nicht gebraucht wird, dort hinbringen, wo es gebraucht wird. Diese einfache Sicht prägt das Alltagsbewusstsein der Wirtschaftsakteure. Es prägt auch ganz überwiegend Bankbetriebslehre und neoklassische Mikroökonomie, die Kapitalmärkte als intermediäre Märkte verstehen. Aus dieser Sicht wirken die Vorschläge von Steinbrück und Liikanen attraktiv. Sie kennzeichnet in der Regel auch die Berichterstattung über die Banken und ihre Geschäfte in der Wirtschaftspresse. Diese einfache Sicht auf Banken und ihrer Finanzierung entspricht aber nicht der Wirklichkeit.

Ein Blick auf die Geschichte der Geldschöpfung

Wir müssen einen Blick in die Theoriegeschichte der Volkswirtschaftslehre werfen, um zu einer Theorie der Geldschöpfung zu kommen. Diese Debatte beginnt bereits

Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Banking-Currency-Kontroverse, die Marx im 3. Band des ‚Kapital‘ kommentiert hatte. Bekannt ist die Behauptung von Joseph Schumpeter aus dem Jahre 1911, dass die Banken über ihre Kreditvergabe neue Kaufkraft und damit Geld aus dem „Nichts“ schaffen (Schumpeter 1998: 109, Werner 2007: 231f.). Die Entdeckung und Diskussion dieses Vorgangs ist erheblich älter als diese These, aber Schumpeter ist der populäre Ökonom, der diese Sicht öffentlichkeitswirksam publiziert hat. Keynes sprach 1931 von „Fiat Money“, also künstlich geschaffenes Geld (Keynes 1983: 8). Die Banken sind aus dieser Sicht nicht nur Intermediäre, sondern zugleich auch *Schöpfer von neuem Geld*. Diese Sicht ist in der aktuellen Debatte über Geldschöpfung und Geldpolitik im Rahmen der Rettungsmaßnahmen der EZB nicht unumstritten. Sie war in den 1920er und 1930er Jahren allgemein bekannt, ist aber nach den 1970er Jahren in Deutschland als Folge des Kurswechsels zum Monetarismus, der danach die Geldpolitik der Bundesbank bestimmt hat, in den Hintergrund gerückt worden (1). Im Alltagsbewusstsein der Wirtschaftsakteure wird diese Geldschöpfung aus dem Nichts nicht wahrgenommen. Warum?

Die Akteure gehen zunächst davon aus, dass die Banken als Vermittler oder Intermediäre handeln, die Geld von einer Stelle der Wirtschaft, an der es gespart wird, an die Stellen der Wirtschaft bringen, wo Geld gebraucht oder investiert wird. Insofern handeln die Banken als eine Art Buchhaltung der Volkswirtschaft, eine Funktion, die bereits Karl Marx (MEW 25: 620), und nach ihm Knut Wicksell und Joseph Schumpeter (2008: 126) herausgearbeitet haben. Diese Buchhaltungen können zusätzlich Kredite vergeben, indem sie eine buchhalterische Fiktion in die Welt setzen. Sie unterstellen nämlich, dass der Schuldner des Kredits entsprechende Mittel als Guthaben hinterlegt hat. Die restliche Welt kann nicht wissen, ob das fragliche Geld aus echten Ersparnissen kommt, oder eine Fiktion (also die

Annahme einer zukünftigen Zurückzahlung des Kredits) darstellt, die von den Banken damit quasi aus dem Nichts geschaffen worden ist. Die restliche Welt nimmt an, dass auch diese Kredite auf der Übertragung von Ersparnissen und nicht auf einer Kreditschöpfung aus dem Nichts basieren. Diese Kreditschöpfung ist zugleich Geldschöpfung, da der Schuldner seinen Kredit oder Teile davon in bares Geld umwandeln kann. Marx: „Mit der Entwicklung des zinstragenden Kapitals und des Kreditsystems scheint sich alles Kapital zu verdoppeln und stellenweise zu verdreifachen durch die verschiedene Weise, worin dasselbe Kapital oder auch nur dieselbe Schuldforderung in verschiedenen Händen unter verschiedenen Formen erscheint. Der größte Teil dieses ‚Geldkapitals‘ ist rein fiktiv.“ (MEW 25: 488). Er weitet diese kritische Sicht dann aus auf den Reservefonds der Bank von England, für den auch diese Verdoppelung und Verdreifachung des Kreditsystems gelte“ (490). Engels hat diese Aussage dahingehend zugespitzt, dass es damit der Bank von England möglich geworden ist „beliebige Mengen von Banknoten auszugeben, ohne Rücksicht auf deren Deckung durch den in ihren Händen befindlichen Goldschatz“ (MEW 25: 492, Fn.5).

Hinter der Verdrehung dieser Geldschöpfung zu den der Geldschöpfung scheinbar vorausgesetzten Ersparnissen, die verliehen werden, steht eine Form des Kapitals, in der die Gründe für die Vermehrung des Kapitals sich verdreht oder mystifiziert darstellen, indem sie der Natur des Kapitals selbst zugeschrieben werden. Das eingesetzte Kapital vermehrt sich, die Gründe für seine Vermehrung sind nicht klar und werden dadurch zur Eigenschaft des Kapitals, sich selbst zu vermehren, gemacht. Da es zunächst offen ist, ob das neue über den Kredit geschaffene Geld sich wirklich vermehrt, hat Marx diese Form des zinstragenden Kapitals als „fiktives“ Kapital im Unterschied zum „wirklichen“ „mehrwertheckenden“ Kapital bezeichnet. Er entschlüsselt diese Verkehrung und weist

auf den bloß fiktiven Charakter dieses neu geschaffenen Kapitals hin. Er zeigt aber auch auf, dass den Akteuren der Unterschied zwischen dem reproduktiven oder „mehrwertheckenden“ Kapital und dem bloß „zinstragenden“ Kapital nicht klar ist. Denn man sieht dem Kapital nicht an, ob es aus der Aneignung von Mehrwert stammt, oder ob es nur eine in die Zukunft gerichtete Hoffnung auf die mögliche Aneignung von Mehrwert darstellt. Die entscheidende theoretische Leistung von Marx besteht gerade darin zu zeigen, warum sich die Akteure falsche oder verdrehte Vorstellungen über die Entwicklung des Kapitals und die Gründe seiner Vermehrung machen. „Der Umstand, dass verliehenes Kapital Zins abwirft, ob wirklich als Kapital verwandt oder nicht – auch wenn nur zur Konsumtion geborgt – befestigt die Vorstellung von der Selbständigkeit dieser Form des Kapitals“ (MEW 25: 389).

Diese Erkenntnis ist unverändert aktuell. Sie kann auch dazu beitragen, zu verstehen, warum die Akteure auf den Finanzmärkten das, was sie dort getan haben, nicht exakt verstanden haben, sodass es zu dieser schweren Krise gekommen ist. Marx hat diese Art von Geldschöpfung durchaus kritisch gesehen. Er meinte damals noch, dass das Papier- oder Zeichengeld von seiner metallischen Unterlage nicht loskommen könne und es in einer Wirtschaftskrise dann zum „plötzliche(n) Umschlag des Kreditsystems in das Monetarsystem“ (MEW 25: 552) kommen muss. Zu seiner Zeit einer Golddeckung des Geldes stimmte das noch. Heute wird zusätzliches Geld völlig ohne Verbindung zum Gold geschöpft. Weil dieser „Anker“ einer goldgedeckten Währung fehlt, sind die Fragen nach einer Inflation oder nach einer Deflation, wenn die volkswirtschaftliche Wertschöpfung und der Geldumlauf nicht mehr übereinstimmen, so brisant.

Gemeinsam ist diesen Vorstellungen von Marx, Schumpeter und Keynes, dass Geld nicht neutral ist, also Wirkungen auf die „realen“ Wirtschaftsprozesse hat und dass zugleich

PapyRossa Verlag



Heinz-J. Bontrup Krisenkapitalismus und EU-Verfall

Paperback
978-3-89438-537-8
231 Seiten | 15,90 Euro

Gestützt auf breites empirisches Material bestimmt Heinz-J. Bontrup Charakter und grundsätzliche Mechanismen der Wirtschaftskrise. Sein Fazit: Das Festhalten an den Glaubenssätzen des Neoliberalismus verschärft die Krise und befördert den Verfall der Europäischen Union.



Georg Fülberth G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus

Paperback
978-3-89438-518-7
347 Seiten | 16,90 Euro

Was ist das, wovon alle Reden: Kapitalismus? Der theoretischen Klärung folgt eine historische Darstellung. Sie umfasst auch die Gegenbewegungen und mündet in die Frage nach dem Ende dieser Produktions- und Lebensweise.

»Eine gewaltige Wohltat«
(Dietmar Dath, FAZ)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Geld „endogen“ ist, also im Wirtschaftsprozess selbst durch Banken nach den Kreditbedürfnissen der Wirtschaft geschaffen und nicht „exogen“ durch die Zentralbank gesetzt wird. Eine Differenz besteht darin, dass manche Keynesianer davon ausgehen, dass die Zentralbank das Geld schöpft und es danach den Geschäftsbanken zur Verfügung stellt. Andere Ökonomen heben dagegen hervor, dass die Geschäftsbanken über die Kredite, die sie gewähren, Geld schöpfen und die Zentralbank nur die Rolle des „Lender of Last Resort“ zu spielen hat, der einspringt, wenn die Kreditketten zu reißen drohen (so Heine/Herr 2008, dagegen Werner 2007).

An der Verdrängung des Geldschöpfungsprozesses der Banken in der neoklassischen Theorie und dem Alltagsbewusstsein werden zum einen die Wirkungen dieser mystifizierten Form des Kapitals deutlich. Zum anderen sehen wir aber auch, dass von bestimmten Strömungen der Wirtschaftswissenschaft diese Mystifikationen durchbrochen werden können, weil sie in der Lage sind, zwischen dem Güterzins auf der Basis von Profit und dem bloßen Geldzins auf der Basis des Kredits zu unterscheiden. Namentlich sind das nach Marx, Wicksell, Schumpeter und J.M. Keynes, aber auch deutschsprachige Ökonomen in den 1920/30er Jahren. Diese Diskussionen sind heute unter Ökonomen kaum bekannt, weil die neoklassische Theorie die Erkenntnis der Geldschöpfung durch das Bankensystem geradezu systematisch verdrängt hat. In Deutschland wird dies heute nur von keynesianischen Ökonomen so gesehen.

Diese Geldschöpfung aus dem Nichts haben die Ökonomen der „österreichischen Schule“, also Ludwig von Mises, August F. von Hayek und deren Schüler erkannt. Sie haben diese Funktion aber theoretisch entschieden bekämpft, weil sie diese Geldschöpfung als Produktion von „Falschgeld“ und ihre Verbreitung als „inflationistische Irrlehre“ verurteilt haben. In dieser Tradition stehen heute noch

die „harten“ Monetaristen, deren Plädoyer für eine Golddeckung des Geldumlaufs unter dem Eindruck der Euro-Krise und der Angst vor Vermögensverlusten wieder Aufmerksamkeit gewinnt. Aber auch Irving Fisher und Milton Friedman als Vordenker des Monetarismus schließen sich der Kritik der „Österreicher“ an und plädierten in den 1930er Jahren für ein „100-Prozent-Money“, oder „Vollgeld“. Das wiederum knüpft an den Vorschlag von Silvio Gesell nach einem „gestempelten“ Geld, um den Zins auszuschalten, an. Danach kann nur die Zentralbank Kredite vergeben und die Geschäftsbanken müssen ihre Kredite mit einem Mindestreservesatz von 100 Prozent bei der Zentralbank hinterlegen. Faktisch würden die Geschäftsbanken damit auf ihre Rolle als Intermediäre beschränkt und nur die Zentralbank würde zusätzliches Geld schöpfen und ausreichen, für das sie dann eine Gebühr (Seigniorage) verlangen kann. Im deutschen Sprachraum wurde diese Sicht von den Gesellianern aufrecht erhalten. Heute hat Attac diese Vorschläge aktualisiert, um ein „Vollgeld“ oder eine 100-prozentige Mindestreserve der Banken bei der Notenbank zu fordern. Dahinter steht die Kritik am Zins und an den Banken, die die aus der Geldschöpfung resultierenden Zinsdifferenzen für sich einkassieren. Diese Sichtweise kann mit dem Fortgang der Krise auch wieder populär werden, weil sie wieder an bestimmte Sichtweisen von „Freigeld“, „Regionalgeld“ oder „Tauschringen“ in der theoretischen Tradition von Gesell anschließen kann. Auch eine einfache linkspopulistische Bankenkritik, wie sie in Deutschland von Sahra Wagenknecht repräsentiert wird, kann solche Vorschläge zu einer oberflächlichen Bankenkritik popularisieren. (2)

Während Schumpeter und auch Keynes die Geldschöpfung aus dem Nichts positiv sehen, weil sie die Abhängigkeit von Wachstum und Beschäftigung von den Ersparnissen auflöst und deshalb positive Wirkungen auf die Güterproduktion und damit auf den Stand von Beschäftigung und der Einkommen hat, wird

sie von den monetaristischen Ökonomen sehr kritisch gesehen. Denn diese Geldschöpfung stellt ihre Konstruktion eines realwirtschaftlichen Gleichgewichts, das in sich stabil sein soll und nur von außen gestört werden kann, in Frage. In den Modellwelten der neoklassischen Theorie, die für die Bankbetriebswirtschaftslehre gelten, kommen die Notenbank und ihre Rolle bei der Geldschöpfung wie auch die Geldschöpfung durch die Banken nicht vor, weil in der Einfachheit der neoklassischen Modelle eine Emissionsbank nicht vorgesehen ist und deshalb ausgeblendet wurde. Auch die aktuelle Finanzmarktkritik aus dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (siehe DIW-WB 18/2013) geht implizit, ohne diese Frage der Geldschöpfung zu thematisieren, von der Rolle der Banken als bloße Intermediäre aus.

Wir können nach diesem kurzen Blick zur Geschichte der Geldtheorie feststellen, dass die populäre Vorstellung einer Trennung der Banken in eine „sichere“ Bank und in eine Bank für die „riskanten“ Geschäfte auf einer Konstruktion basiert, die so nicht haltbar ist. Eine verselbstständigte Investmentbank braucht die Guthaben der Sparer nicht, um damit spekulieren zu können. Sofern sie über eine Banklizenz und Wertpapiere verfügt, kann sie sich über die Zentralbank durch die Hinterlegung von Wertpapieren Geld beschaffen und damit Handel betreiben. Auch eine reine Geschäftsbank kann von sich aus Kredite an Schuldner vergeben, die, wenn sie nicht zurückgezahlt werden, die Bank in eine Insolvenz treiben, sodass sich die Frage der Rettung durch Einlagensysteme und in letzter Instanz die Zentralbank oder den Staat stellt.

Diese Debatte ist darüber hinaus auf das Problem der systematischen Labilität der Finanzmärkte konzentriert und vernachlässigt die warenproduzierende und dienstleistende Ökonomie, deren regelmäßige Konjunkturkrisen und Disparitäten in der Einkommensverteilung die leistungswirtschaftlichen Voraussetzungen für die spekulativen Blasen auf den

Finanzmärkten bilden. Eine Neuregulierung nur des Bankensektors greift daher zu kurz.

Anmerkungen:

- (1) Inzwischen sind zwei Texte erschienen, in denen diese Geldschöpfung aus dem Nichts gut dargestellt wird. Siehe Schieritz 2013, Herrmann 2013. Der traditionelle Marxismus kann, entgegen der Darstellung bei Marx selbst, mit dieser Geldschöpfung nichts anfangen, entweder weil er an die Golddeckung des Geldes glaubt oder mit der Übernahme des Finanzkapital-Begriffs von Hilferding die marxsche Geldtheorie preisgegeben hat (siehe Wendl 2013).
- (2) Diese simplifizierende Kritik an den Banken ist innerhalb der politischen Linken, aber auch bei der politischen Rechten populär, wie die Bankenkritik aus der Linkspartei und die Bankenschelte aus den Reihen der AfD, ebenso wie die Fokussierung von Wolfgang Streeck auf Goldman-Sachs demonstriert. ■

Literatur:

- Michael Heine/Hansjörg Herr, Die Europäische Zentralbank, Marburg 2008.
- Ulrike Herrmann, Der Sieg des Kapitals, Frankfurt 2013.
- John M. Keynes, Vom Gelde, Berlin 1983.
- Karl Marx, Das Kapital Bd. 3 in: MEW Bd. 25.
- Mark Schieritz, Die Inflationslüge, München 2013.
- Joseph Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin 1998.
- Joseph Schumpeter, Das Wesen des Geldes, Göttingen 2008.
- Richard Werner, Moderne Wirtschaftspolitik, München 2007.
- Michael Wendl, Machttheorie oder Werttheorie?, Hamburg 2013.

☞ Michael Wendl ist Publizist und Mitherausgeber der Zeitschrift Sozialismus.

Sammelrezension: Mit Blick auf Marx

Überblicksrezension aktueller Titel

von Thilo Scholle

Die Literatur zu Leben und Werk von Karl Marx, aber auch Texte die im weitesten Sinne einen Anschluss an marxisches Denken suchen, wächst weiterhin. Im Folgenden sollen zunächst einige aktuelle Titel zu Leben- und Rezeptionsgeschichte vorgestellt werden. Anschließend ist auf einige Neuübersetzungen von Texten von Louis Althusser hinzuweisen. Zum Abschluss werden Bücher mit aktuellen Bezügen vorgestellt.

Biographisches und Rezeptionsgeschichtliches

Interessante Perspektiven auf Karl Marx bietet der von Elisabeth Dühr herausgegebene Begleitband zur Ausstellung „Ikone Karl Marx“, die im Jahr 2013 im Stadtmuseum Simeonsstift in Trier gezeigt wurde. So zeichnet die langjährige Leiterin des Marx-Hauses in Trier, Beatrix Bouvier, den Weg der Darstellungen Marx` „vom Bildnis zur frühen Ikone“ nach. Weitere Beiträge widmen sich

seiner Bilddarstellung in DDR und Sowjetunion sowie der Nutzung seines Bildes in der Werbung. Beeindruckend sind die umfangreichen Reproduktionen der Exponate. Die Texte sind allesamt sorgfältig verfasst, zwischen ideologischer „Ikonographie“ und Marx eigener Selbstdarstellung wird klar getrennt. So ist der Band zugleich ein guter Text zur politischen Bildkultur der Arbeiterbewegung insgesamt. Dass Marx sich gegen vieles nicht wehren konnte, was in seinem Namen postuliert wurde, ist ein alter Hut. Dass dies in einem beträchtlichen Maß auch für seine Inszenierung als Ikone gilt, zeigt der Band.

Etwas irritierend ist der Einstieg in den Band „Prüfstein Marx“: Dort schreiben die beiden Herausgeber Matthias Steinbach und Michael Ploenus, Marx solle im vorliegenden Band als historisches Thema aufgegriffen werden, eine neue Lektüre von Marx wird verworfen. Unklar bleibt aber, ob die Herausgeber damit Marxsches Denken generell historisieren und gegen jede aktuelle Weiterentwicklung abschließen wollen, oder ob sich dieses Diktum nur auf die Beiträge im Band selbst beziehen soll. Die im Band versammelten Beiträge decken jedenfalls eine sehr große Spannweite an Themen ab und schaffen durchaus auch Grundlagen für aktuelle Beschäftigungen mit Marx. So enthält der Band u.a. einen schönen Beitrag von Manfred Neuhaus zu Geschichte und editionsphilologischen Grundlagen und Perspektiven der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA). Regina Roth gibt einen instruktiven Überblick über die Editionsgeschichte des „Kapital“. Interessant ist auch der Beitrag des Mitherausgebers Ploenus über das Genre der Marx-Biographie. Weitere Beiträge befassen sich mit der Marx-Rezeption im Sozialkatho-

Elisabeth Dühr (Hrsg.)
Ikone Karl Marx, Kultbilder und Bilderkult



Verlag Schnell und Steiner,
Regensburg 2013, 325 Seiten, 34,95 €.

lizismus der Weimarer Republik. Unvollständig bleibt ein Beitrag von Florian Grams zur Geschichte des Marxismus in der Pädagogik, da der Autor vor allem auf kommunistische Autoren rekurriert, und sozialdemokratische AutorInnen wie beispielsweise Anna Siemsen nicht rezipiert.

Der als Sonderband der Deutschen Zeitschrift für Philosophie erschienene Band „Karl Marx- Perspektiven der Gesellschaftskritik“ enthält größtenteils Beiträge, die im Jahr 2011 auf dem Kongress „Rethinking Marx“ in Berlin gehalten wurden. Gegliedert ist der Band in die Bereiche „Philosophie“, „Ökonomie“ und „Politik“. Mehrere Autoren machen sich auf die Suche nach einer marxistischen Ethik. So bezieht sich Georg Lohmann vor allem auf „Entwürdigung als umfassende Kategorie der Kapitalismuskritik“ bei Marx. Auffällig ist, dass drei der acht Beiträge der Kategorie „Ökonomie“ sich dem Thema Gender sowie Kolonialismus widmen. Interessant ist der Artikel von Michael Heinrich, der Aspekte der Editions-geschichte der ökonomischen Texte Marxens aufzeigt, und dabei die These in den Mittelpunkt rückt, Marx selbst sei zum Schluss von der Gültigkeit eines Gesetzes zum tendenziellen Fall der Profitrate nicht mehr überzeugt gewesen. Spannend ist auch der Beitrag von Christoph Henning, in dem er sich mit aktuellen Ansätzen einer Philosophie der „Anerkennung“ im Sinne u.a. von Axel Honneth befasst. Er hält fest, dass eine „Theorie der Anerkennung“ ohne eine Theorie des Arbeitswertes nicht funktionieren kann. Insgesamt enthält der Band damit eine Reihe lezenswerter Aufsätze. Auffällig ist, dass der Bereich der hergebrachten Arbeiterbewegung, insbesondere der Gewerkschaften, nicht angesprochen wird. So wird zwar einerseits die Zentrierung orthodox-marxistischer Ansätze auf die (männliche) Arbeiterschaft kritisiert, zugleich aber keine Neupositionierung der Rolle der Arbeiterschaft im Kontext marxistischer politischer Theorie und Strategie vorgenommen.

Fast schon ein „Klassiker“ ist die Einführung in Marxsches gesellschaftstheoretisches Denken von Kößler und Wienold, das nun in „2., korrigierter und erweiterter Auflage“ vorliegt. Der Band gibt einen schönen Überblick über zentrale Themen, von „Vergesellschaftung durch Arbeit“ über „Marxsche Perspektiven auf soziale Evolution und historische Prozesse“ bis hin zum Thema „Staat und Klassengesellschaft“. In einem längeren neuen Nachwort betrachten die Autoren aktuelle Entwicklungen der letzten Jahre. Dabei sprechen sie auch Vorbehalte u.a. aus feministischer Sicht gegen die Marxsche Theorie als zu sehr auf tradierte Modelle der Erwerbsarbeit fixiert an. Im Ergebnis plädieren die Autoren für eine um diese Aspekte erweiterte Perspektive der Gesellschaftsanalyse, nicht für eine Ablösung des hergebrachten Marxschen Analyserahmens. Insgesamt besticht das Buch durch seine dichte Darstellung des Gangs Marxscher Gesellschaftsanalyse und stellte so auch einen großen Lesegenuss dar.

„Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik“ sind Themen von Hendrik Wallats Buch „Staat oder Revolution“. Ziel Wallats ist eine Kritik des Bolschewismus aus der Perspektive zeitgenössischer rätekommunistischer und anarchistischer Autoren. Damit geht es Wallat auch um Grundlagen für einen Neubeginn kommunistischer Diskussionen. Die Erinnerung an verdrängte Alternativen sei kein Schlüssel für die Zukunft und diene auch nicht der Verherrlichung einer vergangenen Epoche. Wer am Kommunismus als Inbegriff radikaler Freiheit festhalten wolle und ihn zu aktualisieren versuche, könne der radikalen Unfreiheit des historischen Kommunismus nicht entfliehen und müsse sich seines erdrückenden Erbes annehmen. Mit seiner Kritik beginnt Wallat schon bei Lenin, dessen Staatskritik in mehrfacher Hinsicht unterkomplex sei, unter anderem weil sie die zentrale formanalytische Differenz zwischen dem modernen kapitalistischen Staat und anderen historischen Herrschaftsverbänden unterschläge. Hart geht

Wallat auch mit der Sozialdemokratie ins Gericht, die 1918 „in Waffenbruderschaft mit den späteren Nationalsozialisten die Revolution“ niedergeschlagen habe. Ein großer Kritikpunkt ist der traditionelle „Arbeiterbewegungsmarxismus“, den Wallat auch bei Rosa Luxemburg und Karl Kautsky ausmacht. Der Doppelcharakter der warenproduzierenden Arbeit und dessen zentrale Bedeutung seien ein rein kapitalistisches Phänomen. Er bezeichne die kapitalistischen Vergesellschaftungsbedingungen der Arbeit, nicht aber eine ontologische Substanz, die dem Menschen als Gattungswesen innewohne. Nicht die Befreiung proletarischer Arbeit, sondern deren Abschaffung seien daher Telos kommunistischer Emanzipation.

tert und erneut in die Verbannung geschickt, wo er 1938 umgebracht wurde. Etwa die Hälfte des Bandes nimmt Rubins Manuskript „Studien zur Geldtheorie von Marx“ ein, das erst nach dem Ende der Sowjetunion veröffentlicht werden konnte. Die weiteren Beiträge widmen sich der Person und dem wissenschaftlichen Werk Rubins. Es wird deutlich, dass das Klima der Angst und Einschüchterung für kritische Marxisten in der Sowjetunion bereits von Anfang der 1920er Jahre an bestand. Die Beharrlichkeit, an eigener Forschung festzuhalten, und sich nicht einer offiziellen Theorie zu unterwerfen, die zunehmend zu einer reinen Legitimationsideologie des Herrschaftssystems verkam, zählt zu den bleibenden Leistungen Rubins.

**Carl-Erich Vollgraf/ Richard Sperl/
Rolf Hecker (Hrsg.)**

**Isaak I. Rubin, Marxforscher – Ökonom –
Verbannter (1886 – 1937)**



Beiträge zur Marx-Engels-Forschung
Neue Folge
Sonderband 4
Argument Verlag
Hamburg 2012
215 Seiten, 12,90 €

Eine schöne Marx-Biographie hat Jonathan Sperber vorgelegt. Der amerikanische Historiker versteht sich selbst offensichtlich nicht als Marxist, versucht aber trotzdem auch dem Theoretiker Marx gerecht zu werden. Dabei nimmt die Rekonstruktion des Denkens des frühen Marx, vor allem mit seinen Bezügen auf Hegel und die Jung-Hegelianer, sehr breiten Raum ein. Im Vergleich dazu fällt der Blick auf die ökonomischen Schriften Marxens recht knapp aus. Sperber sieht Marx als Gestalt einer verflossenen historischen Epoche, der uns heute kaum etwas zu sagen habe. Fraglich ist u.a. die Deutung der Debatten zwischen ADAV und SDAP in den 1860er Jahren vor der Vereinigung beider Arbeiterparteien unter der Chiffre des „Revisionismusstreits“. Insgesamt ist Sperber aber eine sehr gut geschriebene und durchaus anregend zu lesende Biographie gelungen. Zumindest die intellektuelle Faszination Marxens hat auch auf den Autor abgefärbt.

Mit Isaak I. Rubin widmet sich der Sonderband 4 der „Beiträge zur Marx-Engels-Forschung“ einem heute fast vollständig vergessenen marxistischen Ökonomen. Rubin zählte in den 1920er Jahren als Leiter des Kabinetts für Politische Ökonomie im Moskauer Marx-Engels-Institut zu den wichtigsten Mitarbeitern David Rjazanovs bei der Herausgabe der ersten Marx-Engels-Werke. Bereits von 1923 – 1926 wurde er als bekennender Menschewik das erste Mal verbannt. 1930 verhaftet und von seinem Posten entlassen, wurde er gefol-

Anzuzeigen ist auch die bibliophil sehr ansprechend gestaltete Neuauflage einer von Hans-Joachim Lieber erstmals 1961 edierten Sammlung von Marxens Schriften. Die Sammlung ist in die Bände „Frühe Schriften“ (2 Bände), „Politische Schriften“, sowie „Öko-

nomische Schriften“ (3 Bände) gegliedert. Die frühen Schriften enthalten neben der Dissertation Marx` vor allem Texte der politisch-theoretischen Auseinandersetzungen mit den Jung-Hegelianern in Deutschland bis etwa 1848. Sehr interessant ist die Zusammenstellung der „Politischen Schriften“, die neben „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ und „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ auch eine Vielzahl von Marxens journalistischen Artikeln der 1850er und 1860er Jahre enthalten. In den „Ökonomischen Schriften“ findet sich ein vollständiger Abdruck des Ersten Bandes des „Kapital“ sowie Auszüge aus den Bänden 2 und 3. Für die Neuauflage hat der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Wolfram Elsner ein aktuelles Vorwort verfasst. Im Rahmen der Wirtschaftskrise der letzten Jahre habe er begonnen, Marx wieder zu lesen. Marxens Theorie habe sich bestätigt: Es sei dem Kapitalismus nicht mehr möglich, sich aus der Klemme einer immer weiter fallenden Profitrate zu befreien. Jedoch geht der Autor auf die komplizierte Werkgeschichte gerade dieses Marxschen Theorem gar nicht ein.

Louis Althusser

Frieder Otto Wolf hat vor einigen Jahren mit der Herausgabe der Gesammelten Schriften des kommunistischen französischen Philosophen Louis Althusser (1918 – 1990) begonnen, die bei verschiedenen Verlagen erscheinen sollen.

In diesem Rahmen legte der Suhrkamp Verlag das in Deutschland erstmals 1968 verlegte Buch „Für Marx“ gemeinsam mit einem sehr lesenswerten aktuellen Nachwort von Wolf neu auf. Die Texte kreisen vor allem um die Grundlagen von Philosophie im Anschluss an Marx. Theorie versteht Althusser als „spezifische Form von Praxis“. Entschieden wendet sich Althusser gegen Diskussionen über „sozialistischen Humanismus“. Nach marxistischer Auffassung sei der Begriff „Sozialismus“ ein wissenschaftlicher Begriff, der Begriff „Hu-

manismus“ aber ein ideologischer. Gerade im Bereich der Debatten über die Funktion von „Ideologie finden sich auch noch aktuelle Anknüpfungen an Althusser. Die Werkgeschichte zu diesem Thema ist kompliziert, da Althusser zu Lebzeiten nur Auszüge aus verschiedenen Manuskripten veröffentlichte. Spannend zu lesen sind die beiden Bände „Ideologie und ideologische Staatsapparate“ (ISA) sowie „Über die Reproduktion“ aber allemal. „Staat“ wird hier als repressiver Staatsapparat verstanden, neben den die auch privaten „ideologischen Staatsapparate“ treten. Althusser nennt hier u.a. die religiösen, schulischen, familiären und juristischen ISA. In der Ideologie werde keineswegs das System der realen Verhältnisse repräsentiert, welche die Existenz der Individuen beherrschen, sondern imaginäre Verhältnisse dieser Individuen zu den realen Verhältnissen, unter denen sie leben. Abgerundet wird „Über die Reproduktion“ mit einem umfassenden Nachwort von Frieder Otto Wolf.

Erstmals ins Deutsche übersetzt wurde nun – wiederum von Frieder Otto Wolf – Étienne Balibars Büchlein „Marx` Philosophie“. Bei dem Band handelt es sich, wie Balibar selbst einräumt, nicht um eine umfassende Einführung im herkömmlichen Sinne. Vielmehr versucht der Autor, seine Perspektive auf die Marxschen Überlegungen zur Philosophie aufzuzeigen. Dies gelingt in einer sehr dichten Darstellung ausgezeichnet. Interessant sind beispielsweise die Passagen, in denen Balibar dafür plädiert, statt nach einer Marxschen Theorie der Ideologie zu suchen, mehr auf den von Marx tatsächlich häufiger verwendeten Begriff der Fetischisierung zurückzugreifen. Sehr umfassend ist die wiederum von Wolf besorgte Bibliographie zu den verschiedenen Aspekten des Buches.

Herrschaftskritisches

Wenig weiterführende Ideen enthält das Buch von Albert Krölls zu „Kapitalismus, Rechtsstaat, Menschenrechte“. Krölls beginnt

mit Feststellungen über den Zwangscharakter der Rechtsordnung und die antagonistische Natur der von ihr regulierten Gesellschaft. Im Folgenden entwickelt der Autor weitgehend frei von Verweisen auf (marxistische) rechtstheoretische Literatur eine Kritik der Verfassungswirklichkeit des Grundgesetzes. Sie wird dem Verhältnis von Kapitalismus zu Rechtsstaat und Menschenrechten jedoch in keiner Weise gerecht. Unklar ist schon, warum der Autor sich dem Thema „Rechtsstaat“ und nicht „Verfassungsstaat“ als dem wesentlich umfassenderen Konzept juridifizierter Herrschaft widmet. Marxistische Verfassungstheoretiker wie Wolfgang Abendroth werden noch nicht einmal kritisch diskutiert. In Krölls Bild von „Rechtsstaatlichkeit“ dient dieses ohne weitere Begründung lediglich der Absicherung bürgerlicher Herrschaft. Begrifflich laufen Staat, Recht und Kapitalismus zudem immer wieder ineinander, sodass eine präzise analytische Bestimmung nicht stattfindet. Nahezu absurd wird es, wenn der Staat zur offenen oder verborgenen Steuerungsinstanz nach dem unmittelbaren Willen des Kapitals gemacht wird. So lege der Staat beispielsweise die Ausbildungskapazitäten fest. Auch das eine gesetzliche Regelung kassierende Urteil zu „Hartz IV“ des Bundesverfassungsgerichts sei eigentlich vom Staat gewollt. Überzeugen kann der Gedankengang des Autors nicht.

Dass auch eine differenzierte Auseinandersetzung mit Herrschaftstechniken im Kapitalismus möglich ist, zeigen demgegenüber der von Ingo Elbe, Sven Ellmers und Jan Eufinger herausgegebene Band „Anonyme Herrschaft. Zur Struktur moderner Machtverhältnisse“, sowie der Sammelband von Alex Demirovic und Heike Walk, „Demokratie und Governance“. „Anonyme Herrschaft“ besteht aus neun Beiträgen. Die Autoren blicken aus einer herrschaftskritischen Perspektive aufs Recht, gleiten aber nicht in ein simples Bestreiten von Recht oder demokratischer Bearbeitung offener gesellschaftlicher Regulierungsform ab. So setzt sich Michael Heinrich sehr lesens-

wert und differenziert mit „Individuum, Personifikation und unpersönliche Herrschaft in Marx' Kritik der politischen Ökonomie“ auseinander, während Mitherausgeber Elbe „Eigentum, Recht und Staat in der Reinen Rechtslehre Hans Kelsens“ thematisiert. Zurückgegriffen wird aber auch auf realistische Theorien von Macht sowie auf Ansätze nach Hannah Arendt und Pierre Bourdieu. Insgesamt gelingt so ein sehr instruktives Buch. Gleiches gilt für den Band zu „Demokratie und Governance“. Im Mittelpunkt stehen hier die Diskussionen um politische Herrschaft im Zusammenspiel von formalen und informellen Mechanismen, wie sie im Rahmen von Governance-Diskussionen auch im politikwissenschaftlichen Mainstream geführt werden. Aus nur Herrschaft unterworfenen Akteuren werden so Akteure, die auch an Herrschaft beteiligt sind. Gerade hier wird deutlich, wie unterkomplex die simple schwarz-weiß-Einteilung einer Rechts- und Herrschaftstheorie im Band von Krölls ist. Nicht alle dreizehn Aufsätze erreichen inhaltlich dasselbe Niveau. Insgesamt gelingt es jedoch gut, die Frage nach der Einbindung gesellschaftskritischer Akteure in Herrschaftsstrukturen und die Handlungsmöglichkeiten darin besser auszuloten.

Durchaus interessante Einblicke in aktuelle Staatsbildungsprozesse in Europa bietet der Band „Die EU in der Krise“. Besonders die Beiträge von Sonja Buckel, Fabian Georgi, John Kannankulam und Jens Wissel zu Kräfteverhältnissen in der europäischen Krise sowie Lukas Oberndorfers Aufsatz zur „Hegemoniekrise in Europa“ bieten interessante Beschreibungen der unterschiedlichen (neoliberalen) Hegemonieprojekte in Europa und auch ihrer juristischen Absicherung. Im Ziel sind sich die Autorinnen und Autoren einig und stellen die demokratische Frage in den Mittelpunkt. Wesentlich unklarer ist der Sinn weiterer Beiträge zu den sozialen Protesten in Spanien oder zur Frage, „Warum Weißsein konstitutiv für Europa ist“: Außer der Feststel-

lung, dass europäischer Kolonialismus und Kolonialgeschichte im öffentlichen Bewusstsein nach wie vor vernachlässigt würden, lässt sich nicht erkennen, wie diese Auseinandersetzung Teil der Auseinandersetzungen um Hegemonie sein soll.

Aktuelle Diskussionen

Ein streitbares Büchlein hat Michael Wendl veröffentlicht. Dabei geht es vor allem um die Frage, ob eine marxische Kapitalismusanalyse historische Formationen in den Blick nehmen sollte, oder ob dies den Blick auf den Kern des Kapitalismus verstellt. Wendl sieht hier vor allem die Gefahr der Mystifikation, tatsächliche Wege der Herrschaftsausübung würden verkannt. Wendl streift so eine ganze Reihe marxischer Theoretiker, und hält letzten Endes fest, für eine Stadientheorie des Kapitalismus gebe es keine Basis. Die Diskussion um einen „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“ führt für Wendl daher analytisch nicht weiter. Im Kern geht es Wendl darum, dass der Zusammenhang zwischen Struktur und Handlung verkannt, sprich – der Blick auf die einzelnen Akteure im Kapitalismus zu Lasten einer Analyse der Strukturen, die ihre Handlungen bestimmen, geführt wird.

In „Das Morgen tanzt im Heute“ unternimmt Dieter Klein am Beispiel des Ziels eines globalen sozial-ökologischen Umbaus den lesenswerten Versuch, die Vorstellungen von Revolution und Reform im Begriff der emanzipatorischen Transformationspolitik aufzuheben. Er thematisiert kaum, wie eine solche Politik gegen Widerstände abgesichert werden kann. Kleins Feststellung, es gäbe auf der Linken einen Bedarf nach einer neuen „Erzählung“, wäre zumindest weiter diskussionsfähig. Zum Abschluss formuliert Klein eine Liste aktueller politischer Projekte mit transformativen Potentialen, die allerdings fast die gesamte Bandbreite der aktuell auch im (linken) Mainstream diskutierten Themen umfasst, von der Finanztransaktionssteuer, Mindest-

löhnen und „City-Gardening-Projekten“ bis hin zum Verbot von Rüstungsexporten. So besteht Gefahr, dass sich jede/r sein eigenes kleines „Transformationsprojekt“ zum Wohlbefinden aussuchen kann, ohne dass wirklich gesellschaftliche Machtverhältnisse angegangen werden.

Von einem anderen Standpunkt nähert sich Hans-Martin Schönherr-Mann in seinem Buch „Protest, Solidarität und Utopie“ dem Thema gesellschaftlicher Transformation. Sich selbst als einmal ML-Theorien nahestehend bezeichnend grenzt er sich nun von „radikalen Marxisten“ ab. Sie könnten nur in der Dimension einer Vollständigen Ablösung des Kapitalismus durch eine andere Wirtschaftsverfassung denken. Eine solche Alles-oder-Nichts-Strategie könne angesichts der Übermacht des Kapitalismus nicht funktionieren, daher stünden bei der Mehrzahl der Menschen nur Verbesserungen im Kapitalismus auf der Tagesordnung. Im Mittelpunkt von Schönherr-Manns Betrachtungen steht der „mündige Bürger“. Er interessiere sich für partielle Anliegen, kenne aber keine Absolutheitsansprüche mehr. Dabei mustert der Autor Protestbewegungen seit den 68ern durch, und kommt zu manch kluger Einsicht darüber, wie sich Menschen für solidarische Projekte interessieren lassen.

„Transformation“ ist auch das Thema des neuen Buches von Joachim Bischoff und Christoph Lieber. Auch sie lehnen die aktuelle Periodisierung des Finanzmarktkapitalismus als aktuelle Regulationsetappe ab, und sprechen eher von chronischer Überakkumulation des Kapitals. Auch der Green New Deal sei problematisch, da seine Vertreter davon ausgehen, man könne der Kapitalakkumulation durch Entwicklung einer expansionsfähigen Basisinnovation gleichsam neue Lebenskräfte zuführen. Letztlich gehe es um eine demokratische Aneignung des Kapitalstocks. Insgesamt handelt es sich um ein anregendes Buch, dessen Autoren es sich bei der Festle-

gung auf eine kaum lösbare chronische Überakkumulationskrise des Kapitalismus dann aber wohl doch zu leicht machen.

Das Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus steht im Mittelpunkt von Frank Deppes Text. Der Marburger Politikwissenschaftler zeichnet zunächst Elemente einer kritischen Theorie von Demokratie und Staatlichkeit im Kapitalismus nach. Er problematisiert das Verhältnis von Ungleichheit und Demokratie, und setzt es u.a. mit Wolfgang Abendroths Postulat einer sozialen Demokratie und Nicos Poulantzas Figur vom „autoritären Etatismus“ in Beziehung. Im Schlussteil nimmt er neben den USA auch Russland, China und Indien als Mächte der Zukunft in den Blick. Allerdings fehlt hier die Europäische Union, ohne dass der Autor dies begründet. Deppe schließt mit der Diskussion über einen neuen historischen Block, der aber über die hergebrachte (alte) Arbeiterbewegung hinaus auf prekär Beschäftigte und weitere von Ausbeutung betroffenen Gruppenerweitert werden müsste. ■

Literaturliste

- Louis Althusser, Für Marx, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011, 409 Seiten, 16 €.
- Louis Althusser, Ideologie und ideologische Staatsapparate, VSA-Verlag, Hamburg 2010, 127 Seiten, 12,80 €.
- Louis Althusser, Über die Reproduktion, VSA-Verlag, Hamburg 2012, 375 Seiten, 29,80 €.
- Étienne Balibar, Marx' Philosophie, B_books, Berlin 2013, 240 Seiten, 14,80 €.
- Joachim Bischoff/ Christoph Lieber, die „große transformation“ des 21. Jahrhunderts, politische ökonomie des überflusses versus marktversagen, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 167 Seiten, 14,80 €.
- Alex Demirovic/ Heike Walk (Hrsg.), Demokratie und Governance, Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2011, 305 Seiten, 29,90 €.
- Frank Deppe, Autoritärer Kapitalismus, Demokratie auf dem Prüfstand, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 299 Seiten, 24,80 €.
- Ingo Elbe/ Sven Elmers/ Jan Eufinger (Hrsg.), Anonyme Herrschaft, Zur Struktur moderner Machtverhältnisse, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2012, 324 Seiten, 39,90 €.
- Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hrsg.), Die EU in der Krise, Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2012, 165 Seiten, 15,90 €.
- Rahel Jaeggi/ Daniel Loick (Hrsg.), Karl Marx – Perspektiven der Gesellschaftskritik, Deutsche Zeitschrift für Philosophie. Sonderband 34, Akademie Verlag 2013, 307 Seiten, 49,95 €.
- Dieter Klein, Das Morgen tanzt im Heute, Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 214 Seiten, 16,80 €.
- Reinhart Kößler/ Hanns Wienold, Gesellschaft bei Marx, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2013, 381 Seiten, 29,90 €.
- Albert Krölls, Kapitalismus – Rechtsstaat – Menschenrechte, VSA Verlag, Hamburg 2013, 213 Seiten, 16,80 €.
- Karl Marx, Werke, Schriften, Herausgegeben von Hans-Joachim Lieber, Lambert Schneider Verlag (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt 2013, 6 Bände, 199 €.
- Hans-Martin Schönherr-Mann, Protest, Solidarität und Utopie, Perspektiven partizipatorischer Demokratie, edition fatal, München 2013, 188 Seiten, 15 €.
- Jonathan Sperber, Karl Marx – Sein Leben und sein Jahrhundert, Verlag C.H. Beck, München 2013, 634 Seiten, 29,95 €.
- Matthias Steinbach/ Michael Ploenus (Hrsg.), Prüfstein Marx, Zur Edition und Rezeption eines Klassikers, Metropolis Verlag, Berlin 2013, 383 Seiten, 24 €.
- Hendrik Wallat, Staat oder Revolution, Aspekte und Probleme linker Bolschewismuskritik, editionassemblage, Münster 2012, 286 Seiten, 29,80 €.
- Michael Wendl, Machttheorie oder Werttheorie, Die Wiederkehr eines einfachen Marxismus, VSA-Verlag, Hamburg 2013, 108 Seiten, 12,80 €.

↳ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Lünen.

DL 21 Aktuell

In den vergangenen Wochen haben wir uns als Forum DL21 an einer Debatte über rot-rot-grüne Friedenspolitik beteiligt, über die auch in der taz berichtet wurde.

Gemeinsam haben DL21-Vorsitzende Hilde Mattheis und Ute Finckh-Krämer, die Mitglied im Auswärtigen Ausschuss ist, auf einen offenen Brief geantwortet, den Agnieszka Brugger von den Grünen und Stefan Liebich von der Linkspartei verfasst hatten. Brugger und Liebich hatten darin gefordert, auch die SPD müsse sich in der Außen- und Sicherheitspolitik bewegen, um eine rot-rot-grüne Koalition zu ermöglichen.

Hilde Mattheis und Ute Finckh-Krämer erklärten, dass viele Forderungen von Brugger und Liebich bereits Beschlusslage der SPD seien und sich im SPD-Regierungsprogramm wiederfinden. Sie betonten, dass auch die Linkspartei ihr Verhältnis zu Militäreinsätzen klären müsse.

Die Schreiben und die Berichterstattung in der taz finden sich auf der DL21-Homepage unter: <http://www.forum-dl21.de/meldung.php?meldung=462&page=>.



Außerdem haben wir uns mit dem Freihandelsabkommen befasst, über das die EU und die USA derzeit verhandeln.

Verbraucherschützer, Gewerkschaften und andere Organisationen machen zu Recht auf Gefahren aufmerksam, die von diesem Abkommen ausgehen. Auch in der EU-Kommission wird die Debatte zunehmend kritischer. Wir – das Forum DL21 – werden dieses Thema kritisch begleiten. Wir haben dazu einen Reader erstellt, mit dem wir die inhaltliche Auseinandersetzung unterstützen wollen. Er kann auf der DL21-Homepage unter <http://www.forum-dl21.de/service/ReaderEUFreihandelsabkommen.pdf> abgerufen werden.

Morgen links leben – Einordnung des Juso-Bundeskongresses 2013

von Justus Moor

Nach der Wahlniederlage im September war es wenig überraschend, dass Kritik, Aufarbeitung oder zumindest Nachbetrachtung innerhalb der SPD relativ schnell fallengelassen und zum Tagesgeschäft übergegangen wurde. Durch die mediale Aufmerksamkeit um das Mitgliedervotum über den Koalitionsvertrag wirkte es zwischenzeitlich so, als sei die Sozialdemokratie gestärkt aus diesem 25,7-Prozent-Herbst herausgegangen. Auch die genauso fadenscheinige wie erwartete Kritik am Wahlprogramm und der inhaltlichen Positionierung der SPD blieb damit aus. Anerkannt bleibt, dass die Sozialdemokratie in vielen Politikbereichen

von Steuer- bis Asylpolitik progressivere Ansätze verfolgte, als noch vor wenigen Jahren. Das war nicht zuletzt ein großer Verdienst des nun ehemaligen Juso-Bundesvorstands um Sascha Vogt, der konsequent, kontinuierlich und öfter auch mit leisen Tönen die Beschlusslagen der SPD ein Stück nach links rückte.

Anders als große Teile der SPD analysierten die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten verstärkt das Auftreten der Sozialdemokratie vor der Wahl. So machten sie bei ihrer Kritik am Programm eine „fehlende sozialdemokratische Geschichte“ aus: Es fehlte der rote Faden, der die

Themen und Forderungen miteinander verwebt. Nicht untypisch – fehlt doch auch in anderen Debatten und Diskursen der gesellschaftlichen Linken trotz vieler und leider verstärkt individualistischer Ansätze ebendieser rote Faden.

Mit dieser Analyse trat Anfang Dezember 2013 in Nürnberg der Bundeskongress der Jusos zusammen und musste – auch für den eigenen Verband – entscheiden, wie der künftige Weg aussehen sollte. Die nahende – wenn auch noch nicht beschlossene – Koalition vor Augen und einen Generationswechsel an der Spitze des Verbandes vor der Brust, nahmen die Jusos die Suche nach dem roten Faden erneut auf. Unter dem Titel „Morgen links leben“ sieht das beschlossene Arbeitsprogramm die Thesenfindung für einen konsistenten, linken und solidarischen Gesellschaftsentwurf vor. So soll die Frage gestellt werden, was eigentlich „gutes Leben“ in einer Gesellschaft mit pluralistischen Lebensentwürfen ausmacht und wie das Fundament einer solidarischen Gesellschaft und die Überwindung systematischer Ausgrenzungsmechanismen geschaffen werden kann.

Die neue alte Rückbesinnung?

Nachdem der alte Bundesvorstand die Strategie verfolgt hatte, konkrete – auch mal kleinschrittige – Veränderungen der SPD-Positionen herbeizuführen, sahen manche Medien in der neuen Schwerpunktsetzung einen Bruch oder zumindest eine Rückbesinnung auf vergangene oppositionellere Zeiten der Jusos. Dieser Erzählung kam auch der anstehende Wechsel an der Spitze des Verbandes zupass. Mit der 26-jährigen Johanna Uekermann bewarb sich nicht nur eine jüngere Frau aus Niederbayern als Nachfolgerin für den Nordrhein-Westfalen Sascha Vogt. Mit ihr wurde eine Vertreterin aus der traditionalistischen Strömung auf einen Posten gewählt, der jahrelang durch Genossinnen und Genossen des Netzwerks linkes Zentrum angestrebt wurde. Darüber hinaus stand aber auch ein großer Wechsel im gesamten Bundesvorstand an: Neben Johanna Uekermann trat

aus dem alten Vorstand nur Katharina Oerder aus Bonn erneut an, sodass sieben neue Bundesvorstandsmitglieder auf dem BuKo dazu gestoßen sind.

Für viele angereisten Journalistinnen und Journalisten ergab sich damit ein schlüssiges Bild: Eine neue Generation, die statt konstruktiver Mitarbeit lieber Opposition in der eigenen Partei sowie „jünger und wilder“ sein will und schlussendlich alte Ideen herauskramt. Wie passend, dass sich die Jusos auf dem Kongress dann auch noch mit großer Mehrheit gegen den Koalitionsvertrag stellten.

Wie immer ergeben sich auf den zweiten Blick jedoch mehr Details: Mit 69,69 Prozent setzte sich Johanna Uekermann als Mitglied des alten Vorstandes deutlich gegen den Hamburger Hauke Wagner durch: Eher Kontinuität als Bruch. Auch Katharina Oerder erhielt ein deutliches Ergebnis bei ihrer Wiederwahl. Und mit Blick auf die weiteren stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Brauneis (Sachsen), Moritz Deutschmann (SH), Charlotte Rosa Dick (Braunschweig), Johannes Gorges (RLP), Jan Krüger (B), Svenja Ludwig und Justus Moor (beide NRW) ergibt sich eine gesamtlinke Geschlossenheit, die den aufmerksamen Beobachtenden schon bei der Ablehnung des Koalitionsvertrages aufgefallen wäre: Von Bremen bis Bayern und von NRW bis Sachsen brachten durch die Bank insgesamt elf Landesverbände und Bezirke den ablehnenden Antrag ein.

Wie wollen wir morgen links leben? Damit beschäftigen sich die Jusos in den kommenden zwei Jahren. Eine gesamtlinke Rückbesinnung mit Blick in die Zukunft. Vielleicht würde das der SPD an der ein oder anderen Stelle auch nicht schaden. Wenn für das Wahlprogramm 2017 dann ein roter Faden gesucht wird – vielleicht haben die Jusos ihn bis dahin aufgenommen. ■

↳ Justus Moor kommt aus Hamm und studiert Erziehungs- und Politikwissenschaften an der Universität Bielefeld. Seit Dezember 2013 ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos.

Tagungsankündigungen

Auf der Suche nach dem solidarischen Europa – spw-Frühjahrstagung

11.-12. April 2014 im Kolpinghaus Dortmund

Im Jahr der Europawahl zeigt sich Europa in keiner guten Verfassung. In den südlichen Mitgliedsländern der EU prägen wirtschaftlicher Niedergang und eine hohe Arbeitslosigkeit das Bild. Die EU steht ökonomisch vor den Trümmern der kontraproduktiv wirkenden Austeritätspolitik. Vor dem Hintergrund dieser ökonomischen und sozialen Krise erhalten antieuropäische Parteien in vielen Mitgliedstaaten Zulauf. Die Stimmungen in den Bevölkerungen scheinen sich gegen Europa zu richten. Fortschrittliche Kräfte müssen dieser gefährlichen Entwicklung entgegenwirken. Wir wollen die Elemente eines solidarischen Europas in den Mittelpunkt unserer Frühjahrstagung stellen und Wege zu deren Durchsetzung diskutieren:

- Wie können Austerität und Rezession überwunden werden?
- Aus welchen Elementen muss eine gestärkte soziale Dimension Europas bestehen?
- Mit welchen Instrumenten lässt sich die unvollständige Architektur der EU weiterentwickeln?
- Wie kann ein mehrheitsfähiger Diskurs um ein solidarisches Europa aussehen?
- Welche Akteure stehen für solidarischen Wandel?

Referenten sind unter anderem Benjamin Mikfeld vom Denkwerk Demokratie, Dr. Thorsen Schulten vom WSI, Bernd Lange, MdEP der SPD und Dr. Björn Hacker von der FES.

► **Das Programm und weitere Informationen gibt es unter:** www.spw.de

► **Anmeldung:**

Anmeldung möglichst bis zum **4. April 2014**
bitte an: redaktion@spw.de

**Partizipation und Nachhaltigkeit.
Auf dem Weg in eine soziale und gerechte Gesellschaft**

Tagung zur Erinnerung an Horst Peter

21. - 22. März 2014 im Stadtteilzentrum Vorderer Westen in Kassel

Eine Welt zu gestalten, die vielen Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde in einer gerechten Gesellschaft ermöglicht, gleichzeitig unsere natürliche Umwelt schützt und die Menschen einlädt, an dieser Politik mitzuarbeiten: Diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, war das große Ziel von Horst Peter. Daran hat er in unterschiedlichsten Funktionen sein Leben lang bis zu seinem Tod am 23. September 2012 hart und unermüdlich gearbeitet.

In vier Panels kann an diesen beiden Tagen mit PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, darunter langjährige enge Weggefährten von Horst Peter, dieser Ansatz diskutiert werden. Es wird danach gefragt, inwieweit diese Zielvorstellungen und politischen Werte in der gesellschaftlichen und politischen Realität angekommen sind. Die spw ist einer der Kooperationspartner dieser Veranstaltung

► **Tagungsort:** Stadtteilzentrum Vorderer Westen, Elfbuchenstraße 3, 34119 Kassel

► **Das Programm und weitere Informationen gibt es unter:** www.spw.de

► **Anmeldung:** Anmeldung bitte an wissenschaftsforumkassel@yahoo.de.

Stellungnahme

Für eine linke Reformperspektive

Es ist für mich und für viele Jusos keine Wunschhochzeit, doch nun gilt es mit ihr umzugehen: die Große Koalition. Was das für die SPD bedeutet und wie die SPD sich in den nächsten Jahren aufstellen muss, dafür haben linke SPD-PolitikerInnen einen Diskussionsanstoß mit dem Papier „Für eine linke Reformperspektive“ gemacht. Nachfolgend die wichtigsten Kernpunkte in Auszügen.

Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende

Glaubwürdig bleiben

Die Mitglieder der SPD haben sich mit deutlicher Mehrheit aus den unterschiedlichsten Gründen für den Koalitionsvertrag ausgesprochen. Gleichzeitig hat aber auch rund ein Viertel der Mitglieder beim Mitgliedervotum mit Nein gestimmt. Die breite Beteiligung beim Mitgliedervotum und das hohe Zustimmungsergebnis, sind für die SPD Auftrag und Vertrauensvorschuss zugleich. Sozialdemokratische Projekte müssen umgesetzt werden, Abstriche an den verhandelten Themen darf es nicht geben.

Vor lauter Regieren darf die SPD und dürfen wir aber vor allem eines nicht vergessen: wir haben unsere Wahlziele bei der Bundestagswahl verfehlt. Schlimmer noch: Diese Wahl hat zum zweiten Mal in Folge deutlich gemacht, dass es derzeit keine linke gesellschaftliche Mehrheit gibt. Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Aus den Ursachen müssen Konsequenzen gezogen werden. Die SPD muss als linke Volkspartei den Anspruch haben, nicht nur selbst die Regierung zu führen, sondern in und mit einem progressiv-linken Reformbündnis Mehrheiten für eine fortschrittliche Politik zu bilden. Dafür müssen in den kommenden vier Jahren die Weichen gestellt werden: In der

Regierungsarbeit. In der programmatischen und organisatorischen Aufstellung der Partei. Und in der strategischen Bildung einer linken Reformbewegung.

Für die Regierungsarbeit der SPD gilt: In der Koalitionsvereinbarung hat die SPD viele sozialdemokratische Forderungen verankert. Diese müssen nun schnellstmöglich umgesetzt werden. Kernaufgaben der SPD sind dabei: wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und so Teilhabe der Menschen durch Mindestlohn, Beschränkung der Leiharbeit und von Werkverträgen, wirkliche Gleichstellung der Geschlechter, eine gestärkte gesetzliche Rente, bezahlbare Mieten und erneuerbare Energien und familienfreundliche Rahmenbedingungen wirklich zu ermöglichen.

Klar ist aber auch, dass die SPD an vielen anderen Stellen wichtige Forderungen nicht durchsetzen konnte und Kompromisse hinnehmen musste. Deshalb muss auch klar sein: Abstriche an den verhandelten Ergebnissen darf es nicht geben. Sollte ganz gleich aus welchen Gründen die Finanzplanung nicht aufgehen, gehört das Thema Steuerpolitik wieder auf den Tisch. Gerade in Hinblick auf die Zukunftschancen auch jüngerer Generationen wäre unverantwortlich und fahrlässig, notwendige Investitionen zu unterlassen, um damit die oberen fünf Prozent zu schonen.

Ebenso gilt: Ein Koalitionsvertrag ist eine wichtige Grundlage für die politische Arbeit. Es wird aber immer wieder sich aktuell ergebende Herausforderungen in den nächsten vier Jahren geben. Nur wenn wir auch bei aktuellen Herausforderungen eine bestimmende Kraft sind, die in diesem Land für sozialen Fortschritt sorgt, werden wir als SPD wieder mehrheitsfähig.

Programmatische Weiterentwicklung

Wir müssen als SPD unsere Programmatik ständig weiterentwickeln. Die SPD hatte zur

Bundestagswahl ein gutes Programm, das an den Lebensrealitäten der Menschen orientiert war und auf einen wirklichen Politikwechsel in Deutschland zielte. Neue ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen machen aber immer auch wieder neue sozialdemokratische Antworten notwendig.

Neben ihrer verbesserten sozialen Kompetenz wurde der SPD bei der Wahl in ökonomischen Fragen keine hinreichende Kompetenz zugeschrieben. Unsere Antwort darauf darf aber nicht eine stärkere Anbiederung an Wirtschaftskonzepte der Konservativen und Liberalen sein, sondern muss ein eigenständiges ökonomisches Konzept sein, das Wirtschaft, Arbeit und Fragen der sozialen Gerechtigkeit miteinander versöhnt und mehr Verteilungsgerechtigkeit schafft.

Zentral ist jedoch: die SPD muss weiterhin der Ort sein, in der die entscheidenden gesellschaftlichen Zukunftsdebatten geführt werden. Dies gilt umso mehr unter den Bedingungen einer großen Koalition. Denn selbst wenn es uns gelungen ist im Koalitionsvertrag viele wichtige Forderungen zu verankern, reichen die Vorhaben programmatisch nicht für den Übergang in das nächste Jahrzehnt.

Es braucht deshalb auch in einer Koalition mit den Konservativen Raum für Zukunftsdebatten über das Jahr 2017 hinaus.

Soziale Bewegung

Der Bundesparteitag hat das Tabu einer Koalition unter Beteiligung der Partei „Die Linke“ aus dem Weg geräumt. Das war überfällig. Wenn wir aber für ein progressiv-linkes Reformbündnis mit einer Machtperspektive 2017 kämpfen wollen, braucht es dafür mehr als einen Parteitagsbeschluss. Die bestehenden inhaltlichen und strategischen Differenzen zwischen allen Parteien links der Union können nur in einem ehrlichen und konstruktiven Diskussionsprozess beseitigt

werden. Dafür muss auf allen Seiten Bereitschaft bestehen. Und zwar auch auf höchster Ebene. Dieser Prozess muss schnell in Gang gesetzt werden.

Mehrheitsfähigkeit bedeutet aber mehr als nur zusätzliche Koalitionsoptionen zu haben. Es geht um mehr als ein Zusammengehen zwischen verschiedenen progressiv-linken Parteien. Vielmehr bedarf es einer gesellschaftlichen Allianz mit anderen fortschrittlichen Kräften. Die SPD muss auch und gerade in Regierungsverantwortung ansprechbar für progressive gesellschaftliche Kräfte in Gewerkschaften, Verbänden und Initiativen sein und deren Anliegen auch in der aktuellen Regierungsarbeit aufnehmen. Und sie darf bei der Weiterentwicklung ihrer Programmatik den Kontakt nicht abreißen lassen. Sondern die Partei sein, die tief in der Gesellschaft verankert ist und neue Herausforderungen und Impulse aus der Gesellschaft aufnimmt.

Sozialdemokratie muss wieder soziale Bewegung sein!

Dies sind komprimiert Auszüge aus dem gemeinsamen Papier „Für eine linke Reformperspektive“, unterschrieben von SPD-PolitikerInnen, wie Ralf Stegner, Sascha Vogt, Jan Stöß, Elke Ferner, Florian Pronold, Niels Annen, Kathrin Budde, Angelika Graf, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe, Bärbel Bas, Knut Lambertin, Gabriele Lösekrug-Möller, Hilde Mattheis, Matthias Miersch, Sönke Rix, Ernst-Dieter Rossmann, Carsten Sieling, Kerstin Tack, Frank Schwabe, Nina Scheer u.v.m.

- Das gesamte Papier kann unter anderem unter: http://jusos.de/sites/default/files/fur_eine_linke_reformperspektive.pdf eingesehen werden.

Leser/in werden – Prämie wählen!



Prämienpaket 1

Beat Ringger

Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus mit einem Vorwort von Alex Demirović
218 Seiten, € 24,90,
ISBN: 978-3-89691-875-8,
Westfälisches Dampfboot



Harald Klimenta / Andreas Fisahn u.a.

Die Freihandelsfälle
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
AttacBasisTexte 45
128 Seiten, € 9,00
ISBN 978-3-89965-592-6
VSA-Verlag



Prämienpaket 2

Heinz J. Bontrup

Krisenkapitalismus und EU-Verfall
Neue Kleine Bibliothek 195
231 Seiten, € 15,90
ISBN 978-3-89438-537-8
PapyRossa Verlag

Hartmut Tölle / Patrick Schreiner (Hg.):

Migration und Arbeit in Europa
Softcover DIN A5,
229 Seiten, € 14,90
ISBN 978-3-89438-550-7
PapyRossa Verlag



Prämienpaket 3

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats
Einstiege Band 10, 2. überarbeitete Auflage
229 Seiten, € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7
Westfälisches Dampfboot

BEIGEWUM

Mythen des Sparens
Antizyklische Alternativen zur Schuldenbremse
Herausgegeben vom Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
144 Seiten, € 11,80, ISBN 978-3-89965-555-1
VSA-Verlag



Neue Abonnenten/innen erhalten eine Buchprämie als Geschenk

- Ich möchte ein **spw**-Probeheft!
- Ich abonniere **spw** für mindestens zwölf Monate ab Heft: _____
- Normal-Abo (39,00 € Inland, inkl. Versand; 37,00 € bei Bankeinzug)
- Auslandsabonnement Europa 49,- € (inkl. Versand)
- Mein Prämienpaket: 1 2 3

Die **spw** geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

- Ich wünsche Bankeinzug:

Geldinstitut

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

- Ich zahle per Rechnung. Die Rechnung geht an:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

- Ich möchte regelmäßig mit dem **spw** E-Mail-Newsletter informiert werden.

spw erscheint mit sechs Heften im Jahr bei einem Gesamtumfang von ca. 456 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich.